

Woody Allen, Patrick Liotard-Vogt, Mark Streit, Roger Schawinski

Nummer 7 – 13. Februar 2014 – 82. Jahrgang  
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

# DIE WELTWOCHEN



## Schweizer Freiheitsbaum

Europas älteste Demokratie bekräftigt ihren Willen zur Selbstbestimmung.  
*Von Urs Paul Engeler, Roger Köppel, Markus Schär, u. v. a.*

## Blocher steht bereit

*Wer verhandelt mit der EU? Von Philipp Gut und Florian Schwab*

## Die Schweiz und die Juden

*Nazi-Jäger Serge Klarsfeld verteidigt die Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg.  
Von Rico Bandle*





Nur ein paar Stunden  
von zuhause entfernt.  
Und trotzdem  
so weit weg wie  
schon lange nicht.



Österreich  
ankommen  
und aufleben

[www.austria.info](http://www.austria.info)



Ihre persönliche Ferienberatung  
gebührenfrei unter 00800 400 200 00.



## Intern

Der Mann, der sich dieses europäische Erdbeben ausgedacht hat, sitzt irgendwo in den Berner Alpen. Vom Feiern nach dem Triumph will er nichts wissen. Jetzt redet Christoph Blocher. Im grossen Gespräch mit den *Weltwoche*-Redaktoren Philipp Gut und Florian Schwab wird deutlich: Der Mann lässt nicht locker, das nächste Angriffsziel hat er bereits im Visier: Schengen. Der maliziöse Vorschlag von FDP-Chef Philipp Müller, Blocher solle selber die schwierigen Verhandlungen mit der EU führen, stösst beim SVP-Strategen überraschend auf offene Ohren. Wenn man ihm, wie einst dem grossen Diplomaten Walter Stucki, «pleins



*Gelebte Geschichte:* Mark Streit.

pouvoirs» gebe, nehme er ein solches Mandat an. Die Europapolitik bildet einen Schwerpunkt dieser Ausgabe. Markus Schär porträtiert die Einflüsterer von Bundespräsident Burkhalter. Bundeshaus-Legende Urs Paul Engeler analysiert die Lage. **Seite 20–35**

Eishockey hat von allen Sportarten die reichste Kultur des Storytelling. Die Eltern von Mark Streit verweilen nach Heimspielen des SC Bern oft im Stadionrestaurant. Im Laufe der Jahre hat Hansjürg Streit unserem Reporter Klaus Zaugg so manche Episode aus dem Wirken seines Bubens erzählt. Mark Streits Karriere ist die Geschichte des Aufstiegs zur Weltspitze. Mark Streit ist gelebte Hockeygeschichte. So ist es möglich, für einmal den roten Faden einer Geschichte aus Stadionrestaurant-Gesprächen zu spinnen. Als Hansjürg Streit kürzlich in der Beiz erzählte, wie sehr es Mark verletzte, dass er von Nationaltrainer Sean Simpson vor Sotschi

als Captain abgesetzt worden sei, war es nicht als Zitat gedacht. Vater Streit weiss, dass sich sein Bub als Musterprofi nie bei einem Journalisten über eine Entscheidung des Trainers beschweren würde. **Seite 48**

Serge Klarsfeld gehört zu den wichtigsten moralischen Instanzen Frankreichs. Präsidenten gehen bei ihm ein und aus. Was das Judentum



*Benchmark Schweiz:* Ökonom Gentinetta.

und den Holocaust betrifft, gehört er zu den anerkanntesten Experten. Selber überlebte er das Naziregime nur, weil er sich bei der Razzia der Gestapo als Achtjähriger im Wandschrank versteckt hielt; sein Vater wurde in Auschwitz vergast. Für Schweizer Historiker indes ist Klarsfeld eine Reizfigur. Seit zehn Jahren kritisiert er den Bergier-Bericht heftig. Er hat nachgewiesen, dass die Zahlen der zurückgewiesenen Juden an der Schweizer Grenze um ein Vielfaches übertrieben worden sind. «Die Schweiz hat sich nichts vorzuwerfen», sagt er. Kulturredaktor Rico Bandle hat Klarsfeld in Paris besucht und einen warmherzigen, humorvollen Menschen kennengelernt. «Nur wenn man glücklich ist, kann man sich dermassen für eine Sache einsetzen», sagt er. **Seite 44**

Die *Weltwoche* erweitert ihr Angebot um einen namhaften Autor: Wir freuen uns sehr, dass Pascal Gentinetta, Ex-Direktor des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse, monatlich eine Kolumne unter dem Titel «Benchmark Schweiz» schreibt. Die Rubrik misst die Schweiz an globalen Entwicklungen. Wo gewinnen wir, wo verlieren wir? Wir begrüssen den neuen Kollegen herzlich und wünschen Ihnen eine anregende Lektüre. **Seite 13**

*Ihre Weltwoche*

## Impressum

**Herausgeberin:** Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

**Redaktion:** Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

**E-Mail:** redaktion@weltwoche.ch

**E-Mail:** leserbriefe@weltwoche.ch

**Verlag:** Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

**E-Mail:** verlag@weltwoche.ch

**Internet:** www.weltwoche.ch

**Abo-Service:** Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

**E-Mail:** kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 235.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

**E-Mail-Adressen:** vorname.name@weltwoche.ch

**Gründer:** Karl von Schumacher (1894–1957)

**Verleger und Chefredaktor:** Roger Köppel

**Stv. Chefredaktor:** Philipp Gut (*Leitung Inland*)

**Produktionschef:** Lukas Egli

**Redaktioneller Berater:** Urs Paul Engeler

### Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*),

Alex Baur, Urs Gehrigler,

Christoph Landolt, Christian Mundt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Markus Schär, Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Lucien Scherrer, Florian Schwab,

Mark van Huissingel

### Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Peter Hartmann, Pierre Heumann,

Peter Hostenstein, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller,

Daniele Muscionico, Deborah Neufeld,

Kurt Pelda, Peter Rüedi,

Kurt Schiltknecht, David Schnapp,

Hildegard Schwaninger,

Martin Spieler, Jeroen van Rooijen,

Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Kurt W. Zimmermann

**Produktion:** Benjamin Bögli, Roy Spring

**Bildredaktion:** Laura Kolodziej (*Leitung*),

Joël Hunn, Raffaella Bachmann (*Assistentin*)

**Layout:** Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay

**Korrektorat:** Cornelia Bernegger und

Rita Kempter (*Leitung*), Viola Antunovits,

Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

**Sekretariat:** Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber

**Marketing:** Guido Bertuzzi (*Leitung*)

**Anzeigenverkauf:** Stephan Schwab (*Leitung*),

Fabian Keller, Brita Vassalli

**Anzeigeninnendienst:** Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

**E-Mail:** anzeigenid@weltwoche.ch

**Online-Vermarktung:** Adextra

**Tarife und Buchungen:** info@adextra.ch

**Druck:** Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.*

*Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

**Shortcut:** Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. [www.weltwoche.ch/shortcut](http://www.weltwoche.ch/shortcut)



# Die Schweiz bleibt die Schweiz

Der letzte Sonntag war ein guter Tag für die Schweiz und für Europa. Es ging nicht in erster Linie um Ausländer und Zuwanderung, sondern um Souveränität und Selbstbestimmung. Die Gehässigkeiten aus Brüssel sollten die Schweizer nicht persönlich nehmen. *Von Roger Köppel*

Nein, am letzten Wochenende wurde in der Schweiz nicht in erster Linie über «Ausländer» abgestimmt. Es war auch kein Votum gegen Deutsche oder gegen Zuwanderung. Das überraschend solide Stände- und sogar Volksmehr zugunsten der Masseneinwanderungsinitiative bedeutet nicht, dass sich die Schweiz abschotten, «Rosinen picken» oder aus der europäischen Kontinentalplatte herauslösen will.

Wir haben es auch nicht mit «Spinnerei», «Verblödung» oder einem «verfassungsmässig garantierten Recht auf Dummheit» zu tun, wie diese Woche ein Korrespondent des deutschen Staatsfernsehens nicht sonderlich intelligent bemerkte. Die meisten ausländischen Journalisten, Politiker, Meinungsmacher, EU-Funktionäre und Vertreter der Elite sehen es falsch. Auch erstaunlich viele Schweizer Kommentatoren erliegen in ihrer Fixierung auf das emotionale Thema der Zuwanderung einem Irrtum. Das ist nicht der entscheidende Punkt.

## Es geht um Selbstbestimmung

Das Votum vom letzten Sonntag ist nicht deshalb wegweisend, weil der Bundesrat beauftragt wurde, Kontingente zur Drosselung der Einwanderung zu entwickeln. Das machen andere Staaten seit Jahrzehnten. Nicht die Kontrolle, die Nichtkontrolle der Zuwanderung durch Freizügigkeit ist die weltweite Ausnahme. Die tiefere Bedeutung des Volksentscheids liegt darin, dass die Schweiz gegen massive Behörden-, Verbands- und Medienpropaganda ihren Willen zur Unabhängigkeit und Selbstbestimmung bekräftigte.

Die Stimmbürger wollen die Zügel wieder selber in die Hand nehmen. Sie misstrauen den Belehrungen von oben. Konkret empfinden sie den freien Personenverkehr als untaugliches Verfahren, weil er ihnen das Gefühl vermittelt, nicht mehr Herr zu sein im eigenen Haus. Es so zu sehen, ist weder dramatisch noch unanständig. Es ist naheliegend. Die meisten Leute in Europa denken so, werden aber nicht gefragt. Die Zuwanderung ist nur der äussere Anlass. Im Kern geht es um Souveränität und Demokratie. Die Schweizer wollen selber steuern, was sie betrifft. Die Verflechtungen mit der EU gingen zu weit. Jetzt wird die Schraube etwas zurückgedreht. Zusammenarbeit ja, Verschmelzung nein.

Die Eurokraten reagieren feindselig, gereizt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden als fremdenfeindlich diffamiert,

für krankhaft ängstlich erklärt, in die rechte Ecke abgeschoben. So drückt Europa unerwünschte Realitäten weg. Die aggressive Panik bestätigt, was die Schweizer, höflich, wie sie sind, immer dachten, aber selten auszusprechen wagten: Die EU ist ein zutiefst demokratiefeindliches Gebilde mit einer unsympathischen Geringschätzung des Bürgers. Demokratie ist für die EU eine Bedrohung, weil Demokratie bedeutet, dass das Volk der Chef ist und nicht der vom Volk bezahlte Berufspolitiker. Deshalb bezeichnet sich die EU lieber als «Wertegemeinschaft» denn als Demokratie. Werte setzen Wahrheit vor Mehrheit. Wer dauernd von Werten spricht, will die Demokratie beseitigen.

Die Schweiz setzt Mehrheit vor Wahrheit. Das ist Demokratie. Die Schweiz will die Schweiz bleiben. Sie will Handel treiben, offen sein, den Austausch pflegen, aber sie will nicht der EU beitreten oder ihrem kafkaesken, überregulierten Binnenmarkt, nur damit ihre Betriebe ein paar Formulare weniger ausfüllen müssen, wenn sie in Luxemburg eine Filiale eröffnen wollen. Den Schweizerinnen und Schweizern ist vielleicht gerade in den letzten Jahren klarer geworden, dass es der Schweiz vor allem deshalb so gut geht, weil sie nicht in der EU ist.

Ist es ein Wunder, dass die Schweizer nach anfänglicher Bejahung zusehends skeptischer

geworden sind gegenüber der auf dem Reissbrett makellos konzipierten Personenfreizügigkeit? Nein. Die Personenfreizügigkeit krankt an den gleichen Schwächen wie der Euro. Einheitswährungen sind die Folge gelungener Staatsgründungen, nicht deren Voraussetzung. Freier Personenverkehr funktioniert innerhalb von Staaten, nicht dazwischen. Öffnet man fahrlässig die Schleusen zwischen armen und reichen Ländern, entsteht ein teures Durcheinander. Es ist ein Wunder, dass sich die Schweiz, nach falschen Versprechungen ihrer Bundesräte allerdings, auf dieses Konzept überhaupt einliess.

## Die Schweiz höhlt sogar ihre Berge aus

Die Schweizer sind nicht krank. Sie misstrauen der EU, weil sie gute Gründe dafür haben. Solange die EU keine klar besseren Alternativen bietet, halten sie am Bewährten fest. Das ist vernünftig und ärgert die EU. Die Eurokraten wissen, dass jedes ablehnende europapolitische Schweizer Votum ihre eigene dürre Rechtfertigungsgrundlage erschüttert. Es könnte ja sein, dass die eigenen Untertanen noch selber auf die Idee kommen könnten, Volksabstimmungen abzuhalten. Es wäre der Untergang der heutigen EU. Deshalb darf die Schweiz die Verteufelungen aus Brüssel nicht persönlich nehmen. Die Beleidigungen drücken Verzweiflung aus. Ihre Absender pfeifen aus dem letzten Loch.

Die Schweiz kann den nächsten Wochen und Monaten zuversichtlich entgegenblicken. Sie ist ein vorbildlicher, weltoffener Staat inmitten Europas. Sie hat seit Jahrhunderten keine Kriege angefangen. Sie bezahlt ihre Rechnungen pünktlich, ohne dass ihr die EU vorher Milliardenkredite gewähren muss. Sie überweist Hunderte von Millionen in die europäischen Forschungsprogramme und für die Osthilfe in der Hoffnung, dass es etwas bringt. Für die EU höhlt sie sogar ihre geliebten Berge aus, damit die Lastwagen und Güterzüge schneller durch die Gegend rollen. Die Infrastruktur, für deren Benutzung die Schweiz ein Trinkgeld verlangt, verschlingt Milliarden.

Trotzdem behauptet Brüssel, die Schweiz sei ein «Rosinenpicker», sie profitiere einseitig von den guten vertraglichen Beziehungen. Das ist nachweislich falsch. Aber selbst wenn es so wäre: Warum hat dann Brüssel diese Verträge freiwillig abgeschlossen? Und weshalb freut sich Brüssel nicht, wenn die Schweiz heute eine Kündigung dieser Verträge riskiert,







### *Warum so niedergeschlagen, Herr Bundespräsident?*

die doch Brüssel angeblich so sehr benachteiligen? Man kann die Vorwürfe beim besten Willen nicht ernst nehmen.

Der letzte Sonntag war ein guter Tag für die Schweiz und ein mindestens so guter Tag für Europa. In der EU wird sich der Ruf nach mehr Demokratie nicht mehr so leicht unter dem Deckel halten lassen. Es gärt und rumort an allen Ecken und Enden. Die Schweizer Volksabstimmung liefert wertvolle Signale aus der Wirklichkeit. Die Schweiz ist für Resteuropa ein Seismograf politischer Störungen. Sie erweist sich als unverzichtbare Avantgarde des freien Denkens in einer von Korrektheitszwängen und sprachpolizeilichen Bevormundungen gelähmten EU. Sie ist ein Frühwarnsystem für Fehlentwicklungen, die in der EU übersehen oder verdrängt werden.

#### **Die EU müsste eigentlich dankbar sein**

Wir sagen das in aller Bescheidenheit und ohne den Anspruch, Europa zwanghaft beglücken zu wollen: Das wachsende Demokratie-defizit der EU ist ein Wirklichkeitsdefizit. Staaten oder Grossreiche, die sich von ihren Bürgern entfernen, heben ab, wissen alles, aber sehen nichts, schweifen im Blindflug herum, bis sie auf eine Felswand oder auf den Boden knallen. Die EU sollte der Schweiz, anstatt ihre Stimmbürger zu beleidigen, für die Navi-

gationshilfen dankbar sein. Eigentlich müsste es in Brüssel selbstkritische Überprüfungen auslösen, wenn die Schweiz einen Hauptpfeiler der EU ansägt. Stattdessen dröhnen Moralismus, Hochmut und finsterner Groll hinter den europäischen Festungsmauern hervor.

#### **Man will nur einen Vertrag abändern**

Für die Schweiz brachte der letzte Sonntag eine notwendige Klärung der Fronten. Bundespräsident Didier Burkhalter's Strategie der institutionellen Anbindung ist gescheitert. Die Schweiz will nicht näher an die EU heranrücken. Die Stimmbürger pochen auf Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit. Das bedeutet wirtschaftspolitisch die Rückkehr zum klassischen liberalen Modell internationaler Freihandelsbeziehungen. Man schliesst bilaterale Verträge zum gegenseitigen Nutzen ab, revidiert sie, wenn sich die Umstände verändern. Hier rächt sich, dass sich der Bundesrat so sklavisch von den Wirtschaftsverbänden gegen die «Abschottungsinitiative» einspannen liess. Die Initiative fordert keine Abschottung, sondern kontrollierte Offenheit. Durch ihre unüberlegte Rhetorik der angeblichen «Abschottung» haben Bundesrat und Wirtschaftsverbände ein falsches Bild der Schweiz geliefert.

Kann der Bundesrat, der vor einer Woche noch würdelos im Abstimmungskampf trom-

melte, jetzt glaubhaft das Gegenteil für die Schweiz herausverhandeln? Ja – auch wenn er sich nie so krass in die politischen Schlachten hätte werfen dürfen. Das ist ja gerade das Geniale an der direkten Demokratie. Sie macht politische Wendemanöver möglich, ohne dass es für die Regierenden, die ja nur Vollzugsorgan des Volkswillens sind, zu einem politischen Gesichtsverlust kommt. Der Bundesrat kann sich immer auf die Demokratie berufen. Ein stärkeres Mandat gibt es nicht.

So ist auch das zukunfts düstere Gejammer zu relativieren. Die Schweiz hat der EU nicht den Krieg erklärt, sie will nur einen Vertrag abändern. Das Wörterbuch der Apokalypse will zur Beschreibung dieses möglicherweise heiklen, aber kaum lebensgefährlichen Vorgangs nicht recht passen. Die Chancen scheinen intakt, dass die Schweiz, die manchen Weltkrieg überstand, auch diese Herausforderung, wenn sie denn will, erfolgreich meistern wird.

Umgekehrt ist es eher unwahrscheinlich, dass EU-Kommissions-Präsident José Manuel Barroso angesichts der unerfreulichen Wirtschaftslage sein gesamtes Arsenal an politischen Vergeltungsmassnahmen ausgerechnet auf einen der letzten zahlungskräftigen Abnehmer europäischer Produkte feuert. Der Weltuntergang wird voraussichtlich auch diesmal auf sich warten lassen.



Der Tory-Rebell: Dominic Raab. Seite 34



Mär von der Steueroase: Luzern. Seite 40



Seelische Abgründe: Woody Allen. Seite 61



Trendsetter: Rapper Macklemore. Seite 66

## Kommentare & Analysen

### 4 Editorial

**11 Kommentar** Das Jaulen der Wärter

**11 Im Auge** Lucrezia Reichlin, Finanzexperte

**12 Personenkontrolle** Gentinetta, Hensch, Rühl, Schneider-Ammann, Deiss, Karrer, Ruoff, Staiblin etc.

**12 Nachruf** Shirley Temple, Filmstar

**13 Benchmark Schweiz** Pascal Gentinetta über Zuwanderung

**14 Mörgeli** Diffuse Ängste, diffuses Volk

**14 Bodenmann** Drei Massnahmen genügen

**15 Ausland** Kühler Krieg um die Ukraine

**16 Die Deutschen** Schulz & Schweiz

**16 Wirtschaft** Drei tragische Helden

**17 Medien** Dichter Dichtstress

**17 Gesellschaft** Unter Verdacht

**18 Leserbrief** / Darf man das?

## Hintergrund

### **20 Was nun, Monsieur Burkhalter?**

Der Aussenminister vor seiner schwierigsten Aufgabe

**23 Abstimmung** Das Verständnis überwiegt

### **24 «Die Dummheit rückgängig gemacht»**

Christoph Blocher über das richtige Verhandeln mit der EU

### **28 Demokratie, ja aber**

Europäische Politiker überbieten sich mit Empörung

**30 Umfrage** Wie weiter? Antworten von Experten

**31 Resultate** Zustimmung in der Agglomeration

**33 Reinach** Die Gemeinde von FDP-Präsident Müller stimmte Ja

### **34 Karate-Kid auf der Hinterbank**

Shootingstar: Der junge britische Konservative Dominic Raab

### **36 Alte Kameraden**

Sex, Drogen, Manipulationen und der Thorberg-Direktor

**39 Medizin** Ein Zürcher Chefarzt verhindert Information

### **40 Steuerhölle Schweiz**

Die Schweiz gilt international als Steuerparadies – zu Unrecht

### **42 Bürokratie statt Freihandel**

Hürden für KMU nach dem China-Freihandelsabkommen

### **48 Der wahre Captain**

Mark Streit, bester Schweizer Eishockeyspieler aller Zeiten

### **50 Goldärschchens Märchen**

Das legendäre Hotel «Gloria» in Rio de Janeiro

### **52 Lange Nächte mit Pizza und Bier**

Marc van Huissingel über Patrick Liotard-Vogt



# Von wem wird eigentlich Bifidus Joghurt hergestellt?

MGB www.migros.ch WIRZ



VON UNS.  
VON HIER.



Mehr auf: [www.vonuns-vonhier.ch](http://www.vonuns-vonhier.ch)



Was uns am Herzen liegt, das machen wir selber – deshalb wird unser Bifidus Joghurt von Migros Mitarbeitenden in Schweizer Migros Betrieben produziert.

**MIGROS**  
Ein **M** einzigartiger.





«Täter waren andere»: «Nazi-Jäger» Klarsfeld. Seite 44

## Interview

### 44 «Es geht um die Ehre der Schweiz»

Der Holocaust-Überlebende Serge Klarsfeld sagt, warum die Flüchtlingspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg zu Unrecht kritisiert wird

## Stil & Kultur

### 56 Stil & Kultur «Mädchen mit Pfingstrosen»

### 58 Bestseller

### 58 Einer bleibt übrig, der erzählt

«Buch des Flüsterns»: Varujan Vosganians Epos über die armenische Tragödie

### 59 Jazz Christoph Stiefel

### 61 Hollywood Tom Kummer über Woody Allens seelische Abgründe

### 62 Top 10

### 62 Kino «American Hustle»

### 63 Radio-Kritik «Kontext»

### 64 Namen Das gesellige Leben

### 65 Hochzeit Emily Rapp verlor zwei geliebte Menschen (Teil 2)

### 65 Thiel Willkommen

### 66 Stilkritik Ben Haggerty alias Macklemore

### 67 Die Liste Herz- und Nierenwärmer

### 67 Klassiker Küchenschönheit

### 67 Hat das Stil? Schlüsselbund an der Gurtschlaufe

### 68 Wein Gramercy: Walla Walla Syrah 2010

### 68 Zu Tisch Japanisch für Anfänger

### 69 Auto Range Rover Sport TDV6 Autobiography

### 70 MvH trifft Roger Schawinski, Radiounternehmer

## Autoren in dieser Ausgabe

### Christian Huber



Der heute 69-Jährige war von 1999 bis 2005 SVP-Finanzdirektor des Kantons Zürich. Für seinen Artikel hat er in den Online-

Foren die Reaktionen auf das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative ausgewertet. Sein Befund: Europas Bürger stehen mehrheitlich hinter dem Schweizer Verdikt. Seite 23

### Ruedi Leuthold



Der 61-jährige Journalist und Dokumentarfilmer gilt als einer der besten Reporter der Schweiz und lebt seit einigen Jahren in Brasilien. In dieser

Ausgabe erzählt er die Geschichte des sagenumwobenen Hotels «Gloria» in Rio de Janeiro, das sich seit kurzem in Schweizer Hand befindet. Seite 50

## Digitales Lesevergnügen



Unterwegs immer verfügbar. Abonnenten haben im iKiosk unbeschränkten Zugriff auf alle Artikel, Bilder und Grafiken.



**DIE WELTWOCH**



# Ganges



15. 11. – 30. 11. 14  
Reisebegleitung  
Karl Pauli  
Thurgau Travel

Flusskreuzfahrt auf dem heiligen Fluss  
mit der luxuriösen RV Bengal Ganges\*\*\*\*



**Kalkutta–Varanasi–Delhi**

**16 Tage ab 5490.– p. P.** (Oberdeck hinten, Rabatt von Fr. 500.– bereits abgezogen)

**Farbenfrohes, unberührtes Indien sicher und komfortabel bereisen**

**Über 700 begeisterte Kunden**

**Bestmögliche Hotels – in Delhi Luxushotel Taj Mahal**

**Deutsch sprechende Reiseleitung**

**Nachessen in einem privaten Palast in Varanasi**

**Schönes Schiff im Kolonialstil**

**Mächtiger Ganges, lieblicher Hooghly River**

**Spa-Massage und Show cooking an Bord**

Reisedaten 2014/2015

**Kalkutta–Varanasi–Delhi (upstream 16 Tage)**

15. 11. – 30. 11. 14 01. 02. – 16. 02. 15 27. 02. – 14. 03. 15

Deutschsprechende Reisebegleitung ab/bis Schweiz

Weitere Daten von Oktober 14 bis März 15 auf Anfrage  
(up- und downstream).

Unsere Leistungen

- Kreuzfahrt in gebuchter Kategorie mit Vollpension
- Flüge mit Emirates via Dubai in U-Klasse, inkl. Flughafentaxen, höhere Klasse gegen Zuschlag
- Inlandflüge inkl. Flughafentaxen
- Alle Transfers und Ausflüge
- 4 Hotelübernachtungen mit Vollpension

**Nicht inbegriffen:** An-/Rückreise zum/vom Flughafen, Trinkgelder, Getränke, Bootsausflug in Varanasi (US\$ 15–20), Visum Fr. 140.–, Versicherungen (wir empfehlen eine Jahresversicherung von Elvia), Treibstoffzuschläge vorbehalten, Auftragspauschale Fr. 35.– pro Auftrag (entfällt bei Buchung über [www.thurgautravel.ch](http://www.thurgautravel.ch))

**Es het solangs het Rabatt Fr. 500.–**

Preise pro Person in Fr.	vor Rabatt	nach Rabatt
2-Bettkabine Oberdeck hinten	5990.–	5490.–
2-Bettkabine Hauptdeck	6390.–	5890.–
2-Bettkabine Oberdeck Mitte	6790.–	6290.–
2-Bettkabine Oberdeck vorn	7290.–	6790.–
Alleinbenutzung OD Mitte/HD		1190.–
Zuschlag Verlängerungsprogramm/DZ		980.–
Zuschlag Verlängerungsprogramm/EZ		1175.–
Zuschlag Business Class		auf Anfrage

- 1 Zürich–Dubai** Nachmittags Flug Kalkutta via Dubai.
- 2 Dubai–Kalkutta** Ankunft am Morgen. Einschiffung. Stadtrundfahrt in Kalkutta.
- 3 Kalkutta–Kalna** Fahrt auf dem Hooghly River.
- 4 Kalna–Matiari** Besuch Rajbari Tempelkomplex.
- 5 Matiari–Murshidabad** Schifffahrt vorbei an Plassey.
- 6 Murshidabad–Jangipur** Besichtigung Hazarduari Palace.
- 7 Jangipur–Rajmahal** Passage Schleuse Fakkara.
- 8 Rajmahal–Karagola** Spaziergang, Schifffahrt
- 9 Karagola–Sultanganj** Besuch Vikramshila Universität.
- 10 Sultanganj–Munger** Schifffahrt vorbei an Granitfelsen.
- 11 Munger–Simaria** Besuch Bihar Yogaschule.
- 12 Simaria–Bodhgaya** Ausschiffung, Ruinenstadt Nalanda.
- 13 Bodhgaya–Varanasi** Am Abend «Aarti-Zeremonie» von Booten aus. Hotelübernachtung.
- 14 Varanasi–Delhi** Bootsfahrt (fak.). Ruinen und Museum Sarnath. Flug nach Delhi. Hotelübernachtung.
- 15 Delhi** Stadtrundfahrt durch Indiens Hauptstadt.
- 16 Delhi–Dubai–Zürich** Am Morgen Rückflug nach Zürich. Programmänderungen vorbehalten.

**Delhi–Varanasi–Kalkutta (downstream 15 Tage)**  
Leicht geändertes Programm in umgekehrter Reihenfolge.

**Vor-/Nachprogramm Rajasthan, Taj Mahal auf Anfrage.**

**RV Bengal Ganges\*\*\*\***

Das 2004 im Kolonialstil gebaute, elegante Schiff bietet Platz für 56 Passagiere. Die grosszügigen Kabinen sind mit Klimaanlage, Safe, DU/ WC ausgestattet. Im eleganten Restaurant werden vorzügliche Mahlzeiten serviert. In der Lounge mit Bar finden Vorträge und Zusammenkünfte statt. Zur Bordausrüstung gehören überdachtes Sonnendeck und komfortable Deckstühle vor den Kabinen auf der Veranda. Mit Hartholz ausgestattet, edlen Möbeln und landestypischen Bildern bestückt, erwartet Sie eine einzigartige Atmosphäre an Bord. Im Spa werden verschiedene Massagen angeboten. **Nichtraucherschiff** (im Aussenbereich darf geraucht werden).



Online navigieren  
[thurgautravel.ch](http://thurgautravel.ch)

Gratis-Nr. 0800 626 550

verlangen Sie Isabella Hasler oder Sabrina Ricklin

Thurgau Travel



Rathausstrasse 5 | 8570 Weinfelden  
Tel. 071 626 55 00 | Fax 071 626 55 16 | [info@thurgautravel.ch](mailto:info@thurgautravel.ch)



Bild: Sulzfluh, St. Antönien GR (Prättigau)  
aus der SWISSVIEW Blu-ray: «Flumserberge | Klosters | Davos | St.Moritz | Prättigau»



# SWISSVIEW – die Schweiz von oben

Die spektakulären Bilder aus dem Helikopter, von Marco Fumasoli, sind heute nicht nur aus dem Schweizer Fernsehen bekannt, sondern auch neu seit Oktober auf S1 TV. Es gibt sie auch auf Blu-ray und DVD oder für unterwegs als App auf iOS und Android.

Seit mehr als 15 Jahren fliegen Marco Fumasoli und seine Film-Crew regelmässig über die Schweiz. Seit ein paar Monaten ist SWISSVIEW zurück im Fernsehen und nun fester Programmbestandteil von S1 TV. Täglich Montag bis Freitag sind die Bilder um 05:00 / 09:00 / 18:00 für jeweils eine Stunde zu sehen.

Für High-End Sofapiloten hat SWISSVIEW aber eine ganze Reihe mehr im Sortiment. Mit der ersten Blu-ray «Aletschgebiet/ Berner Oberland» wurde ein ganz besonderes Gebiet gewürdigt, nämlich das erste UNESCO Weltnaturerbe der Alpen! In über vier Stunden zeigt die Blu-ray nahezu die gesamten Berner Hochalpen mit ihren monumentalen Felsmassiven auf dem Gebiet der Kantone Bern und Wallis.

Heute hat SWISSVIEW 6 Episoden auf Blu-ray im Sortiment: Das «Engadin» können Sie erwandern, erfiegen, erleben, gerade so, als ob Sie wirklich dort wären.

«Zürich, Luzern, Innerschweiz» – Eine Weltstadt am See umgeben von Bergen. Zürich, Zug, Glarus, Luzern und die schönsten Naherholungsgebiete der Innerschweiz.

Das «Wallis» – Der Kanton mit den berühmtesten Gletschern und den meisten Viertausender der Alpen, wie der Dom, die Monte Rose und das Matterhorn. Eine einzigartigen Reise in über 6 Stunden.

«Tessin» – Ein Höhenflug über das Gotthardmassiv, durch die Leventina in die Sonnenstube der Schweiz. Nehmen Sie die Wärme und Idylle dieser einzigartigen Landschaft in sich auf.

Und ganz neu, erstmals zu sehen, die atemberaubende Winterepisode um die «Flumserberge, Klosters, Davos, St.Moritz» und das Prättigau. Fliegen Sie entlang tief verschneiter Bergketten, durch glitzernde weisse Täler und über weltberühmte Ski-gebiete in ein traumhaftes Wintererlebnis.

## Weltwoche-Spezialangebot

Bestellen Sie jetzt Ihre SWISSVIEW-Liebblingsflüge auf DVD und Blu-ray zum einmaligen Vorzugsspreis!

**NEU:** Bestellen Sie auch die beiden brandneuen 2 Disc Blu-rays «Wallis» und «Tessin»!

### Sonderpreise:

- 1 Disc Blu-ray Fr. 29.– (statt Fr. 38.–)
- 2 Disc Blu-ray Fr. 48.– (statt Fr. 59.–)
- 13 Disc DVD Box «Complete Series» Fr. 85.– (statt Fr. 98.–)
- DVD «Special Edit» Fr. 20.– (statt Fr. 28.–)
- DVD «Zürich Welcome Home» Fr. 25.– (statt Fr. 34.–)

### Bestellung:

Im Online-Shop auf [swissview.com/shop](http://swissview.com/shop)

Im Feld «Gutscheincode» das Stichwort «Weltwoche» angeben und zum Vorzugsspreis bestellen. (alle Preise exkl. Versandkosten).

[www.weltwoche.ch/platinclub](http://www.weltwoche.ch/platinclub)





# Das Jaulen der Wärter

Von Urs Paul Engeler — Die Reaktionen auf das Ja zur Regelung der Zuwanderung entlarvt die EU als politisches und mentales Gefängnis.



Bedauern: Fabius (l.), Steinmeier.

So viele Freunde wie heute hatte die Schweiz in den letzten Jahrzehnten noch nie in Europa. Spitzenpolitiker und -funktionäre jeder Couleur und fast aller EU-Länder teilen tiefen Ernst mit, wie unglaublich besorgt, ja entsetzt sie seien, dass die Schweiz mit der Annahme der SVP-Initiative zur Begrenzung der Zuwanderung auf den Pfad des raschen wirtschaftlichen Niedergangs eingeschwenkt sei.

Der sozialistische französische Aussenminister Laurent Fabius, der 2007 noch gegen die EU-Verträge Stimmung gemacht hat und als Verlierer gleichwohl mitspielt, bedauert, dass die Schweiz, die «keine nennenswerte wirtschaftliche Kraft» darstelle, nun Nachteile haben werde. Der deutsche Aussenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) bedauert: «Ich glaube, dass die Schweiz sich mit diesem Ergebnis eher selbst geschadet hat.» Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), der weiss, wie untrennbar verzahnt die süddeutsche und die schweizerische Wirtschaft sind, bedauert: «Das wird eine Menge Schwierigkeiten für die Schweiz verursachen.» Der stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, Ralf Stegner, der als Berufspolitiker immer nur Staatslohn bezogen hat, bedauert, dass die Schweizer geisteskrank und unzurechnungsfähig geworden sind: «Die spinnen, die Schweizer. Abschottung kann leicht zur Verblödung führen.»

Nun, solange Politiker den eidgenössischen Untergang voraussagen, die selbst durchs hüfttiefe Schlamassel irren, das sie angerichtet haben, kann das Land ganz beruhigt seinen Weg gehen. Die Börse auf jeden Fall, das sensibelste und zuverlässigste Frühwarnsystem für wirtschaftliche Veränderungen, sackte am Montag danach nicht ab, sondern schloss sogar im Plus.

## Warnungen an die eigenen Leute

Die Schweiz muss diese Prognosen nicht nur nicht ernst nehmen, sie muss das vielstimmige internationale Mitleid als reine Verlogenheit verstehen. Warum sollten neidische Politiker, die laufend wüste Attacken gegen die Schweiz reiten, plötzlich von echtem Mitgefühl erfasst werden? Desinteresse oder gar Schadenfreude wären die natürlicheren Reaktionen.

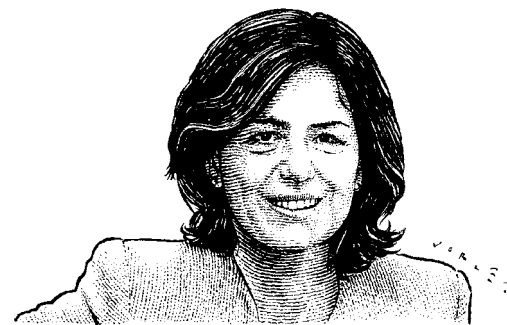
In Wirklichkeit richten sich diese Botschaften nicht in erster Linie an die Schweizer, sondern sie sind Warnungen an die eigenen Leute, welche die Zwangsmitgliedschaft in der EU mit all ihren negativen Folgen ebenfalls in Frage stellen könnten. Denn die rebellische Schweiz hat etwas gewagt, was im zentralistischen Europa nicht erlaubt ist. Sie hat das direktdemokratisch legitimierte Selbstbestimmungsrecht der Nation in Erinnerung gerufen und wieder einmal durchgesetzt. Und sie hat das Dogma der Personenfreizügigkeit geritzt, dem alle EU-Bürger, die allermeisten von ihnen ungefragt, sich unterwerfen müssen.

Der Verstoss gegen das europäische Denkverbot und der Verstoss gegen die Zentralmacht Brüssel sind zwei Todsünden, die, so drohen die Politpápste, mit wirtschaftlicher Verdammnis bestraft würden. Sie wettern von den Kanzeln, weil die helvetischen Tabubrüche auch anderswo Gelüste wecken könnten. Es stehen Wahlen ins Europäische Parlament an; und es kandidieren auch Parteien, die, wie die Schweizer, immer mehr bezweifeln als noch glauben.

Die europäischen Politiker, die nun, ach so besorgt, Anteil nehmen am Schicksal der unabhängigen Schweizer, entpuppen sich zum einen als ganz falsche Freunde. Zum andern entlarven sie sich als Wärter einer geschlossenen europäischen Anstalt, die nicht verlassen werden darf, nicht einmal durch den freien Willen einer demokratisch gebildeten Mehrheit.

Mehr zum Thema: Seite 20–35

# Gesucht wird



Lucrezia Reichlin, Finanzexpertin.

Der Markt der gedruckten Stelleninserate gilt als Friedhof, aber dann erscheint im *Economist* diese Anzeige des britischen Schatzkanzlers George Osborne, der eine Fachkraft sucht für den Posten des Vizegouverneurs der Bank of England, Jahresgehalt 258 809 Pfund Sterling, etwa 380 000 Franken. Die Staatsbank, auch die Old Lady of Threadneedle Street genannt, 1694 gegründet nach der Idee eines Schotten, weil Schotten bekanntlich das Geld zusammenhalten, schlingert gerade durch Turbulenzen wegen riesiger Devisenschiebereien. Gesucht wird eine Frau. Frauen können verlässlicher haushalten. Janet Yellen leitet die Federal Reserve der USA, Elwira Nabiullina die russische Zentralbank, Christine Lagarde den Internationalen Währungsfonds. Die *Times* favorisiert die Professorin Lucrezia Reichlin, 60, doch die lässt offen, ob sie ihre Bewerbung abgeschickt hat. Vielleicht lässt sie sich bitten.

Reichlin ist, der Name verrät es nicht, Italienerin (was keine Rolle spielt, der Gouverneur Mark Carney ist Kanadier) und hat Schweizer Wurzeln. Grossvater Adolfo Reichlin wanderte nach Apulien aus und baute eine Chemiefabrik auf. Lucrezias Vater Alfredo, heute 89, kämpfte im Zweiten Weltkrieg mit den Partisanen und wurde die rechte Hand des Kommunistenführers Togliatti, Parlamentarier und Chefredaktor der *Unità*. Die Mutter Luciana Castellina galt als ziemlich wildes linkes Huhn und gründete selber eine Konkurrenzzeitung. Die junge Lucrezia war als Studentin die umschwärmte «principessa comunista», doch in den bleiernen siebziger Jahren kehrte sie ihrem Land den Rücken und kam nur noch zurück zu TV-Auftritten, zu Sitzungen als Rettungsengel und oberste Risikoexpertin der angeschlagenen Unicredit, der grössten Bank Italiens, und immer zum Urlaub in der Toskana. Sie arbeitete für die Uno und für die Federal Reserve, übernahm Professuren in Brüssel und an der London Business School, war Generaldirektorin der Europäischen Zentralbank in Frankfurt – eine nicht zu fassende «schlafende Schöne» (so die Zeitung *Il Foglio*). Geschlafen hat wohl eher Italien.

Peter Hartmann

## Personenkontrolle

### Gentinetta, Hensch, Rühl, Schneider-Ammann, Deiss, Karrer, Ruoff, Staiblin, Kessler, Riesen, Eiholzer

Wer wird Nachfolger von Pascal Gentinetta als Economiesuisse-Direktor? Diese Frage stellt sich das Who is who der Schweizer Wirtschaftspolitik seit mehr als einem halben Jahr, und sie erhielt neuen Zündstoff, als der bereits designierte Direktor **Jean-Marc Hensch** im Dezember wieder absprang, wie es hiess aus gesundheitlichen Gründen. Am Dienstag tauchte nun ein neuer Name auf: **Monika Rühl**, derzeitige Stabschefin im Departement von **Johann Schneider-Ammann (FDP)**. Vorhergehende Stationen ihrer Biografie waren eine Tätigkeit als Handelsdiplomatin im Staatssekretariat für



*Erstaunte Reaktionen:* Stabschefin Rühl.

Wirtschaft (Seco) und dann als persönliche Mitarbeiterin bei Bundesrat **Joseph Deiss (CVP)**. Zwar wird der Name erst gerüchtweise herumgereicht, doch auf Anfrage dementiert Economiesuisse-Präsident **Heinz Karrer** nicht: «Betreffend Direktorensuche werden wir dann informieren, wenn wir die Suche beendet und die Gremien entschieden haben.»

Rühl selber liess über die Kommunikationsabteilung ihres Departements ausrichten, sie beantworte keine persönlichen Fragen. Der Name der möglichen Directrice löst in Wirtschaftskreisen erstaunte Reaktionen aus. Ein Economiesuisse-Vorstand spricht von einem «Akt der Verzweiflung». Monika Rühl werden allenthalben ein hoher Fleiss und grosse Kom-



*Vorbild:* Alpiq-CEO Staiblin (l.).



*Ohne Dementi:* Präsident Karrer.

promissbereitschaft beschieden. Zudem sei sie in ihrer bisherigen Tätigkeit dadurch aufgefallen, dass sie sich auf dem internationalen Parkett sehr wohl fühle. Weniger einen Namen gemacht hat sie sich für Durchsetzungskraft und entschieden liberale Instinkte in der Wirtschaftspolitik – Eigenschaften, die bei der Speerspitze der Schweizer Wirtschaft gefragt sein dürften. Möglicherweise ist dies aber auch gewollt, und Karrer hat sich bei der Post (**Susanne Ruoff**), bei Alpiq (**Jasmin Staiblin**) und im SBB-Personenverkehr (**Jeannine Pilloud**) ein Modell für kriselnde Organisationen abgeschaut: Der Charme einer Direktorin wirkt Wunder gegen die Widrigkeiten der Zeit und nimmt den Chef aus der Schusslinie. (fsc)

Innerhalb einer Woche hat die geplante Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Billag-Gebühren» auf Facebook knapp 50 000 Sympathisanten mobilisiert. Ziel ist es, die Inkassogesellschaft für die Radio- und Fernsehgebühren Billag abzuschaffen. Ginge es nach den Mehrheitsverhältnissen im Netz, die Billag wäre bereits Geschichte. Sie selber bringt es in dem sozialen Netzwerk auf kümmerliche sechzehn Unterstützer. Gegenüber der *Neuen Luzerner Zeitung (NLZ)* stellte **Olivier Kessler**, Co-Präsident des Komitees, klar, dass es nicht um eine Abschaffung der SRG gehe: «Lediglich finanzieren soll sie ihre Aktivitäten in Zukunft selbst.» Unter den Initianten ist ebenfalls **Christian Riesen**, der mit dem gescheiterten Referendum gegen die KEV-Erhöhung schweizweit Bekanntheit erlangte.

Der geplante Angriff auf ihr Monopolisten-Budget von 1,7 Milliarden Franken blieb auch bei der SRG nicht unbemerkt. **Stefan Eiholzer**, Leiter der Regionalredaktion Zentralschweiz, lud die Angreifer unter dem Eindruck der «hagelnden Klicks» (NLZ) zu einer Aussprache ein, weil er vermutete, «dass sie zu einem Thema argumentieren, von dem sie ziemlich wenig Ahnung haben». Es störe ihn, so der SRF-Mann bei dem Treffen, wenn sein Unternehmen als Moloch verunglimpft werde und die Billag-Gebühren fälschlicherweise als Zwangsbeiträge gebrandmarkt würde. In einem Punkt waren sich beide Seiten trotz unüberbrückbarer weltanschaulicher Differenzen einig: Auf dem freien Markt hätte die SRG einen sehr schweren Stand. (fsc)

## Nachruf



*Wonneproppen:* Filmstar Temple.

**Shirley Temple (1928–2014)** — Sie war der personifizierte Golddrauschengel: 55 goldene Löckchen – hiess es – hüpfen keck auf ihrem süssen Köpfcchen, wenn sie mit ihren Puttenbäckchen schmunzelnd auf ihren Beinchen hüpfte und naseweise Sprüche von sich gab. Dann schmolz das Publikum dahin. Es waren die dreissiger Jahre, Zeiten der Entbehrung, die einen solchen Wonneproppen brauchten, nicht nur, um zu träumen, auch, um die Zukunftshoffnung nicht aufzugeben.

Sie war gerade mal sechs Jahre alt, da spielte sie ihre erste Hauptrolle («Stand Up and Cheer!») und versetzte vor allem Frauen in totale Verzückung; wenn sie zum Singen anhub, war die Wirklichkeit komplett vergessen. «Solange unser Land Shirley Temple hat, wird alles gut!», war ein beliebter Spruch, von dem behauptet wurde, Präsident Roosevelt habe ihn als Erster geäussert. 20th Century Fox nahm sie für sieben Jahre unter Vertrag und trimmte sie zum perfekten Kinderstar.

Ihre Beliebtheit war so riesig, dass sie schon 1935 mit einem Sonder-Oscar geehrt wurde und bis heute die jüngste Oscar-Gewinnerin blieb. Auch wenn ein Wolkenkratzer (Shirley Temple Building) und ein Cocktail, alkoholfrei natürlich, nach ihr benannt wurden, überdauerte ihre Popularität nicht die dreissiger Jahre. Schon 1939 wurde «Der Zauberer von OZ» mit Judy Garland besetzt. In den vierziger Jahren versuchte sie ein Comeback («Fort Apache»). Richard Nixon machte sie zur Uno-Botschafterin und Ende der achtziger Jahre erlebte sie als Botschafterin in der Tschechoslowakei den Niedergang des Kommunismus. *Wolfram Knorr*



# Erfolgsmodell «Zone franche»

Von Pascal Gentinetta — Mit einer massiven Zuwanderung ist keinem Land langfristig gedient. Die Schweiz sollte ihr Erfolgsmodell mit grenznahen Wirtschaftszonen exportieren.



Während sich viele EU-Länder mit Überschuldung und Arbeitslosigkeit herumschlagen, hat die aussenpolitische Sensation vom letzten Abstimmungssonntag

das «Luxus-Problem» der Schweiz deutlich gemacht: Es gleicht einem Spagat, eine starke wirtschaftliche Entwicklung mit der gesellschaftlichen Akzeptanz der damit einhergehenden Auswirkungen in Einklang zu bringen. Wie man die Zuwanderungsfrage sinnvoll lösen könnte, ohne dabei einen ökonomischen Schaden in Bezug auf den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften seitens der Unternehmen anzurichten, wird noch lange zu reden geben. Die kommenden Diskussionen um die Mindestlohn- und die Ecopop-Initiative sowie die Personenfreizügigkeit mit Kroatien lassen grüssen. Es braucht deshalb kreative Wege, um nicht in gefährliche Abschottungs- oder Planwirtschaftsmuster zurückzufallen. Eine Idee wäre es, das Konzept der «Zone franche» rund um Genf aufzuwerten und auf andere Grenzregionen auszuweiten. Es gibt punktuell solche Ansätze, zum Beispiel für den Flughafen Basel-Mulhouse auf französischem Gebiet, für die italienischen Gemeinden Campione und Livigno nahe dem Tessin und Graubünden sowie für die deutsche Gemeinde Büsingen bei Schaffhausen.

## Historisch verankerte Idee

Was sind die historischen Wurzeln dieses Modells? Die Zone franche um Genf wurde 1815 am Wiener Kongress nach dem Fall von Napoleon ins Leben gerufen. Ziel davon war es, einerseits die Republik Genf territorial zu zementieren und als neuen Kanton an die Eidgenossenschaft anzubinden, andererseits in der Region einen kohärenten Wirtschaftsraum mit dem natürlichen Hinterland zu bilden. Weil man aber im «calvinistischen Rom» eine katholische Mehrheit fürchtete, wurde auf den Einbezug eines Gebiets bis hin zum Mont Blanc verzichtet. Dafür wurde dieser 4000 Quadratkilometer grosse Raum als «Grande Zone» deklariert, welcher einem speziellen Wirtschafts- und Zollregime in Anlehnung an die Schweiz unterlag. Damit verläuft seither neben der politischen Grenze eine Sonderzollgrenze innerhalb Frankreichs.

Diese Grande Zone wurde der Grande Nation zusehends ein Dorn im Auge. Nach dem Ersten Weltkrieg entschied Frankreich einseitig, die Zollgrenze bis zur politischen Grenze an die Schweiz zurückzuverlagern und damit das Sonderregime abzuschaffen. In einem Referendum hielt das Schweizer Volk 1923 aber an der Zone fest. Die Streitigkeit mit Paris wurde dem internationalen Haager Gerichtshof unterbreitet. Zehn Jahre später wurde Frankreich dazu angehalten, das alte Regime wiederherzustellen, jedoch als verkleinerte Zone franche. Das System ermöglicht bis heute, in die Schweiz beziehungsweise aus der Schweiz zollfrei zu importieren und zu exportieren; Steuern sowie Personenkontrollen werden aber an der politischen Grenze zur Schweiz weiterhin eingetrieben beziehungsweise durchgeführt.

Wie kann nun das Prinzip einer speziellen grenznahen Wirtschaftszone bei der Zuwanderungsfrage helfen? Der Abbau der Zölle im Rahmen der Freihandelsabkommen und der Welthandelsorganisations-Runden hat zwar die Substanz des Modells um Genf im industriellen Bereich seit 1970 schleichend ausgehöhlt, und es bedarf daher einer inhaltlichen Aufwertung, um die Vorteile einer solchen Zone wieder zum Tragen zu bringen. Ein Beispiel dafür bietet der Flughafen Basel-Mulhouse. Die im Schweizer Flughafenbereich an-



Potenzial: Grenzgebiet Schweiz/Frankreich.

gesiedelten Unternehmen wenden Schweizer – und nicht französisches – Arbeits- und Steuerrecht an. Das verleiht dieser Zone auf französischem Boden eine besondere Attraktivität, was sich in der Ansiedlung von (Schweizer) Unternehmen und der Schaffung von (französischen) Arbeitsplätzen widerspiegelt.

Es gälte also, grenznahe Wirtschaftszonen um Schweizer Boom-Regionen zu definieren, welche bewährte wirtschaftspolitische Schlüsselrahmenbedingungen der Schweiz übernehmen, zum Beispiel im Bereich der Unternehmensbesteuerung, der Mehrwertsteuer, des Arbeitsrechts, der Sozialabgaben, der Raumplanung oder der Verkehrsfinanzierung. Selbstverständlich setzt die Umsetzung solcher Zonen im grenznahen Savoyen, im Elsass, in Baden-Württemberg, in Vorarlberg oder in der Lombardei voraus, dass das Projekt lokal unterstützt wird. So richtete der Président du Pays de Gex, Etienne Blanc, vor zwei Jahren einen Appell an Paris und forderte die Übernahme des «Basler Flughafen-Regimes» auf seinem Gebiet. Die erhoffte Konsequenz: Attraktivi-

## Es braucht kreative Wege, um nicht in Abschottung oder Planwirtschaft zurückzufallen.

tätsgewinn und Wachstumsschub durch Ansiedlung von wettbewerbsfähigen Schweizer und internationalen Unternehmen, Erhöhung des Lohnniveaus und des Steuersubstrats.

## Zuwanderungsproblematik eindämmen

Für die wirtschaftlich saturierte Schweizer Seite liegt der Vorteil ebenfalls auf der Hand: Eindämmung der negativen Folgen der wirtschaftlichen Erhitzung wie der Grenzgängerproblematik sowie Möglichkeit der Rückverteilung der EU-Zuwanderung in diese Gebiete. Darüber hinaus würde sich das Grenzgängerphänomen innerhalb des EU-Raums verlagern, nämlich zu und aus den «Schweizer» Wirtschaftszonen. Damit würden auch die der neuen Zones franches angrenzenden EU-Regionen vom Wohlstandsimpuls profitieren.

Dogmatische EU-Vertreter und Jakobiner der betroffenen Länder dürften an dieser Idee kaum Freude haben. Will man aber eine Win-win-Situation erreichen, stellt die Einrichtung solcher «Schweizer Wirtschaftszonen» innerhalb des EU-Territoriums in grenznahen Gebieten einen pragmatischen Ansatz zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Regionen und zur Eindämmung der Schweizer Zuwanderungsproblematik dar. Dies wäre besonders im Rahmen der Bilateralen-III-Diskussion näher zu prüfen und als Offensivanliegen gegenüber Brüssel zu deponieren.

Pascal Gentinetta ist Ökonom und Wirtschaftsberater und war langjähriger Vorsitzender der Geschäftsleitung von Economiesuisse.

## Diffuse Ängste, diffuses Volk

Von Christoph Mörgeli

Das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative beruht laut dem Luzerner Stadtpräsidenten Stefan Roth (CVP) auf «diffusen Ängsten der ländlichen Bevölkerung». Christa Markwalder (FDP) meinte in der «Arena» des Schweizer Fernsehens: «In der Bevölkerung existieren tatsächlich diffuse Ängste – wie zum Beispiel der Wettbewerb um Arbeitsplätze.» David Sieber ortete in der *Südostschweiz* «diffuse Verlustängste, die von geschickten Politikern aus dem rechtsbürgerlichen Lager genutzt werden können». Für Hanspeter Trütsch von der «Tagesschau» gaben «diffuse Ängste oder vielleicht auch reale Ängste» den Ausschlag bei der Volksabstimmung. Und Patrick Feuz wollte im *Tages-Anzeiger* die «diffusen Ängste» immerhin nicht einfach «als hinterwäldlerisch belächeln».

Damit bedeutet das Wort «diffus» für die Gescheiten zweifellos etwas Negatives über die Dummen. Sonst würden die naserümpfenden Politiker und Journalisten nicht eine ihnen verdächtige, missliebige Mehrheitsmeinung als «diffus» qualifizieren. Wie emsig bemühte Chemielehrer spähen diese Analytiker messerscharf aufs von ihnen gemischte Reagenzglas der Volksseele und dozieren der gelangweilten Schulklasse: «Konturlos, verschwommen, trüb, dumpf – mit einem Wort: diffus.»

Die direkte Demokratie muss zuweilen fast unerträglich viel ertragen. Nicht vom rechtsverbindlichen Willen der Bürgerinnen und Bürger. Sondern von den Deutern und Hohepriestern des Volkswillens in den Amts- und Redaktionsstuben. Wenn diesen selbstgerechten Aufklärern auf ihren Hochsitzen weit über den Bürgermassen das Ergebnis eines Urnengangs passt, ist die Urteilsfähigkeit des Souveräns von geradezu zwingender Logik und Ergebnis seines messerscharfen Verstandes. Geschieht das Gegenteil, ärgern sie sich über das Aufstossen «diffuser» Säfte aus dem Magen-Darm-Trakt des Volkskörpers.

Nicht auszudenken, wenn ehemals in der Schweizer Geschichte die Diffusionstheoretiker anstelle des gemeinen Volkes obsiegt hätten. Sie hätten der Generation unserer Grosseltern wahrscheinlich ihr schlechtes Bauch- und Kopfgefühl gegenüber den Diktaturen in Nord und Süd als «diffuse Ängste» auszureden versucht. Jedenfalls hätten sie 1291 dem wackeren Wilhelm Tell seine «diffusen Ängste» vor dem Zugriff des europäisch-habsburgischen Verwaltungsstaates wacker ausgetrieben.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

## Drei Massnahmen genügen

Von Peter Bodenmann — Wie die Schweiz die Zuwanderung selbstbestimmt und europakompatibel dämpfen kann.



Bundesräte in die Wüste: BDP-Politiker Grunder.

Wenn die Schweiz vor sieben Jahren über das Steuerhinterzieher-Geheimnis abgestimmt hätte, so wäre eine grosse Mehrheit der Stimmenden für die Festschreibung des Bankgeheimnisses in der Verfassung gewesen. Trotzdem hätten die Amerikaner die Schweizer-Steuerhinterzieher-Banken geknackt wie spanische Nüssli. Weil die Yankees dank der NSA längst alle Kontobewegungen kennen. Und nur zur Wahrung des schönen Scheins die Herausgabe aller Daten verlangen.

Die Schweizerinnen und Schweizer sind – wenn es so weit ist – realistisch. SVP und Auns bekamen nicht einmal die nötigen Unterschriften für ein Referendum gegen das verfassungswidrige Fatca-Abkommen zusammen.

Europa braucht – wie die Schweiz – Zuwanderung. Schlicht und einfach, weil Frauen und Männer auf unserem Kontinent zu wenig eigene Kinder auf die Welt stellen. Europa braucht aber auch eine neue Wirtschaftspolitik in der Logik von Peter Bofinger und Heiner Flassbeck. Mit mehr Wachstum, mehr Umweltschutz und mehr regionalem und sozialem Ausgleich. Noch fährt der Zug mit der deutschen Export-Lok exakt in die falsche Richtung. Deshalb haben in der Schweiz wie in Europa rechtsnationale Parteien und Ideen Auftrieb.

Le Pen, Wilders, Strache und Co freuen sich über den Sieg der SVP. Die rechte Mitte in der

Schweiz ist diesem politischen Stress nicht gewachsen. Der freisinnige 18-Prozent-Müller will Christoph Blocher als Sonder-Staatssekretär nach Brüssel schicken. Und der Emmentaler Geometer Hans Grunder möchte alle Bundesräte – mit Ausnahme von Ueli Maurer – in die Wüste schicken.

Die EU kann in Sachen Personenfreizügigkeit nicht nachgeben. Umgekehrt kann die Schweiz den Bedarf an Arbeitskräften – und damit die Zuwanderung – selbstbestimmt und europakompatibel dämpfen. Durch Strukturwandel, der die Produktivität pro Arbeitskraft und Arbeitsstunde erhöht. Um so pro Kopf endlich schneller zu wachsen und den Kuchen erst etwas sozialer zu verteilen.

Drei Massnahmen genügen: Importzölle für landwirtschaftliche Produkte auf EU-Niveau senken. Vertikale Kartelle dank Förderung von Parallelimporten zerschlagen. Mindestlohn von 4000 Franken pro Monat.

Johann Schneider-Ammann durchlebt seine erste schwere Krise. Obwohl er als Einziger im Bundesrat die Worte Produktivität und Strukturwandel buchstabieren kann. Wird er an Jersey zerbrechen, oder kann sich der ewige Schwiegersohn erstmals in seinem Leben freischwimmen? Stattdessen gilt bis auf weiteres: Schlaf, Johann, schlaf.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.



# Kühler Krieg

Von Hansrudolf Kamer — West und Ost ringen um Einfluss in der Ukraine. Russland bezichtigt Amerika, es unterstütze einen Putschversuch. Washington ärgert die EU.



Während alle Augen auf die Putin-Show in Sotchi gerichtet sind, findet im Hintergrund ein hektisches Ringen um Einfluss in der Ukraine statt. Was sich seit November in Kiew und drumherum alles ab-

spielt, erinnert an vergangene Verhaltensweisen, mit Zügen einer Farce.

Die Präsidenten der interessierten Mächte, Putin und Obama, praktizieren nackte Geostategie, erklären aber beide grossmütig, es sei an den Ukrainern selber, über ihr Schicksal zu bestimmen. Die Europäer mischen mit und kochen ihr eigenes Süsschen. Worte und Taten sind, wie stets in solchen Dingen, kaum deckungsgleich.

Zur jüngsten Zuspitzung kam es, als der für die Ukraine zuständige Kremlberater Sergei Glasjew Washington beschuldigte, es finanziere und bewaffne die ukrainische Opposition. Diese ist seit der schnöden Absage von Präsident Janukowitsch an die EU protestmässig engagiert, auf dem Maidan in Kiew und sonstwo in der Ukraine. Trotz vereinzelter Übergriffen blieb das Geschehen aber im Rahmen.

Glasjew wurde deutlicher und forderte die ukrainischen Behörden auf, den Putschversuch durch Amerikas bewaffnete Rebellen niederzuschlagen. Washington verletze ein Abkommen von 1994 – gemeint war das sogenannte Budapest Protocol, das die Rückführung sowjetischer Nuklearwaffen nach Russland regelte und gegenüber der unabhängigen gewordenen Ukraine russische, amerikanische und britische Sicherheitsgarantien enthielt.

Das war einer von vielen Verträgen, die damals die Auflösung der Sowjetunion regelten. Er lässt sich, wie andere auch, sehr gut für den eigenen Standpunkt instrumentalisieren. Kurz zuvor hatte Washington Moskau beschuldigt, es verletze das INF-Abkommen (über nukleare Mittelstreckenwaffen) von 1987, indem es ein neues landgestütztes Cruise-Missile getestet habe. In der Konkursmasse des Kalten Kriegs ist für jedermann etwas vorhanden.

Sehr an die vergangene Epoche erinnerten auch die Aussagen des Automechanikers Dmitro Bulatow, der in Kiew Protestkorsos

mit Autos organisiert hatte. Er sei gekidnappt und gefoltert worden. Man habe ihn gezwungen, sich als amerikanischen Spion auszugeben, der im Auftrag der CIA in der Ukraine Unruhe stiften sollte. Er konnte schliesslich nach Litauen ausreisen. Bulatow sollte die russische These der äusseren Einmischung belegen.

## Die Schwäche der europäischen Politik

Ebenso, wie oft im Kalten Krieg, ist sich der Westen uneinig. Die Amerikaner wollten noch unter der Administration Bush der Ukraine Kandidatenstatus für die Nato in Aussicht stellen. Doch neben den Russen waren auch viele Europäer dagegen – allen voran die Deutschen, die Rücksicht auf Moskau als Grundmaxime pflegten.

Der innerwestliche Konflikt brach durch, weil jemand – wohl die Russen – ein Telefongespräch zwischen der für Europa zuständigen Assistenzsekretärin im Aussenministerium, Victoria Nuland, und dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt, abgehört und auf Youtube gestellt hatte. Kernstück für viele Medien war Nulands kurzgefasster Kraftausdruck: «Fuck the EU!», und gemeint war damit, dass die Europäer unkoordiniert und unproduktiv mitmischten.

Das Wort ist längst zu einem alltäglichen Füllausdruck verkommen und sollte nieman-

den mehr aufregen. Nuland ist mit dem bekannten Autor Robert Kagan verheiratet, der nicht für eine politisch korrekte Schreibe bekannt ist. Ausserdem versteht sie etwas von der Sache. Das abgehörte Gespräch drehte sich sonst darum, wie die Krise zu bewältigen wäre und wer in die ukrainische Regierung solle und wer nicht. Witali Klitschko, der Boxweltmeister und populäre Freund Deutschlands, nach Ansicht Nulands beispielsweise nicht.

Berlin freute sich sehr darüber, dass der grosse Abhörer Amerika selbst abgehört worden und – vordergründig – peinlich berührt war. Einmal mehr tat sich eine Kluft auf zwischen hehren Bekundungen und niedrigen Realitäten. Dazu gehört auch, dass zusätzlich das Gespräch einer deutschen Diplomatin aufgezeichnet worden war, in dem sie sich darüber beklagt, die Amerikaner kritisierten die Ukraine-Politik der EU als zu schwach. Die Schwäche der europäischen Politik besteht darin, dass man der Ukraine nicht nur keine Nato-, sondern auch keine EU-Mitgliedschaft in Aussicht stellt. In Russland dagegen ist man immer willkommen.

Es folgt kaum ein Wochenende, an dem sich der neue deutsche Aussenminister Frank-Walter Steinmeier nicht irgendwie äussert. Generell sagt er: «Es wird zu Recht von uns erwartet, dass wir uns einmischen.» Gerade hinsichtlich der Ukraine trifft das aber nicht zu. Hier warnte er davor, Russland zu isolieren.

Da bleibt eigentlich nur ein Kopfnicken zur Feststellung des deutschen Bundespräsidenten Gauck an der Münchner Sicherheitskonferenz, die Deutschen seien auf dem Weg zu einer Form der Verantwortung, die sie noch nicht eingeübt hätten. Der Weg ist das Ziel, und wer fleissig übt, der kommt dort an.



Europäer kochen ihr eigenes Süsschen: Ausschreitungen in der ukrainischen Hauptstadt Kiew.

## Schulz & Schweiz

Von Henry M. Broder — Der Präsident des Europaparlaments vor und nach der Abstimmung.



Wer sich am letzten Sonntag zufällig auf die Homepage von Martin Schulz verirrt hatte, der fand dort an erster Stelle eine Stellungnahme des Präsidenten des Europaparlaments zu der «Initiative gegen Masseneinwanderung», über die am gleichen Tag in der Schweiz abgestimmt wurde. «Martin Schulz warnt Schweizer vor einem »Ja«. Die Meldung bezog sich auf ein Interview, das Schulz der NZZ gegeben hatte. Darin lobt er die Qualität der Debatte, die höher sei «als in anderen Ländern», äussert aber auch Kritik: «In der Schweiz gibt es offen fremdenfeindliche Parolen und Leute, denen man lieber nicht begegnen würde. Ich lese Organe der Blocher-Presse, die vor Fremdenfeindlichkeit strotzen.» Wobei er es unterliess, die «Organe der Blocher-Presse» beim Namen zu nennen. Als dann kurz nach 17 Uhr das Ergebnis der Abstimmung feststand, muss Martin Schulz grade im Stau ohne Netzverbindung gesteckt haben. Oder die Entscheidung der Schweizer, die seine Warnung einfach ignoriert haben, hatte ihm die Sprache verschlagen. Der Mann, der demnächst Präsident der EU-Kommission werden möchte, schwieg wie ein mumifizierter Pharaon in seiner Pyramide.

Schulz, der es vom Bürgermeister der Gemeinde Würselen bei Aachen bis an die Spitze der EU geschafft hatte, ist ein jovialer Rheinländer, der jede Hand ergreift, die sich ihm entgegenstreckt, und auf jede Schulter klopft, die seinen Weg kreuzt. Er kann nur Politik. Seine Warnung an die Schweizer, auf keinen Fall mit einem Ja zu der «Initiative gegen Masseneinwanderung» zu stimmen, versteht er nicht als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates, so etwas ist für ihn europäische Innenpolitik. Denn Europa ist weder ein Staatenbund noch ein Bundesstaat, es ist eine Korporation, die eine eigene «Identität» entwickeln soll. Und wenn sich dann ein kleines Bergvolk den Anweisungen der Brüsseler Zentrale widersetzt, muss es eben mit Konsequenzen rechnen. Möglicherweise wird Martin Schulz demnächst auf dem Weg in den Süden einen Bogen um die Schweiz machen. Noch schlimmer wäre nur, wenn seine Heimatgemeinde Würselen beschliessen würde, Schweizern und Lesern der Blocher-Presse den Eintritt zum örtlichen Spassbad Aquana zu verwehren.

## Drei tragische Helden

Von Silvio Borner — James Tobin, Kenneth Arrow, Ronald Coase — die Ideen dieser Wirtschafts-Nobelpreisträger wurden allesamt ins Gegenteil verkehrt. Eine Richtigstellung.

Bei James Tobin habe ich meine Karriere angefangen, mit Kenneth Arrow war ich jahrelang im Exekutiv Ausschuss der International Economic Association und Ronald Coase traf ich auf diversen Kongressen über Institutionenökonomie.

Weitherum bekannt ist die «Tobin tax», also eine Art Umsatzsteuer auf Finanztransaktionen, die die Europäische Union jetzt tatsächlich einführen will. Sie möchte damit Steuern kassieren und gleichzeitig die bösen Finanzmärkte für ihre Exzesse abstrafen. Das hat aber mit der ursprünglichen Idee von Tobin nichts mehr zu tun. Ihm ging es allein darum, die fixen Wechselkurse im Bretton-Woods-System vor spekulativen Attacken zu schützen, indem man die Transaktionskosten auf den Devisenmärkten erhöht. Die Tobin-Steuer sollte das System stabiler machen, aber keine neue Finanzierungsform für den Staat sein. Das Bretton-Woods-System ist vor vierzig Jahren verschwunden und mit ihm die fixen Wechselkurse. Die «Tobin tax» ist somit seit Jahrzehnten eine leere Floskel, die aus politischer Opportunität für ganz andere Zwecke missbraucht wird.

Kenneth Arrow kommt das epochale Verdienst zu, die «unsichtbare Hand» von Adam Smith, die aus egoistischen Einzelinteressen ein gesellschaftliches Optimum herbeiführt, in ein mathematisches Modell gegossen zu haben: Im Gleichgewicht aller Märkte wird ein Wohlstandsoptimum erreicht. Dieser mathematische Zustand bedingt ziemlich extreme Annahmen. So muss der Wettbewerb perfekt spielen, und es darf keine zeitliche Dimension geben.

### Einfallstor für staatliche Interventionen

Arrow ging es nicht um eine Abbildung der Realität, sondern um den mathematisch nachvollziehbaren Beweis. Leider ging das aber schnell vergessen, nicht zuletzt dank Arrows wichtigstem Schüler, Joseph Stiglitz, ebenfalls Nobelpreisträger. Mit ihm zusammen war ich von 1970 bis 1972 in Yale. Damals variierte er die rigorosen Annahmen von Arrow und fand mathematische Lösungen, um die von Arrow definitorisch ausgeschlossenen Marktunvollkommenheiten ökonomisch zu mildern. Heute propagiert er nur noch politische Interventionen gegen alle erdenklichen Kategorien von

Marktversagen. Wo liegt der tragische Fehler? Arrows abstraktes Gleichgewichtsmodell wurde als Benchmark für die tatsächlich existierenden Märkte zweckentfremdet, die natürlich, verglichen mit diesem Idealmodell, von Unvollkommenheiten nur so strotzen.

Deshalb kann heute jeder Studienanfänger alle Formen des Marktversagens gebetsmühlenartig aufsagen. Wie Märkte im wirklichen und wirksamen Wettbewerb funktionieren und in ihrer Tendenz zu Arrows Gleichgewicht neigen, wird heute kaum mehr gelehrt. Und so hat das Idealmodell von Arrow zum Einfallstor für staatlichen Interventionismus mutiert, weil man vor lauter Marktversagen den Marktkräften grundsätzlich misstraut. So wird heute angebliches Marktversagen durch tatsächliches Staatsversagen ersetzt.

Ronald Coase schliesslich gilt als Erfinder des Coase-Theorems. Dieses besagt, dass externe Effekte aus Produktion und Konsum, wie beispielsweise Umweltverschmutzung, auch durch die Märkte geregelt werden könnten. Die Voraussetzung dafür ist, dass keine Transaktionskosten bestehen und dass die Eigentumsrechte vollständig definiert sind. Ein Beispiel: Wenn Nachbar A ein Eigentumsrecht auf ungestörte Nachtruhe hat und Nachbar B gerne nächstens feiert, dann können die Nachbarn, ihren jeweiligen Zahlungsbereitschaften entsprechend, einen für beide Seiten vorteilhaften Deal aushandeln. Das steht heute in jedem Lehrbuch so und verleitet zum naiven Glauben, dass die Märkte eigentlich alles von selber lösen, wenn man nur die Eigentumsrechte vollständig definiert.

Coase selber hat aber das Theorem genau aus dem gegenteiligen Grund entwickelt. Er wollte zeigen, wie zentral und umfangreich Transaktionskosten in der wirklichen Welt sind. Die politische Moral von der Coase-Geschichte ist somit eine ganz andere. Die Politik sollte alles daransetzen, die Eigentumsrechte zu stärken, um die Transaktionskosten niedrig zu halten.

Coase selber hat aber das Theorem genau aus dem gegenteiligen Grund entwickelt. Er wollte zeigen, wie zentral und umfangreich Transaktionskosten in der wirklichen Welt sind. Die politische Moral von der Coase-Geschichte ist somit eine ganz andere. Die Politik sollte alles daransetzen, die Eigentumsrechte zu stärken, um die Transaktionskosten niedrig zu halten.

Leider tut sie genau das Gegenteil, indem durch ausufernde Reglementierungen und Regulierungen die Transaktionskosten erhöht werden und so die Funktionsweise der Märkte beeinträchtigt wird. Coase hat diese Fehlinterpretation seines Theorems noch vor seinem Tode selber beklagt.





# Dichter Dichtestress

Von Kurt W. Zimmermann — Haben die Medien der SVP-Einwanderungsinitiative zum Sieg verholfen? Letztlich ja.

Im Mai 2011 erschien im *Tages-Anzeiger* ein redaktioneller Kommentar, der höchst ungewöhnlich war. Der Kommentar verlangte, die Zuwanderung aus der EU zu begrenzen. Der Titel lautete: «Senken wir den Schlagbaum».

Es war im Mai 2011 das erste Mal, dass eine führende Schweizer Zeitung eine solch abgeschottete Ungeheuerlichkeit aussprach. Denn die Bevölkerung, so argumentierte das Blatt, fühle sich «im Dichtestress».

Dichtestress, ein vorher kaum genutztes Wort, hat in den Medien seitdem eine grosse Karriere hingelegt. In der Debatte um die Masseneinwanderung war es die griffigste Vokabel, um das Unbehagen an der Basis zu beschreiben. Der dichte Dichtestress in Zeitungen, Radio und TV war ein Gottesgeschenk für die SVP.

So stellt sich nun die Frage: Haben die Medien der SVP-Initiative zum Erfolg verholfen? Die Antwort ist: ja. Aber das Ja ist etwas komplex.

Der Zürcher Soziologe Kurt Imhof hat die Informationsleistung der Presse zur Initiative ausgewertet. Seine Studie sagt, dass die SVP nie zuvor so viel Wohlwollen bekam, selbst von linksliberalen Journalisten. Imhof, sonst oft etwas salopp, beobachtete für einmal präzise. Tatsächlich war die Berichterstattung diesmal ungleich ausgewogener als bei vormaligen Asyl- und Ausschaffungsvorlagen derselben Partei.

Warum war das so? Zuerst einmal zeigte sich das sogenannte Ego-Involvement. Ein Journalist, der im überfüllten Zug stehen muss, und ein Journalist, der sich keine Wohnung in der Stadt mehr leisten kann, der erlebt die Einwanderung hautnah. Er verliert seine ansonsten politische korrekte Sichtweise, weil er täglich lernt: «Selbst wenn du ein korrekter Journalist bist, dann stehst du im überfüllten Zug.»

Positiv gestimmt wurden die Medien auch aus ideologischen Gründen. Die Einwanderungsinitiative war letztlich auch ein linkes und wirtschaftskritisches Postulat. Sie richtete sich gegen die multinationalen Konzerne und ihre Profitmaximierung durch den deregulierten Arbeitsmarkt. Die SP, die ja den Kapitalismus überwinden will, hätte dies eigentlich unterstützen müssen.

Viele Journalisten sind eher links und wirtschaftskritisch. Viele hatten darum eine heimliche innere Sympathie für eine Initiative, welche den globalisierten Wachstumsglauben und seine ökologischen Folgen in die Schranken wies. Die heimliche innere Sympathie füh-



Präzise: Soziologe Imhof.

re dazu, dass von «10 vor 10» bis *20 Minuten* die Pro-Argumente häufiger als sonst gesendet und gedruckt wurden.

Gegen aussen waren alle grossen Blätter und Sender zwar weiterhin dagegen. Doch ich glaube, es trat eine innere Normalisierung ein. Die Medien fanden von der Ideologie wieder stärker zur Information zurück. Die Medien leiteten ihre Rehabilitierung ein. Doch dieser Prozess wird dauern.

Seit der EWR-Abstimmung im Jahr 1992 hatten die Medien erbittert gegen jede SVP-Vorlage geschossen. Die Stimmbürger entschieden vielfach anders. Es fand damit eine politische Entfremdung zwischen den Journalisten und ihren Konsumenten statt.

Darum glaubt das Volk den Medien nicht mehr. Viele Bürger halten sie für instrumentalisiert, zu staatsblind und bundesrathörig. Darum spielte die Meinung der Medien in Abstimmungskämpfen keine grosse Rolle mehr. Wenn schon, dann tat das Volk einfach das Gegenteil von dem, was ihm die vereinigten Journalisten rieten. Auch diesmal spielte dieser Effekt, wenn auch in geringerem Mass.

Nehmen wir an, die Journalisten hätten bei der Masseneinwanderungsinitiative ebenso verbissen und blutig gegen die SVP gekämpft wie sonst immer seit 1992.

Was wäre passiert? Die SVP hätte noch höher gewonnen.

# Unter Verdacht

Von Beatrice Schlag — Der verschwundene Abgeordnete.

Letztes Wochenende gab der SPD-Abgeordnete Sebastian Edathy, Sohn eines protestantischen indischen Pastors und einer Deutschen, in einer knappen Pressemeldung seinen sofortigen Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen bekannt. Seither wurde der 44-Jährige nicht mehr gesehen. Selbst Parteigenossen hatten keine Ahnung, worunter er litt. Zwar hatte der Politiker auf Facebook schon im Januar den Ausschnitt eines ärztlichen Attests gepostet, aus dem hervorging, dass er bis 28. Februar krankgeschrieben war. Aber auch dort: kein Hinweis auf die Art der Erkrankung.



Gerüchte über ein Burnout kursierten. Denn der Leiter des Untersuchungsausschusses zur Rolle der Terrorgruppe NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) war für seinen unermüdelichen Einsatz gegen Rechtsextremismus hoch angesehen. Allerdings war das Ansehen offenbar grösser als die Sympathie. Im Umgang mit seinen Mitarbeitern, sagten Parteigenossen, sei er oft harsch und oft verletzend gewesen. «Ich müsste mich dringend ändern, sagen mein Hund, meine Bekannten und mein Steuerberater», schrieb Edathy vor kurzem in der deutschen *Tageszeitung (Taz)*, «eigentlich will ich mich doch ändern. Eigentlich müsste ich mich ändern. Aber eigentlich will ich nicht.»

Seit Anfang Woche denkt man beim Lesen der *Taz*-Zeilen nicht mehr an ruppige Umgangsformen. Am Montag wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft Hannover wegen Verdachts auf Besitz von Kinderpornografie gegen den zurückgetretenen Abgeordneten ermittelt. Edathys Wohnungen in Berlin und Niedersachsen wurden in seiner Abwesenheit durchsucht. Die Polizei beschlagnahmte Speichermedien. Ob sie den Verdacht erhärten oder entkräften, ist noch unbekannt. Ebenso unbekannt ist, wie die Ermittler auf ihren Verdacht gekommen waren. Am Tag nach den Hausdurchsuchungen schrieb der untergetauchte Politiker auf Facebook: «Die öffentliche Behauptung, ich befände mich im Besitz kinderpornografischer Schriften, ist unwahr. Ich gehe davon aus, dass die Unschuldsvermutung auch für mich gilt. Ein strafbares Verhalten liegt nicht vor.» Falls die Ermittler nicht fündig werden: Ist Edathy dann auch den Verdacht wieder los?

### «Der Fokus sollte nicht auf dem Individuum Mensch liegen. Wir sind nicht die Krone der Schöpfung.» Daniela Larson



«Es liegt in unserer Hand.»

#### Unglaubliche Natur

Nr. 6 – «Wann beginnt der Mensch?»;  
grosse Weltwoche-Umfrage

Zwei Dinge sind meines Erachtens festzuhalten: Es darf kein Recht auf Abtreibung geben; um des Lebens willen. Und: Es darf kein Recht geben, jemanden zu verurteilen, der abgetrieben hat; auch um des Lebens willen.

*Dominik Allemann, Dübendorf*

Ich finde es empörend, dass sich die Leute alle mit einer Frage herumschlagen, bei welcher es unmöglich ist, sie aus einer wissenschaftlichen Sicht zu beantworten. Es handelt sich um eine reine Glaubensfrage, und keiner kann wirklich beweisen und wird es auch nie können, wann die Seele in den Menschen eintritt.

Der Mittelpunkt der Diskussion sollte das grösste Problem sein, welches unser Planet heutzutage hat. Es gibt viel zu viele Menschen auf der Welt, und wir beuten die Ressourcen unseres Planeten schamlos aus und zerstören unseren eigenen Lebensraum.

Der Fokus sollte nicht auf dem Individuum Mensch liegen. Wir sind nicht die Krone der Schöpfung, wir sind vielmehr ein Teil einer unglaublichen Natur und Wildnis, und wenn wir uns weiterhin in dieser alarmierenden Geschwindigkeit vermehren, dann wird das einmal zu unserem Untergang führen.

Dass wir die Fähigkeit haben, abzutreiben, sollte deshalb als ein Segen betrachtet werden.

Jeder Mensch sollte die Zukunft und das Allgemeinwohl der gesamten Menschheit im Hinterkopf haben, wenn es zur Frage kommt: «Pflanze ich mich fort oder nicht?» Wir müssen unsere Geburtenzahl unbedingt einschränken, wo es auch nur geht, sonst wird es unsere Spezies nicht mehr lange geben, und dann wird uns auch Gott nicht mehr helfen. Es liegt in unserer Hand.

*Daniela Larson, Schliern bei Köniz*

Sie befragten achtzehn Männer und sechs Frauen. Finden Sie das ein korrektes Verhältnis?

*Erika Frey, Küssnacht*

#### Beide Seiten profitieren

Nr. 6 – «Die Stunde der Heuchler»;  
Pierre Heumann über das Westjordanland

Dass es das noch gibt in der Presselandschaft: einen Journalisten, der es wagt, den Boykott israelischer Firmen zu hinterfragen und die Vorteile der Siedlungspolitik für die Araber aufzuzeigen! Hut ab!

Gebetsmühlenartig wird heute nachgeplappert, die israelische Siedlungspolitik sei das grosse Hindernis für den Frieden im Nahen Osten. Die Siedlungen im Westjordanland und in Gaza werden als illegal bezeichnet, obwohl das nicht «besetzte Gebiete» im rechtlichen Sinne sind, weil sie nie Teil eines international anerkannten Staates waren.

Etwa 150 000 Palästinenser arbeiten in Israel, viele von ihnen sind Wochenaufenthalter und kehren am Wochenende in ihre Dörfer zurück. Sie haben im Vergleich mit andern angrenzenden arabischen Staaten das höchste Pro-Kopf-Einkommen. Die palästinensischen Dörfer im Westjordanland profitieren in vielerlei Hinsicht von den israelischen Siedlern, denn diese nehmen in den Dörfern und Städten Dienstleistungen in Anspruch und geben vielen Palästinensern Arbeit. Beide Seiten profitieren voneinander. *Yvonne Schwengeler, Berneck*

#### Nur noch Parteifunktionäre

Nr. 6 – «Menschwerdung eines Scheinheiligen»; Christian Mundt über Johann Schneider-Ammann

Der Autor hat einen journalistisch spannenden Artikel geschrieben. Es gilt, aus Lesersicht eine zusätzliche Ausleuchtung zu machen. Er erwähnt, dass der Unternehmer, Nationalrat und Swissmem-Präsident 2009 anscheinend kalte Füsse bekam. Die Schweizer Medien stürzen sich auf einen Artikel, der im Seco-Organ *Die Volkswirtschaft* 2009 erschien. In diesem Artikel geißelt Johann N. Schneider-Ammann die ausländischen Steueroasen im Umgang mit der Schweiz und dem unter Druck stehenden Finanzplatz. Er ist das Gegenstück des finanzplatzhörigen Bundesrats Merz im Freisinn und der damaligen Abzockergarde. Er kämpfte nie gegen den Finanzplatz, sondern in der Economiesuisse als Vizepräsident und Präsident des Werkplatzes Schweiz gegen die Abzocker. Die legale Steueroptimierung diente dem Erhalt des Produktionsstandorts Langenthal und der Arbeitsplätze. Die Ammann-Gruppe hätte die Produktion auslagern und in Polen, der Tschechei günstiger produzieren können.

Diese professionell arrangierte Hatz gegen Schneider-Ammann hat eine Auswirkung auf unsere Politikultur. Wer einen Unternehmer im Bundesrat fertigmacht, muss die Konsequenzen für die Politikultur und zukünftige Zusammensetzungen des Bundesrats abwägen. Es wird sich kaum mehr ein Unternehmer in die Landesregierung wählen lassen. Wer eine Unternehmung führt, macht immer Fehler. Auch wenn dieser legal ist. Wollen wir nur noch Parteifunktionäre, Berufspolitiker und solche, die noch nie einen Arbeitsplatz geschaffen haben? Der Wirtschaftsstandort Schweiz ist für den Bundesrat und seine Arbeit zu wichtig, als dass man diesen Politikern ohne Wirtschaftserfahrung überlassen darf. Übrigens wäre es interessant, zu wissen, woher die Jersey-Steuroptimierungsdokumente kamen. Aus dem Hause Ammann selbst oder aus der Steuerverwaltung, und wer hat mit diesen Unterlagen diesen Fertigmacher-Tsunami ausgelöst und warum?

*Roger E. Schärer, Feldmeilen*



## Starre Haltung

Nr. 6 – «Die dunkle Seite Grüningers»;  
Shraga Elam über «Akte Grüninger»

Interessant, was Journalist Shraga Elam hier schreibt, aber auch gefährlich. Wer die Dokumentation des Historikers Stefan Keller und des Dokumentarfilmers Richard Dindo vom 20.11.1997 im Schweizer Fernsehen gesehen hat (sie wurde von SRF am 5. 2. 2014 zur selben mitternächtlichen Unzeit wie damals ausgestrahlt), macht sich Gedanken.

Für wie glaubhaft hatte Shraga Elam die 1998 «zufällig» gefundenen Akten Grüningers im Bundesarchiv halten können? Ein Historiker ist da vorsichtiger, gerade er weiss aus der Geschichte, dass auch Lügen und manipulierte Fakten in Archiven begraben liegen. Die Version einer «dunklen Seite Grüningers» würde die langjährige starre Haltung diverser St. Galler Politiker erklären. Christliche Nächstenliebe als Motivation für die Rettung der über 3000 Flüchtlinge durfte unter der Optik der damaligen und nachfolgenden Demokraten nicht im Zusammenhang mit juristischen Fehlurteilen stehen, da machen Indizien einer Kooperation mit den Nationalsozialisten sehr viel mehr Sinn.

Mir geben die Aussagen der Zeitzeugen im Film wie auch die Einblicke in die Dokumentation der juristischen Verarbeitung des Falls von damals ein anderes Bild.

Vielleicht wird sich der Historiker Stefan Keller zum Bericht von Shraga Elam und zu den Dokumenten im Bundesarchiv äussern. Forensiker könnten weiterhelfen, damit die Wahrheit ein anderes Gesicht bekommt – ein eigenes. *Anton Herbert Honegger, Flims*

Shraga Elam, der sich in der *Weltwoche* zum Fall Grüninger äussert, wiederholt seit den 1990er Jahren immer wieder dieselben verleumderischen Behauptungen über Paul Grüninger, mit denen der Hauptmann schon in den dreissiger und vierziger Jahren verfeimt worden ist. In meinem Buch «Grüningers Fall» habe ich diese Anwürfe in ihren Zusammen-

hang gestellt und – auch mit Hilfe von Zeitzeugen – widerlegt. Paul Grüninger war kein Nazi, nie. 1940 ist er gerichtlich verurteilt worden, weil er Juden rettete, und das Gericht attestierte ihm nach langer und minutiöser Untersuchung ausschliesslich lautere Motive. 1941 wurde Paul Grüninger militärisch bestraft, weil er sich über den Anpassungskurs des Bundesrates empörte. Elam macht daraus das genaue Gegenteil: eine Bestrafung wegen nationalsozialistischer Propaganda! 1995 wurde Paul Grüninger – nach erneuter Untersuchung – vom Bezirksgericht St. Gallen als Fluchthelfer rehabilitiert. Elams abseitige Behauptung, die Juden seien im Auftrag der Nazis gerettet worden, halten keiner wissenschaftlichen Untersuchung stand. *Stefan Keller, Zürich*

## Verliert der Beruf an Gewicht?

Nr. 5 – «Politik ist wie Malaria»;  
Interview mit Unternehmensberater  
Klaus J. Stöhlker

Klaus J. Stöhlker sagt in seinem Interview, dass «ein Beruf immer an Gewicht verliert, wenn zu viele Frauen drin sind». In der Schweiz haben früher sehr viele Männer den Lehrerberuf ergriffen – auch in der Primarschule. Diese Stufe hat an Attraktivität für Männer gewaltig verloren. Höhere Schulstufen wie Gymnasien sind im Begriff, an Attraktivität für Männer zu verlieren. Für die Erziehung, Ausbildung und Bildung unserer Kinder aber ist ein Mix sehr viel besser. Die aktuelle Diskussion innerhalb der deutschen Bundeswehr über die Konsequenzen eines immer grösser werdenden Anteils an Soldatinnen kann als Bestätigung gesehen werden. Mehr als die Hälfte der befragten Soldaten beklagen eine Entwicklung zum Schlechteren wegen der Aufnahme von Frauen. Gut zehn Prozent der Dienstleistenden sind Soldatinnen; die Bundeswehrführung will diesen Anteil weiter erhöhen. Frauenquoten erzwingen nicht nur die Feminisierung von Berufen, sondern auch von Führungsetagen. Werden diese dadurch auch an Gewicht verlieren?

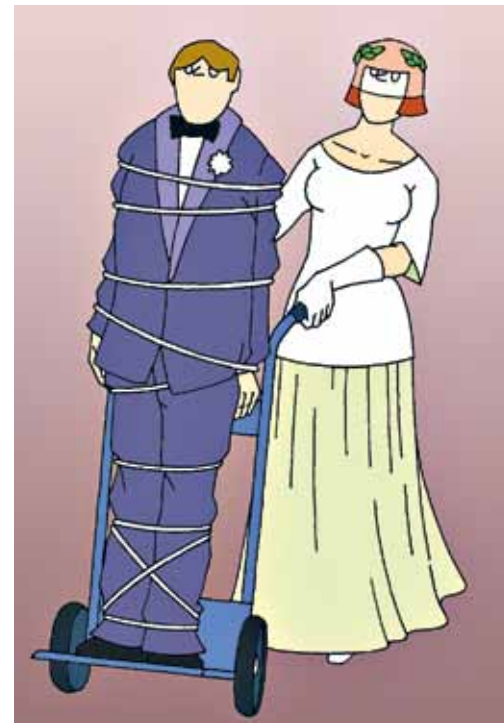
*Jürg Walter Meyer, D-Leimen*

## Korrigenda

Aufgrund von Kürzungen ergab sich beim Essay von Autor Pirmin Meier «Du darfst töten. Oder doch nicht?» (Nr. 6/14) ein sinnentstellender Fehler. Es muss heissen: «SPD und FDP kämpften für eine Welt, in der möglichst wenig Kindern *unter solchen Bedingungen* [wie Willy Brandt, uneheliches Kind aus ungünstigen sozialen Verhältnissen] das grelle Sonnenlicht zugemutet werden musste.» Die verdienstlichen Bemühungen dieser Parteien für «zumutbare soziale Verhältnisse» werden vom Autor keineswegs in Abrede gestellt. Wir bitten um Entschuldigung. *Die Redaktion*

## Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man einen Heiratsantrag innert 24 Stunden zurückziehen?

*Till Schneider, Basel*

Aber sicher doch. Das internationale Heiratsantrags-Widerrufsrecht besagt: Wenn Sie Ihren Antrag innert 24 Stunden zurückziehen, ist es, als wäre nie etwas geschehen. Sie gibt Ihnen den Ring zurück, Sie reden nie mehr darüber – und gut ist's. Wollten Sie das hören? Ja? Tja, dem ist nun leider doch nicht so, und Sie haben es schon nach fünf Sekunden erfahren. Fühlt es sich deshalb besser an? Fakt ist: «Ich will dich jetzt doch nicht heiraten», kommt nie gut an. Aber Sie haben nicht gerade viele Optionen, entweder ein Ende mit Schrecken oder «Bis dass der Tod euch scheidet». Fürs nächste Mal: Solche Fragen stellt man sich, bevor man die grosse Frage stellt. Schiller schrieb: «Drum prüfe, wer sich ewig bindet ...» Oder, um Ihnen eine Heiratsantragsregel mit exakter Zeitangabe zu geben: Wenn Sie schon in den ersten 24 Stunden Muffensausen kriegen, dann wird das nix.

*Dominique Feusi*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an [darfmandas@weltwoche.ch](mailto:darfmandas@weltwoche.ch). Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

## Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.  
E-Mail: [leserbriefe@weltwoche.ch](mailto:leserbriefe@weltwoche.ch).

# Was nun, Monsieur Burkhalter?

Das, was die Schweiz ausmacht, verhindert die Aussenpolitik, wie sie sich die Vordenker von Bundesrat Didier Burkhalter vorstellen. Das Kabinett des Aussenministers sieht direkte Demokratie, Föderalismus und Miliz als Hürden, die es zu überwinden gilt. *Von Markus Schär*

Mit leerem Blick, hängenden Mundwinkeln und gefalteten Händen sitzt der Aussenminister auf dem Podest. Die Kollegin zu seiner Rechten gibt sich ungerührt. «Das ist die direkte Demokratie», sagt Justizministerin Simonetta Sommaruga. «Jetzt gilt es, diesen Entscheid umzusetzen.» Sonntag, 9. Februar, im Berner Medienzentrum, der Bundesrat muss erklären, wie es nach dem Ja des Volkes zur Masseneinwanderungsinitiative weitergeht.

Die Bundesräte vermeiden es krampfhaft, wie ihr verstorbener Kollege Jean-Pascal Delamuraz zu donnern. Der Wirtschaftsminister erklärte den 6. Dezember 1992 zum «schwarzen Tag für die Schweiz», weil damals das Volk ebenso knapp den Beitritt zum EWR verworfen hatte. Auch der heutige Aussenminister rafft sich nach seiner munteren Kollegin auf, die Institutionen als «die Stärke dieses Landes» und das Verdikt als «das Recht des Volkes» zu preisen. Nur eine Sekunde lang deckt er mit der Hand die Augen. Ein Fotograf drückt ab, das Bild steht am Montag auf der Frontseite der NZZ: Didier Burkhalter, was nun?

«Können Sie so Ihr Amt überhaupt weiterführen?», fragt ihn ein welscher Journalist. «Ja, ich fühle mich dazu fähig», gibt der Aussenminister tapfer zurück. Die Frage stellt indes auch seine eigene Partei: «Die Verhandlungen mit der EU sind von alt Bundesrat Christoph Blocher als Sonder-Staatssekretär zu führen», fordert die FDP Schweiz in der ersten Stellungnahme. Didier Burkhalter kann es nicht machen. Denn das Volk hat mit seinem Entscheid die europapolitische Agenda zerfetzt, die sich der Aussenminister in seinem Zirkel ausgedacht hat.

## Abschied von der Unabhängigkeit

Ein Jahr lang beschwor er die bilateralen Verträge samt institutioneller Vertiefung als einzigen gangbaren Weg für die Schweiz. Nur mit einer «Renovation» dieser Beziehung zur EU könne die Schweiz ihren Wohlstand sichern und sich vor dem Abstieg schützen. Und dafür müssten sich die Schweizer auch von hehren Vorstellungen verabschieden, vor allem von der Unabhängigkeit von fremden Gerichten.

«Ja, es sind fremde Richter», räumte Staatssekretär Yves Rossier flapsig ein, als er die Schweiz mit der Idee überrumpelte, dass der Europäische Gerichtshof Streitfragen im bilateralen Verhältnis beurteilen sollte: Auf dem europäischen Binnenmarkt gelte fremdes Recht – keine Rede mehr davon, dass Verträge von gleichberechtigten Partnern geschlossen werden.

Diese Leitlinie zieht sich durch die Aussenpolitik des freisinnigen Bundesrates: Die Schweiz ist kein Sonderfall – wenn sie ihre Stellung in der Welt behaupten will, muss sie sich anpassen und einfügen. Das heisst: Die Schweiz muss zumindest teilweise aufgeben, was sie zum Sonderfall macht, also Souveränität, Subsidiarität, direkte Demokratie.

Diese Aussenpolitik, witzelte die NZZ, verkaufte die beiden höchsten Verantwortlichen in vertauschten Rollen: Rossier als polternder Politiker, Burkhalter als lächelnder Diplomat. Wer aber entwickelt sie? Die Antwort auf diese Frage findet, wer das Organigramm des Aussendepartements anschaut. Die beiden persönlichen Berater des Bundesrats, Damien Cottier und Jon Albert Fanzun, gelten als Türhüter. Das Departement spöttelt über Dupont und Dupond, die einander zum Verwechseln ähnlichen Typen aus dem Comic «Tim und Struppi», die in der deutschen Fassung Schulze und Schultze heissen. Das Organigramm weist die Zwillinge auch als Kabinettschefs aus: Sie wachen nicht

---

«Können Sie so Ihr Amt überhaupt weiterführen?» –  
«Ja, ich fühle mich dazu fähig.»

---

nur über den Zugang zum Aussenminister, sondern denken ihm vor.

Dafür bringen sie die besten Voraussetzungen mit. Damien Cottier, 38, kommt wie sein Chef aus Neuenburg. Er schufte bereits 1992 als Siebzehnjähriger für den EWR-Beitritt, schaffte 1997, damals als Jüngster aller Zeiten, für die FDP die Wahl ins Neuenburger Kantonsparlament und kam bei den Nationalratswahlen 2007 als Kämpfer «pour une Suisse de l'ouverture» auf den ersten Ersatzplatz. Daneben studierte er Geschichte und Politologie in Neuenburg und Berlin und absolvierte ein Nachdiplomstudium in Internationalen Beziehungen in Genf. 2009 übernahm er die Kommunikation der FDP Schweiz.

Jon Albert Fanzun, 44, stammt wie seine Cousine, Bundeskanzlerin Corina Casanova, aus Tarasp GR. Der Rätoromane studierte in St. Gallen Staatswissenschaften und Internationale Beziehungen und promovierte 2004 mit der Dissertation «Zwischen humanitärer Tradition und Isolation. Die Anfänge der schweizerischen Menschenrechtspolitik bis 1978». Danach arbeitete er als Vordenker für die FDP Schweiz, zuletzt als Fraktionssekretär.

Bei der Durchsicht dieser beiden Lebensläufe fällt auf: Didier Burkhalter, am 16. September 2009 unbestritten in den Bundesrat gewählt, suchte sich als Vertraute und Berater zwei Aussenpolitikspezialisten – dabei musste er vom polternden Parteifreund Pascal Couchepin das Innendepartement übernehmen, samt den Schlachten um die Altersvorsorge und das Gesundheitswesen. Der Leisetreter aus Neuenburg sah sich, angesichts des absehbaren Ausscheidens von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, von Anfang an als Aussenminister.

## Freisinnige, die mit der Linken liebäugeln

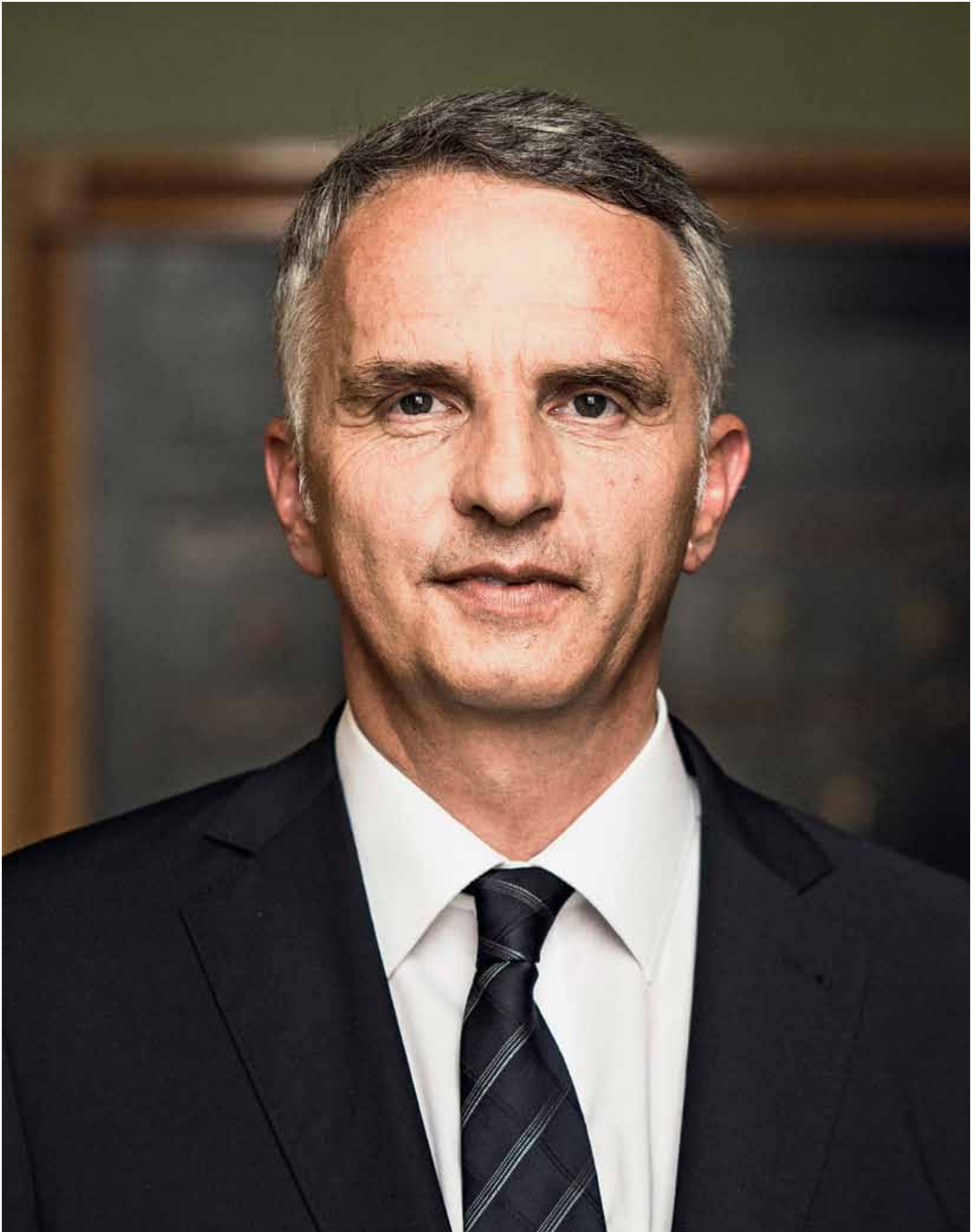
Erst nach seiner Flucht aus dem Innendepartement Ende 2011 konnte sich Didier Burkhalter richtig entfalten – und seine Vordenker erst recht: Sie setzen jetzt die Aussenpolitik um, die sie sich in der Akademie ausgedacht haben. Daneben kämpft Jon Albert Fanzun auch praktisch für die Menschenrechte, vor allem für den Verein Humanrights.ch, der seit 2005 ein «Beratungsnetz für Rassismuskritiker» mit heute zwölf Beratungsstellen aufgebaut hat (im Jahr 2012 bekamen sie 196 Anfragen), eine Website mit Informationen zur Menschenrechtspolitik betreibt und Kampagnen anderer Organisationen unterstützt, vor allem zur «aus menschenrechtlicher Sicht prekären Situation der Migrant/innen und Asylsuchenden».

Seit 2011 arbeitet der Verein für das von vier Universitäten gebildete Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte unter Professor Walter Kälin, welches Aussen- und Innendepartement zusammen anregen. Nach diesem Erfolg seiner Bemühungen im Innendepartement konnte Fanzun «nach sechs Jahren aktiver Mitarbeit» aus dem Vereinsvorstand zurücktreten.

Auch als Vordenker im Aussendepartement setzt der Menschenrechtsspezialist sein ziviles Engagement aber fort, schwergewichtig im Vorstand von «Unser Recht». Der Verein um Ulrich E. Gut, Ex-Verleger der *Zürichsee-Zeitung* und Ehemann der Zürcher Regierungsrätin Ursula Gut-Winterberger, sammelt vor allem Freisinnige, die sich von der SVP abgrenzen und mit der Linken liebäugeln. Unter den Mitgliedern finden sich aber auch grüne und rote Nationalräte sowie die Rechtsgelehrten Astrid Epiney, Giusep Nay, René Rhinow und Daniel Thüer, SRG-Generaldirektor Roger de Weck und sogar Bundesrat Alain Berset.

«Unser Recht» setzt sich «für Verständnis, Achtung und Weiterentwicklung von Rechts-





*Die Schweiz muss sich anpassen:* FDP-Bundesrat Burkhalter.

staat und Völkerrecht im Verhältnis zur Demokratie» ein. Der Verein kämpfte deshalb gegen die Minarett-Initiative und die Ausschaffungsinitiative, wirbt auch für umstrittene Urteile der Richter am Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg, drängt auf eine Vorprüfung von angeblich völkerrechtswidrigen Initiativen und schießt scharf gegen die Absicht des Parlaments, die vom Volk 2010 angenommene Ausschaffungsinitiative im Wortlaut umzusetzen.

«Es kommt, wie es sich abzeichnet», schimpfte der Mitgliederbrief vom Oktober 2013: «Die von René Zeller, dem Chef der NZZ-Inlandredaktion und Strategen des SVP-FDP-Schulterschlusses, als Bundesgerichtskorrespondentin nach Lausanne entsandte Katharina Fontana baut Druck gegen Bundesrichter auf, die ihren verfassungsmässigen Auftrag ernst nehmen, das Völkerrecht anzuwenden.»

«Sommaruga sucht erneut die Kraftprobe mit der SVP», titelten die Schweizer Blätter, als die Justizministerin im vergangenen November ankündigte, der Bundesrat befinde die Durchsetzungsinitiative der SVP für teilweise ungültig, weil gerade das Festschreiben des zwingenden Völkerrechts das nirgends festgeschriebene zwingende Völkerrecht verletze. Dieser spitzfindige Einwand kam allerdings, wie durchsickerte, nicht aus dem Bundesamt für Justiz als dem juristischen Gewissen der Eidgenossenschaft – sondern aus dem Aussendepartement. Angesichts des Engagements von Kabinettschef Jon Albert Fanzun fällt die Suche nach dem Autor nicht schwer.

### Gegen die Aussenpolitik von Petitpierre

Der Kampf um den Vorrang des Völkerrechts vor dem Landesrecht ist aber nur ein Nebenschauplatz. Grundsätzlich geht es in der Aussenpolitik von Burkhalters Kabinett darum, die falsche Konzeption jenes Bundesrates zu korrigieren, über den Damien Cottier seine Lizenzarbeit schrieb: Max Petitpierre führte von 1945 bis 1961 das Aussendepartement – wie die vier weiteren Neuenburger Bundesräte nach ihm. Er legte die Grundsätze der Aussenpolitik für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts fest: die aussenpolitische Doktrin, «welche erstens die Hochhaltung des neutralen Sonderfalls zum obersten Prinzip festschrieb, zweitens diese isolationistische Haltung mit weniger isolationistischen Ergänzungsparolen garnierte und drittens mit der cleveren Unterscheidung von «technischen» und «politischen» Gremien der Schweiz fallweise eine internationale Zusammenarbeit gestattete – sofern es ihr passte», wie Georg Kreis 2001 in der NZZ höhnte.

Der europhile Basler Historiker lobte eine Studie, die das Bild von Max Petitpierre als Schöpfer einer neuen Aussenpolitik «radikal demontierte»: «Neutralität, Solidarität, Sonderfall. Die Konzeptionalisierung der schweizerischen Aussenpolitik der Nachkriegszeit,



Aussenminister mit zeretzter europapolitischer Agenda.

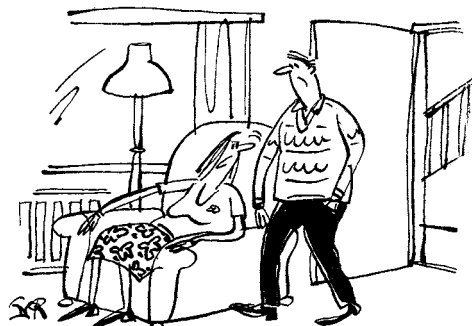
1943–1947» von Daniel Möckli, damals wie Jon Albert Fanzun Forscher am Center for Security Studies der ETH, heute Berater in Burkhalters Kabinett.

Wie seine Kollegen Cottier und Möckli arbeitete sich auch Kabinettschef Fanzun an Max Petitpierre und seinen angeblich falschen Weichenstellungen ab. Das Selbstbild der Schweiz als Hüterin der Humanität in der internationalen Politik lasse sich nicht halten, stellte er 2005 in einem Aufsatz fest. Die Schweiz hinke vielmehr aufgrund ihres «rigiden Neutralitäts- und Souveränitätsverständnisses» hinterher; so zögerte sie mit dem Beitritt zum Europarat bis 1963 und mit jenem zur Uno gar bis 2002 und trat der Europäischen Menschenrechtskonvention erst 1974 bei. Vor einzelnen Vereinbarungen wie der Sozialcharta scheute die Schweiz immer noch zurück – für den Kritiker Fanzun ein «Auseinanderklaffen von Anspruch und Realität». Diesen Konstruktionsfehler der traditionellen Schweizer Aussenpolitik will das Kabinett von Didier Burkhalter beheben, vor allem mit dem Einsatz in der OSZE, aber auch für allerlei internationale Konventionen.

Als Skript für den Aussenminister liest sich vor allem ein Aufsatz über die «Asymmetrien der Schweizer Aussenpolitik», den Jon Albert Fanzun mit seinem Lehrer Jürg Martin Gabriel 2003 schrieb, auch für das «Handbuch der Schweizer Politik». Der Sonderfall lasse sich nicht allein mit der Neutralität erklären: «Es sind die konstitutiven Elemente ihres politischen Systems, welche die Schweiz daran hindern, angemessen auf den Wandel in ihrem Umfeld zu reagieren.»

Diese hinderlichen konstitutiven Elemente sind gemäss den Autoren: die direkte Demokratie, weshalb das Publikum besser zu informieren sei, um künftige Debakel zu vermeiden, insbesondere darüber, dass kein Nationalstaat mehr als «autonomer Akteur» auftreten könne; die Konkordanz und das Kollegialitätsprinzip, die eine weitsichtige Aussenpolitik behinderten; der Föderalismus, der den kleinen Ständen erlaube, eine Annäherung an die EU zu blockieren, und das Milizsystem, das vor allem eine Zusammenarbeit mit der Nato erschwere. Kurz: Das, was die Schweiz ausmacht, verhindert für das Kabinett von Didier Burkhalter die Aussenpolitik, die er sich vorstellt.

Das muss der Aussenminister auch an diesem Sonntag erkennen, den er tapfer nicht zum schwarzen Tag für die Schweiz erklärt. De facto pflege die Schweiz enge Beziehungen mit der EU, de iure aber führe sie Verhandlungen nur für beschränkte Bereiche, schrieb sein Vordenker Fanzun vor zehn Jahren: «Die Schweizer engagieren sich beim harten Verhandeln über Details, eine Strategie, die zunehmend dysfunktional erscheint.» Genau das aber müssen die Vertreter der Eidgenossenschaft in den kommenden Monaten und Jahren in Brüssel machen. Was nun, Didier Burkhalter? ○



«Hast du geraucht? Deine Kleidung stinkt nach frischer Luft!»





## Abstimmung

# Das Verständnis überwiegt

Nachdem sich das Stimmvolk dem Willen von Politik, Wirtschaft und Medien widersetzt hat, schreiten die Verlierer zur Stimmvolk-Beschimpfung. Ein Blick in Online-Foren indes zeigt: Europas Bürger unterstützen das Schweizer Verdikt. *Von Christian Huber*

Von einer Schockstarre war die Rede, ja sogar von einem Tsunami. Wieder einmal stimmten die Schweizer Stimmbürger nicht so, wie sie gemäss obrigkeitlicher Weisung hätten abstimmen müssen. Konsterniert hielt die NZZ fest, die Initianten aus dem rechtsbürgerlichen Lager hätten sich durchgesetzt, «gegen den Bundesrat, gegen eine parlamentarische Mehrheit, gegen alle Regierungsparteien, gegen die Wirtschaft und ihre Verbände, gegen die Arbeitnehmer und gegen die Empfehlungen fast aller Medien», die NZZ – wie sie empört feststellte – eingeschlossen. So tief traf der Schock den Chefredaktor an der Falkenstrasse, dass er die SVP nicht mehr zu den Regierungsparteien zählen mochte.

Wie verhalten sich die desavouierten Meinungsmacher gegenüber dem unbotmässigen Volk? Den Stimmbürger als tumb und hinterwäldlerisch zu beschimpfen, kommt in der direkten Demokratie nicht gut an.

Weitaus eleganter ist es, wenn man sich zur Stimmbürgerbeschimpfung ausländischer, vorzugsweise deutscher Medien bedient. Zu ihnen gesellt sich auch Adolf Muschg, der seinen Landsleuten im Deutschlandradio «einen tiefen Mangel an kosmopolitischer Substanz» attestierte und aus dem sicheren Schutz seiner nicht vom Dichtestress betroffenen Goldküstenvilla der EU ans Herz legte, sie solle die Schweizer merken lassen, was sie angerichtet hätten. Einmal mehr tut sich *Spiegel* online im Switzerland-Bashing hervor: «Vielleicht haben die Schweizer bis dann gemerkt, dass sie ein Teil Europas sind. Wahrscheinlich ist es nicht.»

### Der Schweiz den Tarif durchgeben

Nun gilt allerdings auch im Ausland, was wir in der Schweiz soeben erlebt haben: Die veröffentlichte Meinung ist bei weitem nicht deckungsgleich mit der öffentlichen Meinung. Ein Blick in Online-Foren niederländischer, französischer und deutscher Blätter ist lehrreich. Im Forum der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* fehlen natürlich die gehässigen Stimmen jener Kavalleristen nicht, die in der Schweiz ein parasitäres Steuerparadies sehen, dem man jetzt endlich im Rahmen der Neuverhandlungen der bilateralen Verträge den Tarif durchgeben könne. Aber das Verständnis für den Volksentscheid überwiegt. So meint Jacob Jakober, irgendwie sollte man bei der EU einmal nachfragen, wel-

che Reaktion sie von der Schweizer Regierung erwarte. Das Schweizer Volk habe eine Entscheidung getroffen, welcher sich die Regierung der ältesten Demokratie der Welt beugen müsse.

Dass die EU von Demokratie nicht allzu viel hält, dürfte auch dem unbedarftesten Bürger eines EU-Landes klar sein, auch wenn sich alle Staaten der EU auf die Demokratie und ihr Prinzip beriefen. «Wollen die EU-Oberen nun eine demokratische Regierung erpressen, dass sie diese demokratische Entscheidung negiert?



«Bravo, ihr Schweizer!»

Die EU ist ein Moloch, der bei den Bürgern der wirtschaftlich besser entwickelten Mitglieder zunehmend auf Ablehnung trifft.»

Offensichtlich überrascht von der Zustimmung der Leser schob die FAZ in einem Kommentar die doch etwas überraschende Feststellung nach: Es ist nicht sicher, dass ein Referendum in einem Mitgliedsland der EU über Arbeitnehmerfreizügigkeit anders ausgefallen wäre als jetzt die Volksabstimmung gegen die Masseneinwanderung in der Schweiz. Man ist versucht, sich diese deutsche Feststellung auf der Zunge zergehen zu lassen. Auch auf *Focus* online überwiegt die Zustimmung.

«Eine echte demokratische Entscheidung, die hier getroffen wurde. Von solchen Mitbestimmungen können wir ja leider nur träumen. Die Schweizer werden zukünftig nur nach Bedarf ihre Zuwanderer aussuchen und einen Zuzug von unerwünschten Flüchtlingen verhindern», schreibt Wolfgang Pointner. «Wir dagegen finanzieren die gesamte EU und nehmen mittlerweile auch noch Arbeitslose aus den Schuldnerländern in unsere Sozialkassen auf.»

Ähnlich tönt es in französischen Foren. Albert Durand schreibt auf *Figaro* online: «Bravo, ihr Schweizer! Eine gute Lektion in direkter Demokratie, welche ihr der nicht gewählten Brüsseler Plutokratie erteilt habt!» Hier wird die Frustration vieler Franzosen spürbar, die in einer Volksabstimmung die EU-Verfassung ablehnten, um kurz darauf erleben zu müssen, wie man ihnen den Verfassungstext als «Vertrag» aufs Auge drückte. «Wenn sich Frankreich nur durch die helvetische direkte Demokratie inspirieren liess!», liest man mehrfach.

Die gleiche Rechnung haben die Niederländer offen, die die EU-Verfassung ebenfalls ablehnten und ohnmächtig zusehen mussten, wie diese dennoch in Kraft trat. Es ist nicht verwunderlich, dass in den Foren der niederländischen Medien der Neid auf die Schweizer überwiegt. Im Forum des liberalen Magazins *Elsevier* stellen mehrere Leser fest, die Schweiz habe ein Luxusproblem, wenn sie die Einwanderung gutausgebildeter Ausländer beschränken müsse, während die niederländische Regierung nicht einmal mit dem Zustrom von Kriminellen und Zigeunern aus dem Ostblock fertigwerde, von den muslimischen Analphabeten aus dem Rifgebirge ganz zu schweigen.

In allen Foren taucht immer wieder die Frustration auf, nicht über Sachfragen abstimmen zu können: «Wie lange kann die EU noch weiter nicht legitimiert Politik oktroyieren, die wahrscheinlich von der Mehrheit der Bürger zumindest in den entwickelteren Unionsstaaten nicht mitgetragen wird?», fragt Gabriele Fleitmann im Forum der FAZ.

«Vielleicht haben die Schweizer bis dann gemerkt, dass sie Teil Europas sind. Wahrscheinlich ist es nicht», schreibt *Spiegel* online. Vielleicht merkt der *Spiegel*, was Demokratie ist. Wahrscheinlich ist es nicht.

**Christian Huber** war von 1999 bis 2005 SVP-Regierungsrat im Kanton Zürich.

# «Dummheit rückgängig gemacht»

Bundesrat und EU taten so, als gehöre die Schweiz zur Union. Das sei nun vorbei, sagt Christoph Blocher. Das nächste Angriffsziel heisst Schengen. Die Probleme mit der EU hält Blocher für lösbar, wenn man gut verhandelt. Falls man ihm Vollmacht gibt, steht er bereit. *Von Philipp Gut, Florian Schwab und Tom Haller (Bild)*

Was auffällt, ist seine Ruhe. Während das Abstimmungsergebnis vom Sonntag ein mittleres politisches Erdbeben auf dem Kontinent ausgelöst hat, sitzt er entspannt im Fauteuil einer Hotellobby im Berner Oberland. An den Wänden hängen Kühe in Öl, draussen blenden die Alpen im Neuschnee. Er wolle eigentlich keine grossen Interviews geben, jetzt frage auch noch die *Washington Post*, sagt er. Ob das wirklich etwas bringe?

Die Frage ist nicht rhetorisch. Es ist ein Moment des Triumphs, doch Christoph Blocher, Stratege der Schweizerischen Volkspartei (SVP), ehemaliger Bundesrat und Unternehmer, bleibt fokussiert, denkt bereits weiter. Nüchtern, mit gedämpfter Stimme seziert er die fiebrige Erregung: der Urheber als Antithese. Ist der 9. Februar eine Art Vormärz, ein Signal zum Wandel? «Überschätzen wir uns nicht.» Die Antwort ist typisch für Blocher. Anders als die europäischen Spitzenpolitiker, die jetzt lauthals über die Schweiz herziehen, mischt er sich nicht ein. Er äussert sogar Verständnis dafür, dass etwa die Deutschen aufgrund ihrer unterschiedlichen Geschichte und Herkunft eine andere Politik betreiben. Blocher kämpft nicht gegen Brüssel, er kämpft gegen den Bundesrat und die Berner Verwaltung, die nach Brüssel wollen. Wer ihn so ruhig sitzen sieht und reden hört, ahnt nicht, welche politische Urgewalt in diesem Mann steckt.

**Herr Blocher, steuern wir sofort die grossen Fragen an: Wie ist der Volksentscheid einzuordnen, welche Bedeutung kommt ihm zu?**

Mit der Personenfreizügigkeit gab die Schweiz die eigene Handlungsfreiheit aus der Hand und damit ihre Unabhängigkeit im wichtigen Bereich der Zuwanderung. Bundesrat und EU haben bisher so getan, als wäre die Schweiz Teil der Union. Die EU will ja ein Staat sein, und in einem Staat macht die Personenfreizügigkeit Sinn. Aber die Schweiz gehört nicht zur EU! Als die Schweiz im Jahr 1848 zu einem Bundesstaat wurde, sah die neue Verfassung auch eine Niederlassungsfreiheit zwischen den Kantonen vor. Doch die Selbstpreisgabe der Schweiz in Europa ist weltweit einzigartig. Alle anderen Staaten regulieren die Zuwanderung selber, auch Einwanderungsländer wie die USA, Kanada oder Australien. Der Sudan vielleicht nicht, aber da will auch nie-

mand hin. Diese Dummheit hat das Volk jetzt rückgängig gemacht, nach den schlechten Erfahrungen der letzten Jahre.

**Die Beachtung in Europa ist anhaltend gross, auch bei der Bevölkerung. Woher rührt dieses enorme Interesse?**

Die Schweiz ist ein Ärgernis, weil sie den Wettbewerb der Systeme befeuert. Das direktdemokratische Land, in dem der Bürger die oberste Instanz ist, hat jetzt im Schaufenster vorgeführt, dass die Betroffenen selber entscheiden können. Im Ausland sagen die Leute: «Das könnten wir doch auch.» Die Politiker stört das natürlich. Darum verunglimpfen sie uns. Aus den Äusserungen dieser Politiker spricht eine tiefe Verachtung des Stimmbürgers und des Souveräns.

**Die EU sieht sich als grosses Friedensprojekt, das Demokratie und Wohlstand bringt. Die Reaktionen auf die Abstimmung werfen die Frage auf, ob die Expo-**

---

**«Aus den Äusserungen dieser Politiker spricht eine tiefe Verachtung des Stimmbürgers.»**

---

**nennten der Union das Wesen der Demokratie wirklich verstehen.**

Europa war jahrhundertlang von einem blutigen Ringen um Vorherrschaft geprägt. Von Napoleon bis Hitler: Stets ging es um einen Kampf zwischen Deutschland und Frankreich. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Winston Churchill die Idee, auf dem Kontinent – nicht in Grossbritannien – so etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen. Diese britische Sonderstellung merkt man noch heute, Grossbritannien ist ja nur halb dabei. Man muss sich fragen: Gäbe es ohne die EU Kriege in Europa? Ich glaube nicht. Die gemeinsame Währung, der Euro, hat mit einem Friedensprojekt nichts zu tun, im Gegenteil. Weil der Währungsraum falsch konstruiert ist, wackelt die ganze EU. Ich habe schon vor zwanzig Jahren die damalige Europäische Gemeinschaft als intellektuelle Fehlkonstruktion bezeichnet. Das gilt heute noch viel mehr.

**Worin besteht heute das Ziel der Union?**

Ganz klar: Die EU will eine Grossmacht sein, ein Gegengewicht zu den USA, Russland, China. Wer gibt denn den Ton an? Es sind nicht die kleinen Länder. Wirtschaftlich ist

es Deutschland, rechtlich war es lange Zeit Frankreich. Aber tatsächlich dominiert heute Deutschland, weil auf lange Sicht immer das Wirtschaftliche massgebend ist. Doch das ist Sache der EU. Wenn die Mitglieder das so wollen, bitte sehr.

**Was wird das Schweizer Votum in den EU-Ländern auslösen?**

Die Wirkung ist vor allem psychologischer Natur. Die Bevölkerung in den europäischen Staaten sieht, dass die Schweizer ihre Angelegenheiten selber regeln. Für die Eliten wird es schwieriger, ihre Konstruktion aufrecht zu erhalten.

**Wo liegt die Ursache für die gewisse Herablassung, mit der Politiker auf ihre Wähler blicken?**

Wer an die Macht kommt, überschätzt sich. Er will sie behalten. Weil er in einer bestimmten Position ist, hält er sich für prädestiniert, den anderen zu sagen, was richtig sei. Das Schweizer Verständnis geht hingegen davon aus, dass das Gewicht bei den Bürgern liegt. Die Bundesverfassung von 1848 hat die Freiheitsrechte des Bürgers im Sinn: Meinungsäusserungsfreiheit, Privateigentum, Niederlassungsfreiheit. Dazu nicht nur das Wahlrecht, sondern auch die Mitentscheidung bei Sachabstimmungen. Man misstraut der Macht und den Politikern. Das ist entscheidend für den Schweizer Staatsaufbau und die Wohlfahrt. Aber leider ist diese Einsicht am Abflachen.

**Kann der Entscheid vom 9. Februar zu einer Art Vormärz für die europäische Politik und die Europawahlen werden – zum Signal für einen Wandel?**

Überschätzen wir uns nicht. Die Schweiz ist ein kleines Land, und wir haben nicht die Verantwortung, der EU zu zeigen, was richtig ist. Diese Länder haben eine ganz andere Geschichte und Herkunft. Der deutsche CSU-Politiker Franz Josef Strauss hat mir einmal gesagt: «Ich begreife Sie. Wäre ich Schweizer, wäre ich auf Ihrer Seite. Aber wir Deutschen sind in einer ganz anderen Lage.» Nach dem Krieg konnte man nicht mehr Deutscher sein, nur noch Europäer. Aus deutscher Sicht war das auch richtig. Die Schweiz hat weder einen Weltkrieg geführt, noch hat sie kein Kriegsrisiko. Wir waren und sind keine Bedrohung für unsere Nachbarn.

**Was bedeutet die Absage an die Personenfreizügigkeit für die künftigen Beziehungen mit der Europäischen Union?**





«Zuerst ein bisschen toben»: SVP-Strategie Blocher.

Zuerst einmal ist klar, dass die Verantwortlichen in der EU keine Freude haben. Eine Mehrheit in der Schweiz findet das falsch, was sie für richtig halten. Das gebietet nur dann Respekt, wenn man anerkennt, dass wir ein von der EU unabhängiger Staat sind. Die EU möchte das anders, jetzt müssen wir gemeinsam eine Lösung finden. Die EU be-

trachtet die Personenfreizügigkeit als eisenen Bestandteil Europas. Dabei meint sie mit «Europa» die EU. Die Konkurrenz des Schweizer Modells stört sie, doch gerade die grosse Vielfalt ist die historische Errungenschaft Europas.

**Ist die Tür zum Binnenmarkt jetzt verschlossen?**

Die Schweiz ist nicht im Binnenmarkt, obwohl das immer gesagt wird. Ein Binnenmarkt ist ein Gebiet, in dem alle rechtlichen Bestimmungen im Bereich der Wirtschaft identisch sind, bis hin zu der Steuer- und sogar der Aussenpolitik. Wenn die EU gegenüber einem Land einen Boykott ausspricht, müssen die Mitglieder des Binnenmarkts ihn umsetzen. Das wollen wir nicht. Wir wollen gegenseitigen Marktzugang. Das hat mit Binnenmarkt nichts zu tun. Wir wollen auch auf den chinesischen Markt, ohne Mitglied im chinesischen Binnenmarkt zu sein. **Sie wollen die Beziehungen zur EU auf reinen Freihandel zurückschrauben?**

Im Prinzip ja. Es gibt Dinge, bei denen man aufeinander angewiesen ist. Die EU hat ein Interesse daran, dass wir die kürzeste Nord-Süd-Verbindung aufrechterhalten, den Gotthard. Dass wir da eine Regelung machen, finde ich richtig. Wir wollen die EU ja nicht behindern. Auch bei nichttarifären Handelshemmnissen, Normen und Industriestandards sind Absprachen sinnvoll. Aber das heisst nicht, dass wir Teil des Binnenmarkts sind.

**Wo liegt für Sie die Grenze bei solchen Vereinbarungen?**

Wir müssen die Handlungsfreiheit behalten, die wir in zwei zentralen Bereichen aus der Hand gegeben haben: bei der Personenfreizügigkeit und bei Schengen. Das erste haben wir jetzt rückgängig gemacht.

**Der Abstimmungskampf zur Zuwanderungs-Initiative wurde mit wirtschaftlichen Argumenten geführt. Mit welchen Folgen muss die Wirtschaft jetzt rechnen?**

Damit die Schweiz als rohstoffarmes Land ohne Bodenschätze oder Meeresanschluss so erfolgreich werden konnte, musste sie Produkte von höchster Qualität herstellen. Als Unternehmer exportierten wir zu neunzig Prozent ins Ausland, arbeiteten aber auf einem teuren Platz mit gutausgebildeten Leuten. Das trifft für einen Grossteil der Wirtschaft zu und erklärt unseren Erfolg. Billigprodukte kann man auch in China machen. Die Personenfreizügigkeit hat in kurzer Zeit eine spürbare Nivellierung nach unten gebracht. Die Erfahrungen des Tessins sind typisch: Die guten billigen Arbeitskräfte ziehen eine billige Produktion an, die hier nichts zu suchen hat. Mit der Folge, dass zwar der Wirtschaftskuchen wächst, das Stück für den Einzelnen aber kleiner wird.

**Diesen Abwärtssog sollten eigentlich die flankierenden Massnahmen verhindern. Braucht es diese jetzt überhaupt noch?**

Sie sind nicht mehr nötig, da sie ja erst als Folge der Personenfreizügigkeit ins Leben gerufen wurden. Im Prinzip ist es einfach. Wenn ich in einem Haus wohne und viele Leute wollen in dieses Haus hineinkommen, dann habe ich zwei Möglichkeiten: Entw-

der ich stehe an der Tür und sehe mir jeden einzeln an. Oder ich mache sämtliche Türen auf und kontrolliere erst dann, wenn alle da sind. Bei der Personenfreizügigkeit und den flankierenden Massnahmen, wie auch bei Schengen, verfährt man nach dem zweiten Muster. Das ist kompliziert und wirkungslos.

**Sie wollen die flankierenden Massnahmen aufheben?**

Wir können nicht alles zugleich machen. Zuerst geht es jetzt um die Beendigung der Personenfreizügigkeit. Dann muss man weitersehen.

**Was sagen Sie einem Schweizer Unternehmer, der fürchtet, dass er nicht mehr an ausländische Fachkräfte kommt?**

Diejenigen, die wir wollen, werden wir immer bekommen. Und diejenigen, die wir nicht wollen, die sollten auch nicht kommen. So einfach ist das.

**Bereits im Vorfeld hatte die EU eindringlich vor einem Nein gewarnt, seit dem Urnengang grummelt sie dunkel und vielsagend. Die Verhandlungen für das Stromabkommen wurden bereits ausgesetzt, das Forschungsabkommen sei in Gefahr, heisst es. Was wird Brüssel tun?**

Zuerst ein bisschen toben. Das ist begreiflich. Wenn in einem Haus mit vielen Wohnungen gleichzeitig alle Mieter einen tieferen Mietzins verlangen, dann habe ich als Eigentümer doch keine Freude. Allerdings hat es mich überrascht, dass sich Staatsleute so undiszipliniert äussern. Es ist schlicht unprofessionell und absolut nicht staatsmännisch, zu sagen, dass die Schweizer spinnen, nicht drauskommen und sowieso Idioten sind. Da kommt Hochmut und Verachtung auch gegenüber den eigenen Bürgern zum Vorschein.

**EU-Parlaments-Präsident Martin Schulz (SPD) sagte sinngemäss, die EU solle jetzt nicht sofort losschlagen, weil die Schweizer Regierung ja auf ihrer Seite stehe. Das klingt wie die heimliche Bestätigung Ihres Verdachts, Bundesrat und Verwaltung wollten nach wie vor nach Brüssel.**

Gut möglich, dass es so ist. Auch im Zweiten Weltkrieg nahm sich der Bundesrat zurück, als sich in der Schweiz Widerstand gegen Nazideutschland artikulierte. Als taktische Überlegung ist das gar nicht so schlecht. Aber aus den Reaktionen des Bundesrats muss man eher schliessen, dass er sich der EU freiwillig ausgeliefert hat. Er muss jetzt die Frage beantworten: «Stehen wir zur Schweiz oder zur EU?»

**Woher kommt dieser ewige Wunsch, dabei zu sein?**

Das hat es geschichtlich immer gegeben, die Schweizer Elite drängt ins Ausland – das berühmte «Unbehagen im Kleinstaat». In jedem der Weltkriege gab es diese Diskus-



«Ihr könnt ja oder nein sagen»: Diplomat Walter Stucki, 1946, bei der Rückkehr aus Washington.

sionen. Schon Gottfried Keller ermahnte die Elite, zum Land zu stehen, oder Carl Spitteler im Ersten Weltkrieg. Es brauchte immer den Appell: «Steht zur Schweiz!» Für die, welche die Macht haben, ist die Schweiz unbefriedigend. Wir pulverisieren die Macht. Die Schweiz ist eine geordnete Anarchie, wo jeder Kanton und jede Gemeinde die eigenen Vorstellungen verfolgt. Politiker lieben den Zentralismus.

**Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) forcierte – mit dem Gesamtbundesrat im Rücken – die Annäherung an die EU und empfahl die Unterwerfung unter «fremde Richter». Ist auch diese institutionelle Anbindung gescheitert? Ist sie gestoppt?**

Ich hoffe es, aber ich bereite mich schon auf den nächsten Abstimmungskampf vor. Die institutionelle Vereinbarung ist noch gefährlicher als die Personenfreizügigkeit. Wenn Sie aber institutionell einmal drin sind, dann kommen Sie nicht mehr heraus. Bei dem Rahmenabkommen geht es um eine Art Neuauflage des EWR, also um einen Kolonialvertrag. Wir müssten den Europäischen Gerichtshof und fremde Richter anerkennen. Lesen Sie das neue Buch von Micheline Calmy-Rey. Als ehemalige Bundesrätin kann sie jetzt frei sprechen. Sie rät uns: «Macht nicht den Kolonialvertrag, da habt ihr nichts zu sagen. Geht lieber direkt

in die EU.» Ihr Denkfehler ist, dass sie die dritte Variante nicht bedenkt: unabhängig bleiben.

**Die Verträge mit der EU müssen neu ausgehandelt werden. Hand aufs Herz: Besteht nicht die Gefahr, dass Bundesrat Burkhalter und seine Unterhändler die institutionelle Lösung auch gleich mit reinpacken? Könnte der Schuss für die SVP am Ende nicht hinten hinausgehen?**

Natürlich besteht diese Gefahr. Die SVP hat im Bundesrat ja nichts zu sagen, weil wir nur einen statt zwei Vertreter stellen. Doch selbst wenn wir angemessen vertreten wären, hielten die anderen zusammen. Doch wenn die anderen Parteien es zu dick treiben, dann kommt die Quittung bei den nächsten Wahlen.

**Die FDP fordert, Sie sollten als Sonderbotschafter selber die schwierigen Verhandlungen führen.**

Ich bin sehr geehrt über dieses Angebot einer Partei, die in der Tinte sitzt. Zuerst wirft man mich zum Bundesrat hinaus, und jetzt, wo man im Dreck ist, sagt man: «Der soll es richten.» Aber ich entziehe mich nicht der Verantwortung. Ich würde es mir überlegen bei einer Handlungsvollmacht, die bereits bei der Strategie beginnt.

**Der grosse Diplomat Walter Stucki hatte einst «pleins pouvoirs» des Bundesrats.**



**Würden Sie unter diesen Voraussetzungen den Job annehmen?**

Stucki stellte seinerzeit vier Bedingungen: Erstens: Handlungsvollmacht. Zweitens: Er entscheidet, wer dabei ist. Drittens: keine Rückenschüsse von Bundesrat und Verwaltung. Viertens: «Ich lege am Schluss ein Ergebnis hin, und ihr könnt ja oder nein sagen.» Nur so hätte man Erfolg. Aber man wird sich hüten, mir ein solches Mandat zu geben.

**Sie fordern «ernsthafte Verhandlungen» mit der EU. Was heisst das?**

Eine ernsthafte Verhandlung bedeutet, dass man hinsteht und sagt: «Unser Souverän hat entschieden. Wir müssen handeln. Der Vertrag ist kündbar, aber wir kündigen ihn nicht, sondern revidieren gewisse Bestandteile.» Die EU wird dann sagen, es seien noch weitere Themen und Verträge zu diskutieren. Beide Seiten legen dann alles auf den Tisch, und es gibt ein «do ut des» – nehmen und geben. Wenn der Bundesrat es richtig macht, verhandelt er ein Gesamtpaket. Hier geben wir ein bisschen nach, dort die EU.

**Das Stromabkommen ist absturzgefährdet.**

Die Schweiz geht ohne Stromabkommen nicht unter, das Licht geht nicht aus. Es ist *nice to have* – für beide Seiten.

**Was bedeutet der Volksentscheid für die geplante Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien?**

Diese ist gegenstandslos. Die Initiative schliesst neue Abkommen aus.

**Unterstützt die SVP jetzt die Ecopop-Initiative noch?**

Das Ziel der beiden Initiativen ist ähnlich: eine Begrenzung der Einwanderung, die man wieder selber in die Hand nimmt. Wir waren allerdings dagegen, eine Zahl festzu-

legen, weil es zu starr ist. In guten Jahren sollten wir ein bisschen mehr zulassen und in schlechten Jahren vielleicht gar nichts mehr. Aber wenn Bundesrat und Parlament die angenommene Verfassungsbestimmung nicht umsetzen, dann müssen wir uns fragen: «Was ist das kleinere Übel?» Ich tendiere zu einem indirekten Gegenvorschlag zur Ecopop-Initiative, mit dem man auch unsere Initiative umsetzen könnte. Es sind Gespräche im Gang. Soweit ich höre, sind die Ecopop-Leute interessiert. Parlament und Wirtschaft wären gut beraten mitzumachen, sonst könnten sie in den nächsten Hammer laufen.

**Befürchten Sie nicht, der Zuwanderungsinitiative könne ein ähnliches Schicksal drohen wie dem Ausschaffungsbegehren, bei dem sich der Bundesrat weigert, den**

«Aus den Reaktionen des Bundesrats muss man schliessen, dass er sich der EU freiwillig ausgeliefert hat.»

**Volksbeschluss umzusetzen?**

Das ist die Gefahr. Wir verfolgen die Handlungen der Regierungen genau. Wenn bis Ende 2015 keine Anzeichen bestehen, dass die Initiative umgesetzt wird, müssen wir in den Wahlen für andere politische Verhältnisse sorgen.

**Denken Sie auch an eine neue Durchsetzungsinitiative?**

Das behalten wir uns vor.

**Wie erklären Sie die Kluft, die sich immer wieder zwischen Wirtschaft und Politik einerseits und dem Volk andererseits auftut?**

Es ist ein Interessengegensatz. Die negativen Folgen der Freizügigkeit trägt nicht die *Classe politique*. Ein Bundesrat muss keine Angst haben, mit 55 durch einen Ausländer ersetzt zu werden.

**Welche Folgen hat das Abstimmungsergebnis für das politische System der Schweiz? Wird man der SVP wieder mehr Verantwortung übertragen? Oder wird Bundesbern im Gegenteil versuchen, die Störfried-Partei noch energischer wegzudrücken?**

Wenn sie gescheit wären, würden sie den Entscheid anerkennen und diejenigen ins Boot holen, welche die Initiative lancierten. Allerdings weisen die Zeichen an der Wand nicht in diese Richtung. Man will die Umsetzung hintertreiben.

**Wie kommen Sie darauf?**

Man tut so, als würden die Probleme gelöst, aber scheut sich, die Verfassung zu respektieren. Das geht nicht. Die verantwortliche SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga, die im Abstimmungskampf von einer «absoluten Katastrophe» sprach, trat fast lächelnd vor die Medien. Da war Jean-Pascal Delamuraz im Jahr 1992 viel aufrichtiger, als er von einem «schwarzen Tag» sprach: Er meinte ehrlich, jetzt sei die Schweiz verloren. Mit einer gewissen politischen Erfahrung hört man nicht nur, was Politiker sagen, sondern man sieht auch, was sie wirklich meinen.

**Bereits im nächsten Jahr sind Wahlen. Sie könnten wieder für den Bundesrat kandidieren, sich das Aussendepartement übertragen lassen und die Auseinandersetzungen mit der EU zu einem guten Ende bringen.**

Die zweite Etappe der Personenfreizügigkeit wurde im Bundesrat über meinen Kopf hinweg entschieden. Auch Schengen. Ich musste im Abstimmungskampf schweigen. In der Opposition kann ich voll zupacken und mehr bewegen. Es ist schwierig, wenn man mitregieren muss, wenn die Gegenseite auf nichts eingeht. ○



Florastrasse 44 | CH-8008 Zürich  
T 044 420 11 11  
F 044 420 11 12

Erfolgreich in die Zukunft

<b>Handelsfirma mit Recycling-Maschinen</b>	<b>Erfolgreiches Werbetechnikunternehmen</b>	<b>Weltweit bekannter Werkzeugbauer</b>
Umsatz: CHF 11'300'000.– Preis: CHF 615'000.–	Umsatz: CHF 2'000'000.– Preis: CHF 1'800'000.–	Umsatz: CHF 9'600'000.– Preis: CHF 10'000'000.–
<b>Direktwerbungs- und Logistikdienstleister</b>	<b>Regional bekanntes Multimediafachgeschäft</b>	<b>Textildruckerei mit attraktivem Einzugsgebiet</b>
Umsatz: CHF 1'100'000.– Preis: CHF 430'000.–	Umsatz: CHF 340'000.– Preis: CHF 200'000.–	Umsatz: CHF 1'017'000.– Preis: CHF 325'000.–
<b>Social Media Agentur</b>	<b>Erfolgreiche Fundraising-Agentur</b>	<b>Handelsfirma im Industriegüterbereich</b>
Umsatz: CHF 500'000.– Preis: CHF 390'000.–	30 Mitarbeitende Preis: CHF 1'200'000.–	Umsatz: CHF 1'300'000.– Preis: CHF 1'900'000.–
<b>Detailhandel mit Ladenlokal und Onlineshop</b>	<b>Handelsfirma mit Generalvertretungen</b>	<b>Internetplattform für Eventmanagement</b>
Umsatz: CHF 276'000.– Preis: CHF 120'000.–	Umsatz: CHF 579'200.– Preis: CHF 1'200'000.–	Umsatz: CHF 115'000.– Preis: CHF 550'000.–

**www.businessbroker.ch**



«Roter Rambo»: SPD-Vize Stegner.



Ja und amen: Viviane Reding, Vizepräsidentin der EU-Kommission.

## Demokratie, ja aber

Europäische Politiker überbieten sich wegen der Masseneinwanderungs-Initiative an Empörung über die «verblödeten» Schweizer. Die Aussagen und ihre Urheber lassen tief in das Selbstverständnis einer abgehobenen politischen Kaste blicken. *Von Lucien Scherrer und Christoph Landolt*

«Die spinnen, die Schweizer! Geistige Abschottung kann leicht zur Verblödung führen.»

Gäbe es einen Preis für den pointiertesten Kommentar zum Votum über die Masseneinwanderungsinitiative, **Ralf Stegner**, Vizepräsident der deutschen Sozialdemokraten und glühender Anhänger des «Friedensprojekts» EU, würde ihn gewinnen. In Deutschland erstaunt das niemanden: Stegner, aus dem windgepeitschten Schleswig-Holstein stammend, ist als «roter Rambo» (*Frankfurter Allgemeine*) bekannt, als ebenso intelligenter wie ruppiger Berufspolitiker, der seine Gegner mit Attributen wie «Neoliberaler» oder «fremdenfeindlicher Hetzer» zu erledigen pflegt. Oder eben als Dummköpfe, wie jene Schweizer, die für die Masseneinwanderungsinitiative gestimmt haben. Demokratie, so dozierte der Sozialdemokrat nach seiner jüngsten verbalen Entgleisung, heisse auch die «Meinungsfreiheit», derartige Entscheide «hart zu kritisieren».

Dagegen wäre nichts einzuwenden. Doch Stegner, der seit dem Abschluss seines Doktors (Thema: «Theatralische Politik made in USA») nur für Staat und Partei gearbeitet hat, pflegt ein eigentümliches Verständnis von Demokratie und Meinungsfreiheit. Für ihn herrscht Freiheit, für andere nicht. Die Aussagen seines Parteikollegen Thilo Sarrazin etwa, der sich kritisch zur Integration von Auslän-

dern äusserte, erfüllten für den Norddeutschen den Tatbestand der «Menschenverachtung», weshalb sie «nicht tolerierbar» seien. Stegners eigene Moral dagegen hat quasi universellen Charakter. So fühlt sich der forsche Politiker bemüssigt, den Rumänen und den Bulgaren vorzuschreiben, wie sie mit den Roma umzugehen haben. Und wer «Grundpfeiler» der «europäischen Wertegemeinschaft» wie den Euro oder die Personenfreizügigkeit in Frage stellt, wird von Stegner mit dem Hinweis kaltgestellt, dass vor hundert Jahren der Erste Weltkrieg ausgebrochen sei.

Wie paternalistisch der linke Sozialdemokrat («Sozial gerechter, Stegner») denkt, zeigt sein Eiertanz um das Thema «direkte Demokratie». Offiziell will die SPD nämlich die deutsche Demokratie mit direktdemokratischen Elementen «erweitern». Doch offensichtlich trauen die Genossen den Stimmbürgern nicht zu, die oft viel weiter reichenderen Gesetze der EU direkt mitzugestalten. So erklärte Stegner in der ARD-Polit-Sendung «Hart, aber fair», dass ein Problem wie die Personenfreizügigkeit niemals mit Ja oder Nein entschieden werden könne, sondern «differenziert» betrachtet werden müsse. Da dies an der Urne aus praktischen Gründen kaum möglich ist, bleibt nur eine Lösung: Die politische Elite der «Wertegemeinschaft» muss entschei-

den. Stegners Attacke gegen die «verblödeten» Schweizer Stimmbürger war denn auch keine lustige Anspielung auf «Asterix», wie er nachträglich suggerierte. Der Mann aus Bordesholm hält die Bürger wirklich für zu blöd, für zu leicht von «Populisten» verführbar, um bei wichtigen Fragen mitzuzentscheiden. So gab er gegenüber der *Basler Zeitung* zu bedenken, dass gerade die «Falschen», die «Rechtspopulisten und Neonazis», den Schweizern applaudiert hätten. «Daran sieht man, wie gefährlich es ist, gegen Zuwanderung Stimmung zu machen.» Tatsächlich dürfte es kaum je eine Abstimmung geben, bei der – je nach politischem Standpunkt – nicht ein paar «Falsche» mitklatzen. Besser also, man überlässt das Entscheiden Experten wie Stegner.

«Der gemeinsame Binnenmarkt ist kein Schweizer Käse. Es gibt keinen Binnenmarkt mit Löchern.»

Wenn in Brüssel ein hoher Funktionär nicht in unverständlichen Diplomatenfloskeln, sondern in deutlichen Worten spricht, dann handelt es sich oft um die ehemalige Journalistin **Viviane Reding**, die Vizepräsidentin der EU-Kommission. Die Luxemburgerin ist seit 35 Jahren in der Politik, zunächst im nationalen Parlament, seit 1989 in Brüssel. Gerne gibt Reding die Demokratin: «Die Menschen wollen mitreden, mitentscheiden. Und das ist





«Extremismus»: EU-Politiker Swoboda.



Staatspolitische Welten: CDU-Mann Schwab.



«Braune Sosse»: EU-Urgestein Brok.

richtig so», sagte sie kürzlich in der *Zeit*. Doch in ihren inzwischen fünfzehn Jahren in der ungewählten Brüsseler Regierung (EU-Kommission) hat Christdemokratin Reding wenig unternommen, um die Demokratie zu stärken. Im Gegenteil: Sie treibt den undemokratischen Zentralismus voran, an dem die EU krankt. Ihr grösster Erfolg ist die (praktisch beschlossene) EU-weite Frauenquote für die Verwaltungsräte von börsenkotierten Firmen. Wäre die Schweiz Mitglied des Binnenmarkts, dürfte das Volk auch zur Frauenquote nur noch ja und amen sagen – schliesslich duldet Redings Binnenmarkt keine Löcher.

«Die Schweiz hat lange von der Einwanderung aus EU-Staaten profitiert. Rosinenpickerei gibt es mit uns nicht.»

Wer nicht spurt, muss gedeckelt werden: Diese Haltung zieht sich wie ein roter Faden durch das Leben und Wirken des österreichischen SP-Berufspolitikers **Hannes Swoboda**. Der Chef der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament geniesst seit 1996 die «Vorteile» eines Brüsseler Abgeordnetenlebens, zu dem unter anderem das Recht gehört, Andersdenkende zu massregeln und zu schikanieren. So unterstützte Swoboda im Jahr 2000 die Sanktionen der EU gegen sein eigenes Heimatland, weil dieses bedauerlicherweise falsch gewählt hatte, nämlich Schüssel und Haider.

Seine «beträchtlichen Beiträge im Kampf gegen politischen Extremismus» (Swoboda über Swoboda) reichen jedoch weit über die österreichischen Grenzen hinaus. Im letzten Herbst wurde in Grossbritannien ein Italiener von vier Litauern zu Tode geprügelt. Obwohl das Motiv im Dunkeln blieb, wusste der scharfsinnige Swoboda sofort Bescheid, wo die

Schuldigen zu suchen seien: «Das xenophobe und aggressive Klima, angeheizt von Populisten der Ukip und gefördert von der Rhetorik der Konservativen in der Regierung», dozierte er, «führt zum Mord auf den Strassen Britanniens.» Das war selbst Swobodas Genossen von der britischen Labour-Partei zu viel, die sich umgehend von ihm distanzieren.

Für den «Experten der europäischen Integration» (nochmals Swoboda über Swoboda) kein Grund, sich zu hinterfragen. «Warum bekämpft die Labour-Partei die rechtspopulistische Politik nicht stärker?», fragte er die Zeitschrift *Profil*. Ukip und Regierung würden Einwanderer gezielt des Schmarotzertums verdächtigen. «Irgendwann greift eben ein kranker Typ zur Mordwaffe.» In der Schweiz, daran gibt es nach Swobodas Logik keinen Zweifel, wird es auch bald so weit sein.

«Mit diesem Ergebnis hat sich die Schweiz erst einmal von Europa verabschiedet. Die bilateralen Abkommen müssen nunmehr gekündigt werden.»

In fünf Jahren ist es fünfhundert Jahre her, seit die Stadt Rottweil zu einem zugewandten Ort der Schweizerischen Eidgenossenschaft wurde. Doch das Bündnis ist längst erloschen. Heute liegen zwischen Rottweil und der direktdemokratischen Schweiz nicht nur sechzig Kilometer, sondern auch staatspolitische Welten. Nichts illustriert dies so klar wie die Äusserungen eines der bekanntesten Söhne der Stadt, des EU-Parlamentariers **Andreas Schwab**. Der Christdemokrat gibt zwar vor, den Entscheid der Schweizer Bürger zu respektieren. Im gleichen Atemzug zweifelt er aber dessen «Ernsthaftigkeit» an. Jurist Schwab sitzt im «Schweiz-Ausschuss» des EU-Parlaments, doch das Nachbarland ist ihm

offensichtlich fremd geblieben. Sonst wüsste er, dass es keine Ausschüsse braucht, um Probleme zu erkennen.

«Der Ausgang der Abstimmung ist nicht verständlich. Wir können das nicht hinnehmen.»

Dass ein Mann wie **Elmar Brok** ein direktdemokratisches Votum nicht versteht, ist irgendwie verständlich. Der deutsche Christdemokrat, wohlgenährt und jovial, sitzt seit 1980 (sic!) im Europaparlament, betreut von drei jungen Sekretärinnen. Obwohl Brok nebenbei für den Bertelsmann-Verlag lobbyiert, um die «Bodenhaftung» nicht zu verlieren, schwebt er längst in anderen Sphären. Er reist herum, erteilt Ratschläge, schüttelt viele wichtige Hände und lässt sich dabei fotografieren. Egal, ob Tony Blair, George Bush, Helmut Kohl oder der Dalai Lama – Brok kennt sie alle. Für die Sorgen der Bevölkerung hat er hingegen wenig Verständnis.

Wer die EU und ihre Bürokratie kritisiert oder gar in Frage stellt, ist für ihn ein «Rechtspopulist», ein Anhänger jener «braunen Sosse» aus Front national, Ukip und anderen Protestparteien, die seiner Meinung nach die Demokratie bedrohen. Kürzlich hat Brok eine staatlich finanzierte Studie präsentiert, in der EU-Kritiker pauschal als komplexbehaftete Ausländerfeinde diffamiert werden. Interessant ist, wie diese Parias laut der Studie identifiziert werden können: Sie fordern die «Ausweisung von kriminellen Einwanderern», Massnahmen gegen den Missbrauch des Sozialstaates, das «Aufbrechen des Elitenkartells», das «Ende weiterer EU-Integration», und, last but not least, eine «striktere Anwendung der Einwanderungsgesetze». Berechtigte Forderungen also, die in echten Demokratien eine Mehrheit finden würden. ○

# Wie weiter?

Antworten von Rudolf Minsch, Monika Bütler, Charles B. Blankart, Thomas Maissen und Georg Kreis



**Rudolf Minsch, Vorsitzender ad interim der Geschäftsleitung von Economiesuisse:** «Am Entscheid des Souveräns gibt es nichts zu rütteln: Das Volk will Kontingente für die Zuwanderung einführen. Es gilt nun, diesen Auftrag möglichst wirtschafts-

freundlich umzusetzen. Innenpolitisch muss das Kontingentierungssystem so ausgestaltet werden, dass die Wirtschaft weiterhin auf qualifizierte Arbeitskräfte aus dem EU-Ausland zählen kann und möglichst wenig zusätzliche Bürokratie entsteht. Aussenpolitisch ist hingegen völlig offen, wie die EU auf die Forderung der Schweiz nach Wiedereinführung von Kontingenten reagieren wird.

Mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen ist ein solches System nicht vereinbar, zumindest wenn der Abkommenstext buchstabengetreu interpretiert wird. Die Schweiz muss also darauf hoffen, dass die 28 EU-Mitglieder eine pragmatische Lösung akzeptieren. Vielleicht gelingt es, die besondere Situation unseres Landes zu erklären – immerhin ist die Zuwanderung im europäischen Vergleich sehr hoch, und in der direkten Demokratie entscheidet das Volk. Ob sich das beidseitige Interesse an guten bilateralen Beziehungen letztlich durchsetzt, werden wir erst in einigen Jahren wissen. Bis dahin besteht leider eine grosse Rechtsunsicherheit. Zum Schaden des Wirtschaftsstandortes.»



**Monika Bütler, Professorin am Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität St. Gallen:** «Die Schweiz leistet es sich, junge Frauen sehr gut auszubilden, um sie später mit fehlenden Tages-

schulen, steuerlichen Fehlanreizen und Vorurteilen aus dem Arbeitsmarkt zu ekeln. Nur knapp lehnte der Souverän eine explizite Belohnung des Zuhausebleibens ab. Die Schweiz leistet es sich auch, intelligenten künftigen Ingenieuren und vollzeitarbeitenden Ärzten die Schule zu vermiesen mit einer Pädagogik, die weiche Faktoren höher gewichtet als Mathematik und Naturwissenschaften. Über eine längere Be-

schäftigung älterer Menschen denken wir schon gar nicht mehr nach. Für weniger ehrgeizige und produktive Junge ist Sozialhilfe ohnehin viel attraktiver. Damit sich die Anstrengung auch für die oben Unerwähnten nicht lohnt, bietet der Staat Wohnraum und Betreuung einkommensabhängig an. Die Lücken füllten motivierte Einwanderer. Und nun? Wir sollten die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative wenigstens zum Anlass nehmen, über die Verschwendung einheimischer Ideen und Fähigkeiten nachzudenken. Meine Vermutung: Am Schluss kommt doch Plan B zur Anwendung. Niemand wagt, Fehlentwicklungen zu korrigieren. Gesuchte Fachkräfte kommen nach wie vor – einfach unter undurchsichtigen, teuren Kontingenten. Plan B – für Bürokratie.»



**Charles B. Blankart, Volkswirtschaftsprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin:** «Auslandsschweizer haben es einfach. Sie können elektronisch abstimmen. Um es gleich vorwegzunehmen: Ich habe ein Nein in meinen

Computer getippt und bin in die Minderheit geraten. Dennoch bin ich ein überzeugter Befürworter der direkten Demokratie. Direkte Demokratie rechtfertigt sich nicht durch die Ergebnisse, sondern weil sie die Mehrheit dazu zwingt, die Konsequenzen ihres Stimmentscheids zu tragen, in diesem Fall die Kosten der Zuwanderungsbeschränkung. Wie auf Knopfdruck reagiert die EU: «Mit uns gibt es kein Rosinenpicken. Ihr müsst alle EU-Bürger aufnehmen.» Damit müssen die Schweizer leben. Sie tragen Eigenverantwortung.

In Deutschland wälzt Bundesfinanzminister Schäuble die Kosten für seine Griechenland-Milliarden auf die Steuerzahler ab. Im Ganzen herrscht Fremdverantwortung. In der Schweiz tragen die Wähler die Verantwortung einer Euro-Ablehnung selbst. Ein Nein zum Euro erfordert stattdessen die Kosten der Euro-Stützung durch die Nationalbank. Es gibt nichts umsonst. Wer einstmals in die Schweiz einwandern wollte, wurde vom Grenzbeamten gefragt: «Haben Sie ein Bankkonto?» Dahinter steckt die Ansicht, dass Einwanderung ein privates Grundrecht darstellt. Heute ist Einwanderung ein soziales Grundrecht. Die Deutschen, die in der Schweiz fleissig arbeiten, tragen im Schnitt

mehr zum Sozialstaat bei, als sie in Anspruch nehmen. Andere profitieren mehr, als sie bezahlen. Aus dieser Sozialisierung entstehen politische Spannungen wie zum Beispiel die Masseneinwanderungsinitiative.»



**Thomas Maissen, Historiker und Leiter des Deutschen Historischen Instituts in Paris:** ««Die Schweizer wollen uns nicht mehr», titelte eine belgische Zeitung. Der Souverän hat leider mit einem fremdenfeindlichen Votum gegen seine europäischen Nachbarn auf Probleme reagiert, die man mit Raumplanung und Infrastrukturmassnahmen angehen müsste. Die Volksmehrheit ist der eher schäbigen Gegenkampagne nicht gefolgt, die mit Wohlstandsverlusten und fehlendem Pflegepersonal im Spital drohte, statt sich zu modernen liberalen Freiheiten und kulturellen Gemeinsamkeiten zu bekennen.

Die Krämer des nationalistischen Eigennutzes haben gegen die Krämer des ökonomistischen Eigennutzes 503:497 gewonnen. Das Resultat schafft immerhin Klarheit, obwohl die Befürworter die wirtschaftlichen Konsequenzen verschleiert haben. Das Schweizer Volk hat den Bilateralismus beerdigt, den auch die EU nicht mehr wollte. Die Illusion vom «Föifer und Weggli» ist dahin, von nun an heisst es: Souveränität oder EU-Mitgliedschaft. Die Schweiz unternimmt einen (tollkühnen Selbstversuch: Kann sie sich nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch vom erfolgreichsten Friedens- und Wohlstandsproduzenten der Weltgeschichte abnabeln? Ich glaube es nicht. Aber den Ausgang von Experimenten kann man nicht vorhersagen.»

Die Krämer des nationalistischen Eigennutzes haben gegen die Krämer des ökonomistischen Eigennutzes 503:497 gewonnen. Das Resultat schafft immerhin Klarheit, obwohl die Befürworter die wirtschaftlichen Konsequenzen verschleiert haben. Das Schweizer Volk hat den Bilateralismus beerdigt, den auch die EU nicht mehr wollte. Die Illusion vom «Föifer und Weggli» ist dahin, von nun an heisst es: Souveränität oder EU-Mitgliedschaft. Die Schweiz unternimmt einen (tollkühnen Selbstversuch: Kann sie sich nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch vom erfolgreichsten Friedens- und Wohlstandsproduzenten der Weltgeschichte abnabeln? Ich glaube es nicht. Aber den Ausgang von Experimenten kann man nicht vorhersagen.»



**Georg Kreis, emeritierter Professor für Neuere Allgemeine Geschichte und Geschichte der Schweiz an der Universität Basel:** «Ich schreibe nicht für dieses Blatt.»

Protokoll: Lucien Scherrer



# Einwanderer und Hinterwäldler

Die Abstimmungsverlierer sind sich einig: Schuld am Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative ist die konservative Landbevölkerung. Doch die Personenfreizügigkeit verlor vor allem dort an Unterstützung, wo es viele Einwanderer hat: in der Agglomeration. *Von Christoph Landolt*

Als alle Gemeinden ausgezählt waren, dauerte es nur Minuten, bis Martin Grandjean, Doktorand der Geschichtswissenschaft der Uni Lausanne, eine Grafik ins Netz stellte. Sie zeigt ein Fadenkreuz und 26 verschieden grosse Kreise, für jeden Kanton einen. Auffällig: Jene Kantone, die die Masseneinwanderungsinitiative abgelehnt haben, haben tendenziell einen überdurchschnittlichen Ausländeranteil. Die meisten Deutschschweizer Kantone dagegen, die mit Ja stimmten, haben wenig Einwanderer.

Wie ist dieser Zusammenhang zu erklären? Wissenschaftler Grandjean liefert darauf keine Antwort. Doch für Hunderte Abstimmungsverlierer, die ihrer Enttäuschung Luft verschafften, indem sie die Grafik auf Twitter oder Facebook verbreiteten, liegt die Antwort auf der Hand: «Wo es keine Ausländer hat, ist der Rassismus am grössten», wusste einer. «Das Feindbild kennt man wohl nur vom Hörensagen», ein anderer.

Die Landbewohner bevölkerten auch die Zeitungsspalten: Im *Blick* sprach *Avenir-Suisse*-Chef Gerhard Schwarz von den «ländlichen Regionen, die am wenigsten mit Ausländern zu tun haben». In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* schrieb der Soziologe Thomas Held eine «Xenophobie der ländlich-konservativen Gebiete». Dort, wo man das Fremde nicht kenne, wolle man sich eher abschotten, so ETH-Professor Christian Schmid im *Tages-Anzeiger*. «Natürlich» sei das fremdenfeindlich. «Die Engstirnigkeit übersetzt sich in Fremdenfeindlichkeit.»

Die Rassismus-Vorwürfe gegen die ländlichen Kantone überraschen nicht, denn für grosse Teile des urbanen Milieus ist seit je klar: Das tumbe Volk auf dem Land stimmt aufgrund von «diffusen Ängsten» und «niederen Instinkten» gegen Ausländer, obwohl es sie nur aus dem Fernsehen und dank dem gelegentlichen Ausflug in die grosse Stadt kennt. Eine Grafik, die das Abstimmungsverhalten der «Hinterwäldler» scheinbar mit deren mangelndem Kontakt mit Ausländern erklärt, wird in diesen Kreisen, die sich als besonders weltoffen empfinden, deshalb dankend zur Kenntnis genommen.

Doch der Eindruck täuscht. Natürlich sind die Landgebiete in der Schweiz – wie in jedem anderen Staat – konservativer als die Städte. Selbstverständlich war die Zustimmung zur SVP-Initiative dort am grössten, wo es wenig Ausländer hinzieht. Doch das erklärt nichts. Geradeso gut könnte man einen statistischen Zusammenhang zwischen einer negativen Einstellung zur Masseneinwanderungsinitiative und einer maroden Kantonskasse herstellen. Niemand würde des-



*Die Zubetonierung des Landes ist in der Agglomeration sicht- und hörbare Realität.*

wegen argumentieren, dass eine hohe Schuldenneigung eines Kantons die Menschen weltoffener werden lässt. Nur weil es an einem Ort wenig Ausländer hat, heisst das noch lange nicht, dass darin die Ursache für eine hohe Zustimmung zur SVP-Initiative liegt.

Das Beispiel Zürich, einem Kanton, der die SVP-Initiative zwar mit 47,3 Prozent abgelehnt hat, die Verhältnisse im ganzen Land aber ziemlich gut abbildet, zeigt, dass dem nicht so sein muss. Es gibt hier zwei Grossstädte, einen brei-

## Die S-Bahn- oder Auto-Pendler spüren den Mehrverkehr stärker als die Velofahrer in den Zentren.

ten Agglomerationsgürtel und ein weitläufiges Hinterland. Für das Statistische Amt des Kantons Zürich ist klar: Die Haltung zur SVP-Initiative lässt sich weder mit dem Ausländeranteil noch der Arbeitslosenquote oder dem Bevölkerungswachstum erklären.

### Personenfreizügigkeit verlor in der Agglo

Interessanter, sagt Chefstatistiker Peter Moser, sei die veränderte Einstellung zur Personenfreizügigkeit. Im Jahr 2000, als es um die bilateralen Verträge I ging, wurde die Personenfreizügig-

keit von 30 Prozent der Zürcher Stimmbürger abgelehnt. Am Sonntag sprachen sich 47 Prozent dagegen aus – die Zustimmung zur bundesrätlichen Politik ist also um 17 Prozent gesunken. Vergleichsweise wenig zurückgegangen ist sie gemäss Moser in Zürich und Winterthur, an den wohlhabenden Seeufern – und in den Landgemeinden. Die Randregionen sind also nicht die Hauptschuldigen. Stark an Zustimmung verloren hat die Personenfreizügigkeit aber im Limmattal, im Glatttal, im unteren Sihltal und rund um Winterthur – in der Agglomeration. Dort zeigt sich gemäss Moser: «Je höher die Arbeitslosigkeit und der Ausländeranteil, desto stärker hat die Abneigung gegen die Personenfreizügigkeit zugenommen.»

Zu behaupten, dass die Bewohner der Agglomerationen wenig mit Ausländern zu tun hätten, ist absurd. Das Gegenteil ist richtig: In Gemeinden wie Regensdorf (33 Prozent Ausländer), Schlieren (45 Prozent) oder Dietikon (41 Prozent) gab es nicht nur satte Ja-Mehrheiten, dort wohnen auch mehr Einwanderer als in den grossen Städten. Die vielen S-Bahn- oder Auto-Pendler in diesen Gemeinden spüren den Mehrverkehr stärker als die Velofahrer in den grossen Zentren. Die Zubetonierung des Landes ist in der Agglomeration kein fernes Gerücht, sondern sicht- und hörbare Realität. ○

# Unterwegs lesen

Mit der iKiosk-App können Sie die Weltwoche bequem in der Heftdarstellung lesen. Jede der letzten 10 Ausgaben kann einzeln gekauft werden. Abonnenten registrieren sich mit der Kundennummer. Erkunden Sie die vielen Extras wie das Verschicken von einzelnen Seiten per E-Mail. Alle Dienstleistungen der App sind im Abonnement inbegriffen.



## Und so funktioniert's:

1. Kostenlose App im App-Store herunterladen
2. Weltwoche wählen
3. Kundennummer im Feld «Printabo» eingeben  
(Die Kundennummer finden Sie auf Ihrer Abonnementsrechnung)
4. Ihre Postleitzahl eingeben
5. Fertig





# «Eigentlich war Philipp Müller dafür»

Mit grosser Mehrheit hat das aargauische Reinach, wo der FDP-Präsident herkommt, der Einwanderungs-Initiative zugestimmt. Offiziell stand der Gipsermeister für ein Nein ein. An seinem Stammtisch ist man überzeugt, dass Müller die Ablehnung nur vorgetäuscht hat. *Von Alex Reichmuth*

Sie habe mit Nein gestimmt und rätsle nun, warum das Volk am letzten Sonntag anders als sie entschieden habe, sagt eine ältere Frau. Sie ist die einzige Gegnerin der SVP-Initiative, die die *Weltwoche* im Zentrum von Reinach AG ausfindig machen kann. Denn hier, in der Heimat von FDP-Präsident Philipp Müller, sind die Meinungen gemacht. 68 Prozent stimmten der Initiative zu. Das Ja des Volks sei überhaupt keine Überraschung, lautet der Tenor. Es sei gut, dass endlich ein Zeichen gesetzt worden sei. «Ich gehe sonst nie abstimmen», meint eine Mutter mit einem kleinen Kind, «aber diesmal war es nötig.» Denn angesichts der vielen Ausländer fühle sie sich kaum noch zu Hause in der Schweiz. Jetzt könne das Land endlich «Schutzmassnahmen» treffen, freut sich ein älterer Mann. In Reinach haben hohe 37 Prozent der Einwohner keinen Schweizer Pass.

Miserabel kommen in der Strassenumfrage die Politiker weg, vor allem die in Bern. «Die sind nicht bei den Leuten», sagt ein pensionierter Pfarrer. «Die wollen in die EU», meint ein Mann mittleren Alters, «aber wir wollen das nicht.» Der Bundesrat kümmerge sich nicht um die Probleme der Bevölkerung, beklagt sich eine Frau, die gerade aus dem Coop kommt. Dabei werde alles zubetoniert, und man getraue sich wegen der vielen Kriminellen bald nicht mehr auf die Strasse. «Es wird zu viel geklaut», stellt ein junger Mann fest. Er ist nicht Schweizer, sondern Mazedonier und erst vor zwei Jahren hierher gekommen.

Überhaupt freuen sich viele Leute mit fremdländischem Teint über das Abstimmungs-Ja. «Das Volk darf das», stellt eine Brasilianerin klar. Sie lebe seit 27 Jahren hier und fühle sich längst als Einheimische.

Wie jeden Abend ergiesst sich eine Verkehrslawine durch Reinach. Stossstange reiht sich an Stossstange. Das Dorf ist schmucklos, vom stattlichen Schulhaus im Zentrum abgesehen. Zusammen mit dem benachbarten Menziken war Reinach einst eine Hochburg der Metallverarbeitung. Auf der Internetseite der Gemeinde ist von einer «gesunden wirtschaftlichen Struktur» die Rede. Viele Bewohner sehen das anders und klagen über fehlende Arbeitsplätze. «Alles geht nach Zürich», schimpft einer.

Sorgen, es drohten wegen dem Abstimmungs-Ja wirtschaftliche Nachteile, macht sich aber kaum jemand. «Jetzt wird zwar der Teufel an die Wand gemalt», sagt ein Mann, der gerade in sein Auto steigt. «Aber die

werden schon eine gute Lösung finden», ergänzt er mit einem Augenzwinkern. Angst vor der Reaktion der Europäischen Union scheint jedenfalls niemand zu haben. «Die EU wird die bilateralen Verträge sicher nicht kündigen», ist sich der erwähnte Pfarrer sicher. «Wir bezahlen ja Millionen und Milliarden für die.» Und überhaupt sei die Schweiz nicht in der EU.

## «Dann sperren wir den Gotthard»

Der in Reinach heimische Gipser Philipp Müller startete einst seine politische Karriere mit einer Initiative, die den Ausländeranteil der Schweiz bei 18 Prozent begrenzen wollte. Mittlerweile liegt dieser Anteil bei über 23 Prozent. Dennoch trat Müller, jetzt Präsident seiner Partei, nun als Gegner der Masseneinwanderungsinitiative auf. Der heimische Politiker kommt deswegen nicht gut weg bei den Reinachern. Der Müller sei ein «ganz Schlauer», ärgert sich ein älterer Mann. Man wisse nie, was er wirklich denke. «Aalglatt ist der», sagt ein anderer, «eben typisch FDP.»

Im «Bären», der Traditionsbeiz im Zentrum von Reinach, kennt man Philipp Müller gut. Ja, der FDP-Präsident sei oft hier, bestätigt der Wirt, der sich eben zur Stammtischrunde gesellt hat. Diese nimmt den «Philipp» in Schutz. Eigentlich sei Müller «sehr nahe am Volk».

Aber als Parteipräsident müsse er halt ab und zu loyal zu seiner Partei sein. «Eigentlich war Philipp Müller aber für die Initiative, das ist klar», tönt es von der Runde.

«He, früher sind die Schweizer doch auch ins Ausland ausgewandert», gibt einer zu bedenken. «Ja, aber zum Schaffen!», entgegnet ein Kollege. Die EU sei nach dem Krieg zwar eine «gute Idee» gewesen, wird dem Reporter erklärt, aber sie sei zu schnell gewachsen. «Die sind ja bald in Russland und in der Türkei.» So könne es ja nicht funktionieren.

Nicht einig ist man sich am Stammtisch darüber, was die Zukunft bringt. «Jetzt müssen die Politiker in Bern umdenken», freut sich einer. «Ach was», hält ihm der Wirt entgegen, «es wird genauso weitergehen mit denen wie bis jetzt.» Der Bundesrat sei Brüssel hörig, und das bleibe wohl so. Jedenfalls fürchtet auch im «Bären» niemand die EU. «Was wollen die uns schon antun», fragt sich einer der Anwesenden. «Wir haben denen schon Milliarden bezahlt», sagt ein anderer. «Und wenn die uns blöd kommen, dann sperren wir halt den Gotthard», meint ein Dritter.

Im Hintergrund läuft Radio SRF 1. Ein politisches Erdbeben habe sich in der Schweiz ereignet, hört man aus dem Lautsprecher. Was die Radioleute berichten, interessiert im «Bären» aber keinen. ○



«Ein ganz Schlauer»: FDP-Präsident Müller.

# Karate-Kid auf der Hinterbank

In Grossbritannien drängen junge Konservative ins Rampenlicht. Dominic Raab ist einer ihrer Rädelsführer. Jüngst hatte er den ersten Showdown mit Premier Cameron. Raab plädiert für eine Verschärfung der Einwanderung und wöhnt breite Teile der Basis hinter sich. *Von Urs Gehrig*

Sie tönt überall ähnlich, die Musik, die in den EU-Kapitalen spielt. Die SVP, verantwortlich für die Initiative gegen Masseneinwanderung, wird als Brandstifterin verteufelt. Der Applaus der europäischen Rechtspopulisten um Le Pen (Frankreich), Strache (Österreich) und Wilders (Niederlande) zeige, in welcher Gesellschaft sich die Partei nun befinde, zeterte Luxemburgs Aussenminister Jean Asselborn.

Wie kurz diese Einschätzung greift, zeigt ein Blick auf Grossbritannien, wo das Thema Immigration längst die Massen bewegt. Widerstand gegen ungebremste Einwanderung hat die Basis sämtlicher politischen Lager erfasst. Allen voran jene der regierende Tories. Deren Premier David Cameron wird getrieben von Euro-Skeptikern aus der eigenen Hinterbank. Vor zwei Wochen steckte er eine Schlappe ein, die exemplarisch ist für die Stimmung im Land.

Angeführt wurde die Attacke von Dominic Raab, 39, Karate-Schwarzgurtträger und erst seit drei Jahren im Parlament. Am 30. Januar erzwang er im britischen Unterhaus eine Abstimmung zur Verschärfung des Immigrationsgesetzes. Ausländer in Grossbritannien, die zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt werden, seien demnach automatisch aus dem Land zu weisen.

## Missbrauchtes «Recht auf Familienleben»

Auslöser für Raabs Vorstoss war der Mord an einem Kellner in seinem Wahlkreis Surrey in Südengland. Der nepalesische Täter, der wegen Totschlags verurteilt worden war, wehrte sich erfolgreich gegen eine Deportation, indem er sich auf Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), «Recht auf Familienleben», berief. Dies, obwohl er gar keine Ehefrau, Partnerin und auch keine Kinder hat. Kein Problem! Denn die Menschenrechtskonvention ist so vage formuliert, dass sich selbst in absurdesten Fällen ein Bleibegrund finden lässt.

Legendär ist der «Katzen-Fall». Ein straffällig gewordener, illegaler Immigrant aus Bolivien namens Camilo Soria sollte zurück in seine Heimat ausgeschafft werden. Camilo machte «Recht auf Familienleben» geltend. Schliesslich müsse er sich mit seinem homosexuellen Partner um fünf Katzen kümmern. Die EU-Richter hatten Verständnis – und verboten Camilos Ausschaffung.

Als also Raab im Parlament den Kellner-Mord – und 400 ähnliche Fälle jedes Jahr – als einen «obszönen Missbrauch von Menschenrechten» brandmarkte, wusste er einen Grossteil der

Bevölkerung hinter sich. Selbst Innenministerin Theresa May sprach von «Perversion». Aus Furcht vor Sanktionen seitens der EU appellierte sie indessen an die Parlamentarier, Raabs Vorstoss für eine Verschärfung des Immigrationsgesetzes zu versenken.

Zwar verlor Raab die Abstimmung deutlich mit 241 zu 97 Stimmen. Dennoch verbuchte der Hinterbänkler einen doppelten Triumph. Erstens verpasste er der Regierung eine blutige Nase («One kick and the Tory karate kid bloodies No 10» titelte die *Sunday Times*), wodurch er den Druck auf Premier Cameron, gegenüber der EU nicht einzuknicken, weiter erhöht hat. Zweitens hat er seine Statur als Tory-Rebell und Vorkämpfer für die britische Souveränität gestärkt.

«Raab hat etwas Heldenhaftes», fand die *Times* in ihrer Berichterstattung über die Immigrationsdebatte. «Gross, schlank, perfekt gekleidet; die Welle in seinem ausgedünnten Haupthaar verleiht ihm einen Touch Verwegenheit.» Quasi im Alleingang vermochte Raab fast eine Hundertschaft Tories für sein Anliegen zu gewinnen. Obwohl er damit die eigene Partei beinahe gespalten hat, gilt er nach seinem «Kick» mehr denn je als Kandidat für einen künftigen Kabinettsposten. Und er ist ambitiös genug, einen anzustreben – aber nur nach seinen Bedingungen.

Für den Aufsteiger ist die Schweiz wegweisendes Beispiel für eine Neuordnung der Beziehung London–Brüssel. Vor zwei Jahren sagte er: «Die EU hat bereits losere Verhältnisse mit Norwegen und der Schweiz, ihre Konditionen

## Nach dem Schweizer Ja vom Wochenende verspüren Raabs Rebellen neuen Rückenwind.

sind das mindeste, was wir erwarten können.» Nach dem Schweizer Ja vom Wochenende verspüren Raabs Rebellen neuen Rückenwind.

Premierminister David Cameron hingegen sieht sich nach dem Verdikt des Schweizer Volks in der eigenen Partei unter erhöhtem Zugzwang, rasch eine Vereinbarung mit der EU über die Einschränkung der Freizügigkeit auszuhandeln. Zu den Kernforderungen, die der Premier in einem neuen Vertrag mit der EU festschreiben will, gehören Obergrenzen für den Zuzug von EU-Migranten. Ohne einen derart modifizierten Vertrag schwinden die Chancen für ein Ja zum Verbleib Grossbritan-

niens in der EU, wenn es – wie von Cameron im Falle seiner Wiederwahl versprochen – 2017 zu einem EU-Referendum kommt. (Gemäss aktuellen Umfragen von *Opinium/Observer* würden heute 52 Prozent der Briten für den Austritt aus



Politik als Fortsetzung von Karate mit anderen



der EU votieren. 34 Prozent möchten in der Union verbleiben.)

Dominic Raab gehöre zu einer Gruppe Jungkonservativer, die im Clinch mit der EU eine Schlüsselrolle spielen würden, ist man in Londons Polit-Establishment überzeugt. Was nicht allen behagt. Parteikollegen kritisieren, seine Politik ähnele zu sehr einer Adaption von Clauswitz' Credo: «Die Politik ist eine blosser Fortsetzung von Karate mit anderen Mitteln.»

Andere attestieren ihm durchaus die nötige strategische Agilität, um parteienübergreifend Koalitionen zu schmieden. Er sei kein Tory-Rechter «mit Schaum vor dem Mund», so

Ex-Innenminister Jack Straw, sondern ein entschlossener, methodisch vorgehender Jurist, der sich der Ernsthaftigkeit des Ziels bewusst sei und seinen jugendlichen Furor durch Charme zu temperieren wisse. So sei es ihm gelungen, fünf ehemalige Labour-Minister, inklusive David Blunkett, für sein Immigrationsgesetz zu gewinnen.

Dominic Raab ist der Sohn eines jüdischen Tschechen, der den Nazis als Junge entkam und nach Grossbritannien emigrierte und früh verstarb. «Den Vater zu verlieren, hat mein Herz gebrochen, doch was mich am meisten berührte, ist, wie hart es

Mutter getroffen hat. Sie ist der Inbegriff von sturem Optimismus. Sie lehrte uns Ausdauer und aus jeder Situation das Beste zu machen.»

Optimismus, gepaart mit Unbeugsamkeit, ist eine Eigenschaft, die Raab auch an der Schweiz bewundert. Die Abstimmung vom Wochenende ist der Stoff, der Raab ebenso wie Euro-Skeptiker auf dem Kontinent träumen lässt: ein demokratischer Staat, dessen Volk erschrocken der europäischen Integration widersteht und der trotzdem gut haushaltet.

Kurz nach seiner Wahl ins Parlament 2010 machte Raab mit einem Manifest auf sich aufmerksam, das Schweizer Eigenschaften als Leittugenden für Grossbritannien propagiert. In dem Pamphlet mit dem Titel «Britannia Unchained», verfasst zusammen mit vier Jungkonservativen, ist von einer «Kultur des Fleisses, des Risikos und der Leistung» die Rede. Der Tonfall ist ungestüm wie das Naturell der jungen Tory-Wilden selbst. Die Briten werden darin als die «schlimmsten Faulpelze der Welt» bezeichnet. Nur durch Schufften und Sparen könne das Königreich wieder in die «Superliga» der Nationen zurückfinden. Als man ihm Elitismus vorwarf, parierte Raab im Gespräch mit dem *Guardian*: «Die Talentierten und hart Arbeitenden hätten nichts zu befürchten.»

#### «Ein Angriff zu viel»

Die Immigrations-Abstimmung war Raabs erster Frontalangriff auf Downing Street. «Einer zu viel», kommentiert Fraser Nelson, Chefredaktor der konservativen Wochenzeitung *Spectator*. «Ja, Raab kann kämpfen. Und ja, er kann gewinnen.» Was jetzt aber geschehen sei, sehe «weniger nach einer Strategie aus, vielmehr nach einem politischen Happy Slapping». Es sei an der Zeit, mit dem Piesacken der eigenen Regierung aufzuhören. Schliesslich sei es nicht im Interesse der euroskeptischen Haltung der Tories, wenn man in der eigenen Partei Fehden austrage. Gescheiter sei es, die Kräfte gegen den wahren Gegner – die Labour-Partei – zu bündeln.

Labour und ihr Chef Ed Miliband liegen in Wählerumfragen beharrlich vorn, trotz Aufheiterung auf dem Arbeitsmarkt. Zudem zeichnet sich für die Tories ein substanzieller Aderlass bei den Wählerstimmen zugunsten der United Kingdom Independence Party (Ukip) ab. Polit-Auguren geben der Anti-EU-Partei gute Chancen, aus den Europa-Parlaments-Wahlen im Mai als stärkste britische Partei hervorzugehen.

Kaum überraschend deshalb, dass sich Londons Bürgermeister Boris Johnson, dem Ambitionen für den Tory-Vorsitz und den Posten des Premiers nachgesagt werden, am Dienstag mit der «Gruppe 301» getroffen hat – einem der einflussreichsten Hinterbänkler-Klubs des Landes. Prominentes Mitglied des Klubs: Dominic Raab. Kernthemen des Treffens: die EU und die Immigration. ○



Mitteln: Tory-Rebell Raab.



*Keine universitäre Ausbildung, kein Fachhochschulabschluss, keine Führungserfahrung: Ex-Thorberg-Direktor Georges A. Caccivio.*

## Alte Kameraden

**Sex, Drogen, Manipulationen und der Direktor auf dem Thorberg ein erpressbarer Freund von Inhaftierten: ein neues Kapitel aus der Chronik düsterer Berner Ereignisse.**

*Von Urs Paul Engeler*

«Waldau» war gestern, «Thorberg» ist heute. Vor genau einem Jahr musste Regula Mader, fehlplatzierte Direktorin der Universitären Psychiatrischen Dienste (UPD) des Kantons Bern nach zweijähriger Regentschaft notfallmässig aus ihrem Amt entfernt werden. Mader war von Regierungsrat Philippe Perrenoud (SP) über eine seit Jahren installierte Parteischiene auf ihren Posten geschoben worden. Letzte Woche musste Georges A. Caccivio, fehlplatziertes Direktor der Strafanstalt Thorberg, nach zwei Jahren unverzüglich freigestellt werden. FDP-Mann Caccivio war von Regierungsrat Hans-Jürg Käser (FDP) über eine seit Jahren aktive FDP-Seilschaft in seine Funktion hochgezogen worden. Ob links, ob rechts: Bern bleibt Bern.

Bis 1397 war der Thorberg eine drohend über dem Dörfchen Krauchthal thronende Burg, bis in die Reformationszeit ein Kartäuserkloster, bis zum Untergang des alten Bern 1798 Sitz des

Landvogts, bis 1893 eine Zwangsarbeits- und Erziehungsanstalt für Erwachsene und Jugendliche und seither ein Zuchthaus, die Haftanstalt für Männer mit ganz schweren Delikten und langjährigen Strafen. Im mächtigen Gebäudekomplex beaufsichtigen 120 Betreuer rund 180 Kapitalverbrecher, zu gut zwei Dritteln Ausländer aus insgesamt 68 Staaten.

Hungerstreiks, Revolten, Rivalitäten, Drogenkonsum, Schlägereien: Der Leiter sitzt auf einem Vulkan, der immerzu brodelt und beim Versagen der Führung jäh ausbricht. 1993 hatte der damalige, gegenüber seinen «Klienten» dem Kuschelkurs verpflichtete Direktor Urs Clavadetscher Büro und Dienstwohnung im «Schloss» räumen müssen. Es war öffentlich geworden, dass er und vor allem seine Frau Verena enge private Kontakte mit dem berühmten Insassen Bruno Zwahlen («Mord in Kehrsatz») unterhalten hatten.

Zwahlen, intern als «Schlossboy» verhöhnt und angefeindet, genoss unangemessene Sonderrechte, besorgte zweisam mit der damals gut vierzigjährigen Frau Clavadetscher den «Schloss»-Haushalt und mit dem direktorialen Mercedes den Einkauf bei Grossverteilern. An warmen Sommertagen vergnügte das Duo sich gar im Berner Aare-Bad Marzili. Die als «blond» und «attraktiv» beschriebene Verena Clavadetscher sagte 1993 zur *Schweizer Illustrierten*: «Ich dachte halt, das würde ihm nach all den Jahren im Knast auch guttun.» Dem überforderten Direktor, der sich durch alkoholisch bedingte Eskapaden intern und extern unmöglich gemacht hatte, entglitt die Situation vollends; er brach zusammen, wurde hospitalisiert und entlassen.

Immerhin realisierten die politisch Verantwortlichen nach dem Skandal, der Bern erschütterte und die übrige Schweiz belustigte, für einmal, dass die Leitung einer derart kon-





*Begünstigung, Schlägereien, Manipulation: Berner Strafanstalt Thorberg.*

fliktreichen Zone nicht ein passendes Parteibuch, sondern ein Bündel besonderer Qualitäten erforderte. In einem mehrmonatigen Auswahlverfahren mit Gesprächen, Abklärungen, Gutachten und Assessments wurde 1994 schliesslich Hans Zoss, vormals Pfarrer in Bern und für die Uno als Kriegsbeobachter in Ex-Jugoslawien im Einsatz, neuer Direktor. Siebzehn Jahre lang, bis zum Spätherbst 2011, herrschte einigermassen Ruhe auf dem Berg; auf jeden Fall explodierte das Pulverfass nie.

#### **Gemunkel über Caccivos Vorgeschichte**

Es war im Juni 2013, als ein Thorberg-Mitarbeiter den früheren Nationalrat und Berner SVP-Präsidenten Hermann Weyeneth aufsuchte. Der siebzehnjährige Doyen der Berner Politik wirkte schon bei der Entfernung Clavadetschers als treibende Kraft. Die Zustände im Gefängnis, so der Informant, seien wieder unhaltbar geworden: Begünstigung einzelner Häftlinge sowie einzelner Angestellter, Schlägereien sogar unter dem Personal, Manipulation von Personalakten, anhaltendes Gemunkel über wenig erbauliche Vorgeschichten des neuen Direktors Georges A. Caccivio. Die Führung sei nicht mehr garantiert. Es drohe der grosse Knall.

Caccivio hat seine Stelle am 1. November 2011 angetreten. Man staunte kurz über die Wahl

des damals 52-jährigen Bieler, aber hinterfragte nichts: kein Wort der Kritik in der Politik, kein Fragezeichen in den staatstreuen Berner Medien. Als Hans Zoss verabschiedet wurde, befehlissigte der zuständige Regierungsrat Hans-Jürg Käser, Chef der Polizei- und Militärdirektion (POM), sich allzu auffällig, ungefragt zu betonen, wie professionell und objektiv die Evaluation des Nachfolgers abgelaufen sei.

Dass dies gar nicht stimmen konnte, hätte schon damals jedermann feststellen können, der die Anforderungen, wie sie in der Stellenausschreibung formuliert wurden, nur kurz mit dem Profil, das Caccivio vorzuweisen hatte, verglichen hätte. Offiziell gesucht wurde nämlich eine Figur mit akademischer und charakterlicher Statur: «Für diese herausfordernde Kaderfunktion erwarten wir ein abgeschlossenes Hochschulstudium (betriebswirtschaftlicher oder geisteswissenschaftlicher Ausrichtung) bzw. eine für die Aufgabe geeignete universitäre oder gleichzustellende Ausbildung an einer Fachhochschule. Ein Nachdiplom oder Fachausweis in den Bereichen Führung, Public Management, Controlling, Agogik oder Organisationsmanagement ist von Vorteil.» Verlangt wurden überdies eine «mehrjährige Führungserfahrung» und «un-

ternehmerisches Denken». Es folgte der merkwürdige Zusatz: «Es liegen bereits interne Bewerbungen vor.»

Georges A. Caccivio hat keine universitäre Ausbildung, keinen Fachhochschulabschluss, somit auch keine Nachdiplome und keine «mehrjährige Führungserfahrung». Er absolvierte eine KV-Lehre beim TCS, arbeitete in einem Reisebüro, dann als Sachbearbeiter in der Bieler Steuerverwaltung, anschliessend als Beamter im Strassenverkehrs- und Schifffahrtssamt des Kantons Bern. 1997 leitete er ein Jahr lang die Kinderklinik Wildermeth in Biel. Diesen Job erhielt er ohne Ausschreibung, wie Stiftungsratspräsident Andreas Sutter gegenüber dem *Bieler Tagblatt* zugab: Angestellt wurde er, weil man ihn «gut kannte» und wusste, dass die Klinik nach der Integration ins Bieler Spitalzentrum keinen Chef mehr brauche. 1999 fand er wieder eine Bürostelle im Sekretariat von Käasers POM; 2004 wechselte er ins Amt für Freiheitsentzug und Betreuung und stieg dort zum Administrator des «Amtsstabs» auf.

Caccivio hatte kaum exekutive Erfahrung; er machte weder eine akademische noch eine unternehmerische, sondern eine mittlere Verwaltungskarriere. Dass ihn nichts für das Amt auf dem Thorberg qualifizierte, dafür braucht es die jetzt eilig beschlossene nachträgliche



Überprüfung des Auswahlverfahrens nicht. Tatsache ist auch, dass zwei wesentlich besser ausgewiesene Kandidaten übergangen wurden: der jetzige stellvertretende Thorberg-Direktor Klaus Emch und Patrick Cotti, ehemaliger grüner Zuger Regierungsrat und fünf Jahre lang Leiter einer Strafanstalt.

Zu beantworten sind allein die Fragen: Warum wurde der Bürolist trotz der offensichtlichen Defizite auf den heiklen Direktorenposten gehievt? War es ein FDP-Freundschaftsdienst? Oder hatte Caccivio etwas in der Hand, um seinen direkten Vorgesetzten Martin Kraemer, der ihn erkoren hatte, oder Regierungsrat Käser, der die Wahl bestätigte, gefügig zu machen? War es Filz oder gar Erpressung? Caccivios Vorleben mit Vorlieben für drogenabhängige Prostituierte ist nicht geeignet, solche Verdächtigungen von vornherein als haltlos zu bezeichnen.

Die laufende «externe» Untersuchung ist so angelegt, dass möglichst wenig Licht in die Abläufe dringen kann. Mit der Analyse betraut wurde Benjamin Brägger, Lehrbeauftragter für Strafvollzugsrecht an den Universitäten Bern und Lausanne. Brägger ist ebenfalls FDP-Mitglied, überdies Dienstkamerad und Duzfreund Caccivios sowie ehemaliger Arbeitskollege des Chefbeamten Martin Kraemer, der im Mittelpunkt dieser Nachbetrachtung steht. Der Experte müsste den Auftrag zurückgeben. Selbst wenn er redlich arbeitet, läge ein steter Schatten über der Analyse.

Dass «man» in Bern von Caccivios grosser Schwäche nichts gewusst haben soll, ist nicht glaubhaft. In Biel war sein sexueller Umgang mit Drogenprostituierten weiten Kreisen bekannt. Auf jeden Fall wusste nicht nur das engere «Milieu» davon, sondern zum Beispiel auch Andreas Sutter, Stiftungspräsident der Kinderklinik: Man habe darum «ein besonders wachsames Auge auf sein Verhalten» gehabt.

#### «Was macht er genau mit den Kunden?»

Begonnen hatten diese Kontakte im alternativen Szenelokal «Cardinal», das Fixern, anderen Drögelern und Randständigen eine Art Heimat bieten wollte. FDP-Mann Caccivio, der im Jahr 2000 erfolglos für einen Sitz in der städtischen Legislative kandidierte, zeichnete als Genossenschafter. Als das Experiment 2001 zusammenbrach, sprang die Stadt ein, kaufte eine Liegenschaft an der Gerbergasse, in der sich symbiotisch der Nachfolgeverein «Yucca» mit einer Brasserie und die Drogenstation «Cactus» einnisten konnten. Das «Fixerstübli» konnte nur via Restaurant erreicht werden. Caccivio war «Yucca»-Vereinsmitglied. Mitte 2012 musste auch diese Einrichtung, die von Philippe Perrenouds (SP) kantonaler Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) jährlich mit Beträgen von 60 000 bis 110 000 Franken subventioniert wurde, wegen

gravierender innerer und unhaltbarer externer Zustände geschlossen werden. «Cactus» wurde von der GEF mit 690 000 und später mit 800 000 Franken finanziert.

Das «Yucca» (Selbstdefinition: «soziales Bistrot»), wurde nie eine durchmischte Quartierbeiz. Die Kundschaft bestand, wie 2002 ein Evaluationsbericht feststellte, «überwiegend aus DrogenkonsumentInnen, Personen ohne Arbeit oder Personen, die von Sozialgeldern unterstützt werden». Und Kriminellen: Zwei Drittel aller «Cactus»-Nutzer seien schon einmal verurteilt worden, ein Drittel von ihnen im Verlauf der letzten zwei Jahre.

Die regelmässige Ausnahme und dem «Yucca»-Personal bestens bekannt war Georges A. Caccivio. Gegenüber dem *Bieler Tagblatt*, das «Caccivios Spuren» folgte, erklärten ehemalige Mitarbeiter, man habe sich manchmal gefragt, «was er da genau macht mit den Kunden». Hier, im Zentrum der Szene, fädelte er die Kontakte zu drogenabhängigen Prostituierten ein.

Das ist und bleibt eine private Angelegenheit – bis man als frischgewählter Thorberg-Direktor die straffällig gewordenen alten Kumpane aus diesem speziellen Spektrum wieder

### Ein Insasse erschrak, als Caccivio im Knast auftauchte – und zwar als Direktor und nicht etwa als Insasse.

trifft und sie mit dem vertrauten Du begrüsst. Ein Insasse, der 2005 in Biel seine drogensüchtige Ex-Freundin (deren Dienste offenbar auch Caccivio in Anspruch genommen hatte) erdolchte, erzählte dem *Blick*, er sei aus allen Wolken gefallen, als Caccivio im Knast auftauchte, und zwar als Direktor und nicht etwa als Insasse. Der neue Chef duzte einen zweiten Häftling mit gemeinsamer Vergangenheit. Böses Blut begann zu kochen; andere fühlten sich benachteiligt. Parallel dazu spaltete das Personal sich in gewöhnliche Betreuer und in die «Seeländer Connection», die angeblich bevorzugt wurde, weil sie womöglich etwas Heikles wusste über den Chef.

Häftling Igor Luginbühl, Enkel des berühmten Eisenplastikers Bernhard Luginbühl und



«Huch!»

berüchtigt geworden als der gefährliche Gewalttäter «Igor L., Schläger von Schüpfen», genoss Sonderrechte. Er durfte nicht nur zeichnen und malen, während das Gros der Insassen zum Tageslohn von 26 Franken arbeiten musste; er konnte seine Kreationen aufhängen und feilbieten. Chef Caccivio kaufte ein Bild für 790 Franken, Luginbühls Therapeutin waren die Schöpfungen über 800 Franken wert. Zorn und Missgunst schwellen an.

Der Skandal war perfekt und der letzte Rest von Autorität weg, als ruchbar wurde, dass Caccivio die Personalakten eines alten Bieler Bekannten frisiert hatte. Es fehlte im Dossier eine ominöse Seite 75, auf der er nach dem 2005 verübten Mord an der ihm bekannten Drogenprostituierten als Zeuge auftauchte.

#### Käser schweigt weiter

Hermann Weyeneth holte zu all den Vorwürfen, die ihm zugetragen wurden, Zweitmeinungen ein, fasste sie in die Form von elf präzisen Fragen und legte diese am 30. August 2013 Regierungsrat Käser vor. Es geschah nicht nur nichts; intern wird gar kolportiert, Käser habe sich vor seinem Kader über den Auftritt des SVP-Politikers lustig gemacht. Man traf sich erst am 12. Dezember wieder. Diesmal waren auch Caccivio, der von «gemeinnütziger Arbeit» faselte, die er im Drogenlokal geleistet habe, und dessen Chef Kraemer dabei, der die Wahrheit längst kannte, aber geschwiegen hatte. Erst am 13. Januar wurde plötzlich entschieden, dass die beiden inhaftierten Duzfreunde allein dem Stellvertreter zu unterstellen seien.

Dieser Rettungsversuch ist bereits die politische Verzweiflungstat. Inzwischen haben nämlich die von den Verantwortlichen bitter enttäuschten Informanten nationale Medien alarmiert; und diese schrecken Käasers Leute mit ersten Fragen auf. Der Regierungsrat mauert; Caccivio versteckt sich. Weil der Wagen des Schweizer Fernsehens vor der Thorberg-Einfahrt wartet, flüchtet er abends jeweils durch die Hintertür und über die Waldwege via Oberburg nach Hause. Käser schweigt weiter. Erst Ende Januar, exakt fünf Monate nach Weyeneths detailliertem Bericht, kündigt Käser eine erste Untersuchung an, mit den Zusätzen, der Direktor verbleibe im Amt und Kraemer sei «überhaupt kein Thema».

Nur drei Tage später, am 3. Februar, suspendiert er Caccivio doch, dem er gleich einen Haufen schmutziger Wäsche nachwirft. Und wiederum nur einen Tag später erklärt er, er lasse jetzt auch Kraemers Wahlverfahren, das er selbst noch als äusserst korrekt gerühmt hatte, unter die Lupe nehmen.

Bei dieser Faktenlage gibt es nicht mehr viel zu untersuchen, vielleicht noch einiges zu vertuschen, aber vieles entscheidend zu verzögern. Am 30. März sind Wahlen. Thorberg-Käser (FDP) und «Waldau»-Perrenoud (SP) kandidieren wieder. ○



# Zensur durch den Herzarzt

Wegen gefälschter medizinischer Daten könnten bis zu 800 000 Patienten gestorben sein. Zu diesem Schluss kommen britische Ärzte. Doch ihre Publikation durfte nicht erscheinen. Der Zürcher Chefarzt Thomas Lüscher, der in eine Plagiatsaffäre verstrickt ist, hat den Artikel zurückgezogen. *Von Alex Reichmuth*

Der Völkermord in Ruanda hat 1994 etwa 800 000 Menschen das Leben gekostet. Gleich viele Menschen könnten in Europa unnötig gestorben sein, wenn stimmt, was die britischen Forscher Graham Cole und Darrel Francis sagen. Weil Ärzte bei der Abgabe von Betablockern falsche Richtlinien befolgt haben, so Cole und Francis, hätten in den letzten fünf Jahren bis zu 800 000 Leute ihr Leben verloren.

Hintergrund ist ein Forschungsskandal, der 2011 publik wurde. Mehrere Studien des Herzforschers Don Poldermans enthielten Daten, die falsch erhoben und teilweise frei erfunden waren. Poldermans verlor in der Folge seine Stellung am Erasmus Medical Center in Rotterdam. Dennoch könnten die falschen Daten fatale Auswirkungen gehabt haben. Denn die Europäische Gesellschaft für Kardiologie (European Society of Cardiology, ESC) hat 2009 Richtlinien an Ärzte herausgegeben, die unter anderem auf den Studien mit den falschen Daten beruhen. Diese Richtlinien empfehlen, den Patienten bei Operationen, die nicht das Herz betreffen, Betablocker zu geben – also Medikamente, die die Herzfrequenz und den Blutdruck senken. Mit Betablockern gehen aber vermehrte Risiken wie Herzinfarkte einher. Diese Risiken wurden wegen der falschen Daten bei Poldermans wohl deutlich unterschätzt und Betablocker zu oft eingesetzt. Pikanterweise war Poldermans Chef des ESC-Komitees, das die Richtlinien herausgab.

## «Einzigartiger Vorgang»

Eigentlich wollten Cole und Francis das Zustandekommen ihrer Schätzung von bis zu 800 000 toten Patienten in einem Gastartikel im *European Heart Journal (EHJ)* ausführen, der führenden Kardiologie-Fachzeitschrift Europas. Der Artikel war online bereits aufgeschaltet, als er plötzlich vom Netz verschwand. Gestoppt hat ihn Thomas Lüscher, Leiter der Kardiologie am Universitätsspital Zürich und Chefredaktor des *EHJ*. Lüscher begründet sein Veto damit, dass die Publikation von Cole und Francis wegen eines Irrtums des zuständigen Redaktors des *EHJ* nicht wissenschaftlich begutachtet worden sei. Das werde nun nachgeholt. Lüscher hat bereits kürzlich für Schlagzeilen gesorgt, weil er in einem Lehrbuch seinen Namen über ein Teilkapitel setzte, das in Wahrheit von einem Ex-Mitarbeiter von ihm stammte (*Weltwoche* Nr. 5/14). Wegen dieses Plagiats läuft derzeit eine Untersuchung der Universität Zürich.



Was darf man lesen? Herzspezialist Lüscher.

Die ESC ist erst jetzt daran, ihre Richtlinien zu Betablockern zu revidieren. Gemäss den Kritikern Cole und Francis ist das zu spät. Es könnten bis zu 400 000 Patienten gestorben sein, nachdem die falschen Daten bereits bekannt waren, sagen sie. Die Hälfte der von ihnen errechneten Todesfälle hätte man also durch rasches Handeln verhindern können.

Der Rückzug des Artikels durch Thomas Lüscher muss als Zensur bezeichnet werden. Denn zum einen stützten sich Cole und Francis bei ihrer Schätzung von bis zu 800 000 toten Patienten auf eine eigene Publikation, die letztes Jahr in der Fachzeitschrift *Heart* erschienen ist. Dort hatten sie bereits errechnet, in Grossbritannien könnten wegen der Richtlinien der ESC jährlich bis zu 10 000 Patienten gestorben sein. Diese Publikation hatte erfolgreich einen Begutachtungsprozess durchlaufen. Dass bei einer einfachen Hochrechnung der Todeszahlen auf ganz Europa nochmals eine wissenschaftliche Begutachtung nötig sein soll, leuchtet nicht ein. In der Tat war der Artikel im *EHJ* für die Rubrik «Cardio Pulse» vorgesehen, wo regelmässig nicht begutachtete Meinungsartikel erscheinen.

Zum anderen publizierten Thomas Lüscher und andere Redaktoren des *EHJ* letzte Woche trotz des Rückzugs des Artikels von Cole und Francis ein eigenes Editorial zur «Panik um die

Betablocker». Darin schrieben sie, Cole und Francis seien bei den 800 000 Toten davon ausgegangen, dass den Patienten hohe Dosen an Betablockern verabreicht worden seien, während die ESC aber nur niedere Dosen empfohlen habe. Lüscher und seine Redaktionskollegen veröffentlichten also ihre Sichtweise, obwohl diejenige von Cole und Francis gesperrt ist. Diesen Vorgang bezeichnet ein Experte für wissenschaftliche Regeln, der für einen grossen Fachzeitschriftenverlag arbeitet, als «einzigartig». Auch Larry Husten, der als Fachjournalist für eine Organisation des renommierten *New England Journal of Medicine* arbeitet, kritisierte diese Einseitigkeit. Lüscher und seine Redaktionskollegen verhielten sich wie Väter, «die ihren Kindern vorschreiben, was sie lesen dürfen und was sie denken und glauben sollen», schrieb Husten im amerikanischen Wirtschaftsmagazin *Forbes*.

Es gebe «gute Gründe» dafür, dass die «Provokation» mit den 800 000 Toten nötig sei, so Husten weiter. Denn er stelle «einen generellen Mangel an Sorgfalt und Verantwortung bei Anzeichen von wissenschaftlichem Betrug und Fehlverhalten» fest. «Redaktoren von Fachzeitschriften, Dekane und Departementsvorsteher scheinen mehr damit befasst, den Ruf ihrer eigenen Institution zu schützen, statt konsequent die Integrität von Wissenschaft und Forschung hochzuhalten», so Husten. ○

# Steuerhölle Schweiz

Die Schweiz gilt international als Steuerparadies – für Unternehmen wie für Private. Die starke Progression der Einkommenssteuer und die hohen Sozialleistungen führen aber zu einer ähnlich hohen Belastung wie im europäischen Umland. *Von Christian Mundt*

Die Schweiz ist ein Steuerparadies. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) setzte die Alpenrepublik auf eine graue Liste mit Steueroasen, die es auszutrocknen gilt. Wirtschaftsförderer sprechen genauso wie Politiker immer wieder von der Schweiz als einer Oase tiefer Steuern inmitten der europäischen Steuerwüste. Statistiken und internationale Vergleiche präsentieren die angeblich geringe Belastung und untermauern so das Argument des Steuerparadieses für Private und Unternehmen.

Die Realität ist jedoch eine andere, wie das Beispiel der Ammann-Gruppe zeigt: Wären die Steuern in der Schweiz tatsächlich so konkurrenzlos tief, wie immer behauptet wird, hätte der heutige Bundesrat und frühere Chef des Langenthaler Konzerns, Johann Schneider-Ammann, nicht mit ausländischen Sitzgesellschaften die Steuern seines Unternehmens optimieren müssen. Die langsam anlaufenden Diskussionen um die dritte Unternehmenssteuerreform auf Bundesebene und die Widerstände einzelner Kantone verdeutlichen, dass in der Schweiz punkto Steuern Handlungsbedarf besteht, sofern das Land weiterhin international konkurrenzfähig sein möchte.

## Steuerprivilegien für mobile Firmen

Tatsächlich ergibt sich bei den Unternehmenssteuern ein verschwommenes Bild: Erstens sind da verschiedene Ausnahmen wie die Holdingbesteuerung mit sehr tiefen Steuersätzen. Hochmobile Firmen, die nicht an einen bestimmten Standort gebunden sind, profitieren in verschiedenen Kantonen von Steuerprivilegien, welche den ansässigen Firmen nicht gewährt werden. Dadurch verzerrt sich das Bild von der Schweizer Steuerlandschaft – weil oft nur die Ausnahmen, aber nicht die Regel betrachtet wird. Zweitens sind die kantonalen Steuern aufgrund des Steuerwettbewerbs sehr unterschiedlich. So sind die ordentlichen Gewinnsteuersätze im günstigsten Kanton, Luzern, nur halb so hoch wie im teuersten, in Genf. Am Vierwaldstättersee bezahlen Unternehmen 12,2 Prozent, am Genfersee sind 24,2 Prozent fällig. Die wenigen Kantone in der Innerschweiz mit relativ tiefen Steuern verstärken das falsche Bild einer günstigen Steueroase.

Der Vergleich mit dem Ausland bestätigt jedoch den Handlungsbedarf. An vielen europäischen Domizilen ist die Belastung für Unternehmen tiefer als in der Schweiz. So zahlen

Unternehmen auf der britischen Kanalinsel Guernsey überhaupt keine Steuern. Gleiches gilt für arabische Staaten oder die Bahamas. In den Ostländern der EU oder auf dem Balkan werden nur zehn Prozent erhoben. Damit mobile Firmen trotzdem nicht abwandern, werden für diese die erwähnten Sonderregeln geschaffen. Die Steuerbehörden tolerieren Optimierungen, wie auch das Beispiel der Ammann-Gruppe zeigt, wo alles gesetzeskonform abgelaufen ist. Besonders ausgeprägt sind die Möglichkeiten zum Steuer-Ruling – also einer Abmachung zwischen dem Steueramt und dem Unternehmen – in den Kantonen mit einer hohen Steuerbelastung.

Für Reiner Eichenberger, Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik in Freiburg, führt dies zu einer Ungleichbehandlung: «Mobile und internationale Unternehmen können mit komplizierten Konstrukten

ihre Steuern legal optimieren, was von den Steuerämtern grosszügig toleriert wird, während die kleinen und nicht mobile Firmen dafür über Gebühr belastet werden.»

Eichenberger stellt aber klar, dass es nicht nur auf die Gewinnsteuern ankommt: «Für Unternehmen ist die Gesamtbelastung entscheidend. Dazu gehören auch die Einkommenssteuern für die Mitarbeiter und die Sozialleistungen.» Denn letztlich werden auch diese Steuern der Mitarbeiter von den Firmen bezahlt, beispielsweise, indem diese höhere Löhne fordern, wenn ihre Steuerlast steigt. Eichenberger prangert in mehreren Artikeln die hohe Belastung an und fordert tiefere Steuern.

## Steile Progression, hohe Spitzensätze

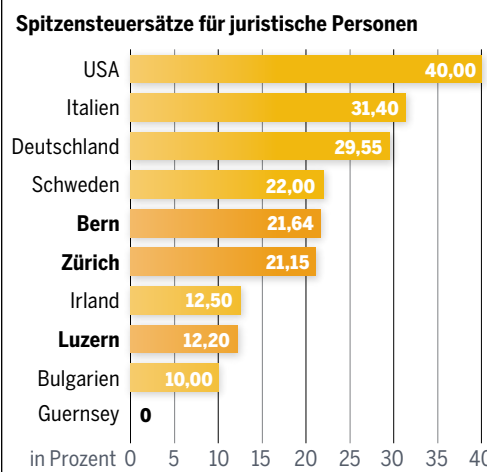
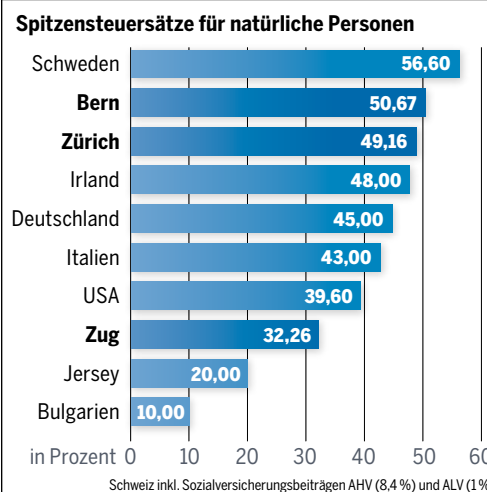
Aber auch bei den Steuern für natürliche Personen ist die Schweiz kein Steuerparadies. Die allgemeine Wahrnehmung unterscheidet sich deutlich von der tatsächlichen Realität, was auf drei Gründe zurückzuführen ist.

Erstens die Pauschalbesteuerung: Sie erlaubt es gutverdienenden und oft auch prominenten Personen, zu vertretbaren Konditionen in der Schweiz zu leben. Dabei gewähren wiederum diejenigen Kantone, die besonders hohe Steuern von ihren normalen und wenig mobilen Einwohnern erheben, die grössten Ausnahmen. So leben denn auch die meisten pauschalbesteuerten Ausländer in den Hochsteuernkantonen Waadt, Wallis und Tessin.

Zweitens werden in den Steuervergleichen die Sozialleistungen nicht eingerechnet. Dabei ist die AHV ab einem Bruttoeinkommen von rund 85 000 Franken nichts anderes als eine Steuer: Mit dem Lohn steigen nur noch die Beiträge, die ausbezahlte Rente ändert sich nicht. Gleiches gilt für die Arbeitslosenversicherung, wo Löhne nur bis zu einer Schwelle von 126 000 Franken versichert sind. Das darüber hinaus erhobene Solidaritätsprozent ist eine Steuer ohne Gegenleistung für den Besteuerten. Somit erhebt der Bund via Sozialversicherungen auf Löhnen über 85 000 Franken pro Jahr eine 8,4-prozentige Steuer. Für Löhne über 126 000 Franken sind es gar 9,4 Prozent, welche zu den Grenzsteuersätzen hinzugerechnet werden müssen.

Drittens variieren – wie auch bei der Gewinnsteuer – die maximalen Einkommenssteuersätze zwischen den verschiedenen Kantonen gewaltig. Während der höchste Tarif in Zug bei rund 23 Prozent liegt, müssen in Genf 45 Prozent des Einkommens als Bundes-, Kan-

Steuersätze im internationalen Vergleich



*Mär von der Steueroase.*

QUELLEN: KPMG'S SWISS TAX REPORT 2013





«Wer aufs Geld schaut, kann in der Innerschweiz wohnen und nach Zürich pendeln»: Luzern.

tons- und Gemeindesteuern abgeliefert werden. Wegen der starken Progression kommt man vielerorts schon mit einem Bruttoeinkommen über 200 000 Franken pro Jahr in die Nähe des Spitzensatzes – was gerade Doppelverdiener relativ bald erreichen. In 17 der 26 Kantonshauptorte liegt in dieser Einkommensklasse der Grenzsteuersatz – also wie viel Steuern für jeden zusätzlich verdienten Franken bezahlt werden müssen – bei fast 40 Prozent. Die Vermögenssteuern und die Sozialleistungen sind dabei noch nicht eingerechnet.

Zählt man diese hinzu, muss man je nach Wohnortgemeinde und Vermögen rund die Hälfte seines Einkommens über 200 000 Franken als Steuer direkt wieder an den Staat abgeben, ist also mit Grenzsteuersätzen von 50 Prozent und mehr konfrontiert.

Lediglich in einigen Kantonshauptorten in der Innerschweiz liegt der maximale Grenzsteuersatz (inklusive direkter Bundessteuer) zwischen 20 und 25 Prozent. Da es aber primär diese Kantone sind, die mit ihren Steuerregimen mediale Aufmerksamkeit erzeugen, geis-

tert das Bild der Steueroase weiterhin durch die Köpfe der Schweizer.

Die Schweizer Steueroase ist ein Märchen, denn die Mehrheit der Bevölkerung lebt in Kantonen, deren Spitzen- und Grenzsteuersätze ähnlich hoch sind wie diejenigen der europäischen Hochsteuerländer. Dies gilt insbesondere für Gut- und Spitzenverdiener. Ihre Einkommen werden wegen der Progression besonders stark belastet.

Die schweizerische Steuerprogression wirkt gleich mehrfach: So hat die Mehrheit der Kantone einen mit dem Einkommen ansteigenden Steuertarif, wobei die Tarife ab einem Bruttoverdienst von rund 60 000 überproportional ansteigen. Dazu kommt die direkte Bundessteuer. Sie wird erst ab einem Bruttolohn von

---

### Das einkommensstärkste Prozent der Steuerzahler alleine liefert fast 40 Prozent der Einnahmen ab.

---

rund 40 000 Franken fällig, wobei der Steuersatz bis zu einem Einkommen von 200 000 Franken stark ansteigt. So kommt es, dass die 10 Prozent der Menschen mit den höchsten Einkommen rund drei Viertel der gesamten direkten Bundessteuern bezahlen. Das einkommensstärkste Prozent der Steuerzahler alleine liefert fast 40 Prozent der Einnahmen ab.

### Im Ausland zahlen Vermögende weniger

Vergleicht man die Steuerlast in der Schweiz mit dem Ausland, wird die Mär der Steueroase für Gutverdienende offensichtlich: Die britischen Kanalinseln verlangen maximal 20 Prozent des Einkommens, Gleiches gilt für Singapur. Bulgarien will maximal zehn Prozent des Lohnes als Steuer haben, in arabischen Ölstaaten oder auf den Bahamas werden dagegen überhaupt keine Einkommenssteuern erhoben. Werden die Sozialleistungen an AHV und Arbeitslosenversicherung (ALV) eingerechnet, zahlen Gutverdienende in vielen Schweizer Gemeinden ähnlich hohe Steuern, wie sie in den klassischen Hochsteuerländern Europas wie Italien, Deutschland oder Griechenland bezahlen müssten. Je nach persönlicher Situation – beispielsweise wenn noch grosse Vermögenswerte vorhanden sind – kann die Steuerrechnung sogar höher ausfallen, da verschiedene Länder in der EU keine Vermögenssteuern kennen.

Dass der Wirtschaftsstandort Zürich aber trotz seiner hohen Steuern attraktiv ist, erklärt Reiner Eichenberger mit den Innerschweizer Kantonen: «Wer viel verdient und aufs Geld schaut, kann in der Innerschweiz wohnen und nach Zürich pendeln. Das ist ein Standortvorteil, den Basel oder Bern nicht haben.» Er erlaubt es internationalen Firmen, den Sitz in der Schweiz zu haben, ohne fiskalisch allzu stark belastet zu werden – zumal Steuern nur ein Faktor bei der Standortwahl sind. ○



Überbordende Vorschriften: Wirtschaftsminister Schneider-Ammann.

## Bürokratie statt Freihandel

Das Freihandelsabkommen soll den Handel mit China zum Blühen bringen. Bei KMUs hält sich die Freude jedoch in Grenzen. Geschäfte mit dem Reich der Mitte scheitern bisweilen an bürokratischen Hindernissen – und zwar an solchen in der Schweiz. *Von Alex Reichmuth*

Nach dem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative befürchteten viele Politiker und Wirtschaftsführer grossen Schaden für die Handelsbeziehungen der Schweiz zur EU. Da erscheint das Freihandelsabkommen, das Bundesrat Johann Schneider-Ammann letztes Jahr mit China abschliessen konnte, umso wertvoller. Als «überzeugter Verfechter offener Märkte» lobte sich der Wirtschaftsminister im letzten Mai. Auch die *Weltwoche* bezeichnete das China-Abkommen als «das grosse Plus in der Regierungsbilanz des Wirtschaftsministers» (*Weltwoche* Nr. 2/14).

Nicht alle Unternehmer sind wegen des Erfolgs des Bundesrats im Reich der Mitte aber in Champagnerlaune geraten. Der Handel mit China werde statt einfacher immer komplizierter, klagt Jürg Burkhard. Der Chef der Sintagro AG mit Sitz in Langenthal importiert direkt oder über Zwischenhändler Produkte aus China, insbesondere Pflanzenschutzmittel. Dabei behinderten ihn nicht etwa überhöhte Zölle, sagt Burkhard, sondern überbordende Vorschriften, weil sich die Schweiz laufend an

Bestimmungen der Europäischen Union anpasse. «Wir übernehmen jede noch so idiotische Vorgabe aus Brüssel», klagt Burkhard.

### Immer neue Dokumente verlangt

Die Folgen bekam Burkhard in krasser Weise im letzten September zu spüren. Damals musste er 3000 Liter des Pflanzenschutzmittels Chlorothalonil vernichten lassen, was ihn 3239 Franken kostete. Es sei einwandfreie Ware gewesen, sagt der Unternehmer, die er bereits bezahlt hatte und eigentlich an seine Kunden ausliefern wollte. Er hatte das Produkt über einen deutschen Händler importiert, der es seinerseits von Lieferanten in China bezogen hatte. Im Januar 2013 stoppte das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) aber die Auslieferung der 3000 Liter. Zwar besass Burkhard's Sintagro AG seit Jahren eine Bewilligung für den Vertrieb von Chlorothalonil. Das BLW vermutete aber, dass die aktuelle Charge eine etwas andere Zusammensetzung habe und von einem anderen Hersteller stamme, als es in der Bewilligung festgehalten war. Die Be-

amten sprachen von einer möglichen «Gefährdung für Mensch, Tier oder Umwelt».

Jürg Burkhard wurde aufgefordert, umfangreiche Dokumente nachzureichen. Das BLW verlangte unter anderem «Daten zur Identität der Pflanzenschutzmittelformulierung gemäss der Ziffer 1 des Teils A des Anhangs der EU-Verordnung 545/2011», eine «Deklaration des Syntheseweges und Angaben zur Qualität der Edukte zur Synthese» und eine «vollständige, die aktuelle Produktion abbildende 5-Batch-Analyse des Wirkstoffes mit darauf basierender Wirkstoffspezifikation». Burkhard forderte die verlangten Daten bei den chinesischen Herstellern an und lieferte dem BLW so viel, wie er konnte. Er wies das Amt gleichzeitig darauf hin, dass dieses das Produkt vom gleichen Hersteller für den Parallelimport aus der EU in die Schweiz freigegeben habe.

Es half nichts. Ende März 2013 bestand das BLW auf weiteren Dokumenten. Was angeblich noch fehlte, kam Burkhard zunehmend chinesisch vor. Unter anderem, so las er, würden bezüglich der Zusammensetzung des Pflanzen-



schutzmittels «Dichte der Formulierung, Gehaltsangaben in g/L und w/wt%, Reinheit des Wirkstoffes, Handelsnamen der eingesetzten Hilfsstoffe sowie die Sicherheitsdatenblätter (MSDS) aller Hilfsstoffe» fehlen. Ein Vergleich mit der «registrierten Zusammensetzung» habe gezeigt, schrieb das Amt weiter, dass «für Dispergiermittel, Verdickungsmittel und Schaumhemmer» viel tiefere Konzentrationen verwendet worden seien. Nebst anderem sollte Burkhard zudem «mindestens ein komplettes phys.-chem. Datenpaket inkl. einer Zwei-Jahres-Lagerstabilitätsstudie» einreichen.

#### «Sicherheit hat ihren Preis»

Burkhard setzte sich nochmals mit China in Verbindung. Er bekam aber nicht alle benötigten Daten. Der Rest der Geschichte ist kurz: Das BLW verbot Burkhard den Verkauf der 3000 Liter Pflanzenschutzmittel definitiv. Diesem blieb nur noch deren Vernichtung.

Es ist nicht die erste schlechte Erfahrung, die Burkhard mit den Behörden macht. Vor kurzem erfuhr der Kleinunternehmer, dass er für den Handel mit Bioziden, also Produkten gegen Ungeziefer, in den nächsten Jahren die für ihn existenzbedrohende Summe von 330 000 Franken bezahlen solle – und das nur, um die entsprechenden Zulassungen zu behalten (*Weltwoche* Nr. 4/14). Burkhard findet es zwar richtig, bei der Anwendung von Bioziden und Pflanzenschutzmitteln auf Risiken für die Umwelt zu achten. Es sei aber absurd, dass teilweise die gleichen Produkte mit den gleichen Wirkstoffen über andere Kanäle wie den Parallelimport in die Schweiz gelangten und hier mit sehr geringem administrativem Aufwand verkauft werden dürften. Die Bundesbehörden würden mit zwei Ellen messen.

Beim BLW weist man die Vorwürfe zurück. Die Vorgaben für Pflanzenschutzmittel seien für alle Importeure und Verkäufer gleich, schreibt das Amt. Die Anforderungen für die Zulassung könnten nicht «aufgrund rein wirtschaftlicher Argumente» nach unten angepasst werden, denn «Sicherheit hat ihren Preis». Dass diese angebliche Sicherheit zuneh-

mend KMU-Betriebe gefährdet, nimmt man beim Bund offenbar in Kauf. 2009, als die Pflanzenschutzmittel-Verordnung revidiert und derjenigen der EU angepasst wurde, schrieb das BLW offen von «schwerwiegenden Folgen» der Revision für kleine Unternehmen.

Auch beim Schweizerischen Gewerbeverband (SGV) befürchtet man, dass behördliche Auflagen den Handel von Kleinunternehmen mit China trotz Freihandelsabkommen behindern. «Vor allem bei Gütern wie Lebensmitteln oder Chemikalien drohen Spezialgesetze den Aussenhandel zu hemmen», sagt Henrike Schneider, Ressortleiter Wirtschaftspolitik beim SGV. Er sieht das Problem im Gegensatz zu Unternehmer Burkhard aber weniger bei der Übernahme von EU-Richtlinien als vielmehr darin, dass die Schweiz die Bestimmungen im Vergleich zur EU noch zusätzlich verschärfe.

#### «Die Zusammenarbeit mit Afrika, dem Mittleren Osten oder Russland ist viel einfacher.»

Bei der Sintagro AG befasst sich mittlerweile einer von sechs Angestellten fast ausschliesslich damit, bürokratische Auflagen abzuarbeiten, die von den Behörden gestellt werden. Trotzdem würden die bürokratischen Probleme immer nur noch grösser, stellt Firmenchef Jürg Burkhard fest. Chinesische Hersteller seien zum Teil nicht mehr in der Lage, derart umfangreiche Produktdokumentationen zu liefern, wie die Schweiz sie für den Produkte-Import verlange. Die Sintagro AG gerate darum zunehmend in Existenznöte. Bereits letztes Jahr sei der Firma ein Sechstel des Handelsvolumens mit China verwehrt gewesen, sagt Burkhard – wegen unerfüllbarer behördlicher Auflagen. Absehbar sei, dass die Firma weitere Zulassungen für Pflanzenschutzmittel verliere und ihr China-Handel darum um weitere vierzig Prozent einbreche. Andere Schweizer Kleinunternehmen hätten den Handel mit Pflanzenschutzmitteln bereits aufgegeben, weiss Burkhard, oder seien von grösseren Konkurrenten übernommen worden.

Burkhard zeigt das Schreiben eines potenziellen chinesischen Lieferanten an ihn. Alle angeforderten Daten und Dokumente zu liefern, «wäre unglaublich teuer und auch unverhältnismässig im Vergleich zum Wert von Agrochemikalien», begründete der Chinese seine Absage für eine Lieferung. «Die Zusammenarbeit mit anderen grossen Märkten wie Afrika, dem Mittleren Osten oder Russland ist viel einfacher, weil die Zulassungen dort nicht so teuer wie in Europa sind», steht im Schreiben.

Burkhard hat aber herausgefunden, dass dieser chinesische Hersteller dennoch an Abnehmer in Italien liefert. Offenbar wird das EU-Recht für Pflanzenschutzmittel dort weit weniger buchstabengetreu durchgesetzt als in der Schweiz.



Zwei Ellen: Kleinunternehmer Burkhard.

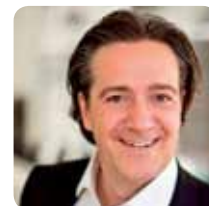
## SwissMediaForum 8./9. Mai 2014 im KKL Luzern

### Das Treffen für Medien, Kommunikation, Unternehmen und Politik

#### Auftritte unter anderem von



**Doris Leuthard**  
Bundesrätin



**Wolfgang Büchner**  
Chefredaktor  
«Der Spiegel»



**Clarissa Haller**  
Kommunikations-  
chefin ABB



**Marc Walder**  
CEO Ringier



**Jim Impoco**  
Chefredaktor  
«Newsweek»



**Christoph Tonini**  
CEO Tamedia



**Moderation:**  
**Susanne Wille**  
SRF

Referenten, Programm und Anmeldung:

[www.swissmediaforum.ch](http://www.swissmediaforum.ch)  
[info@swissmediaforum.ch](mailto:info@swissmediaforum.ch)

# «Es geht um die Ehre der Schweiz»

Serge Klarsfeld hat den Holocaust knapp überlebt und brachte mehrere Naziverbrecher ins Gefängnis. Die Schweiz werde zu unrecht für ihre Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg verurteilt, die Zahlen im Bergier-Bericht seien völlig falsch, sagt er. *Von Rico Bandle und Palden MacGamwell (Bild)*

Der Hund bellt, Serge Klarsfeld öffnet die Tür seines Büros im 8. Arrondissement, einer gehobeneren Gegend im Zentrum von Paris. Der kleine Mann mit grauem Kraushaar begrüsst den Gast aus der Schweiz freundlich, führt ihn an Aktenbergen vorbei zu seinem Schreibtisch. Serge Klarsfeld, 78, ausgezeichnet mit den höchsten Ehren Frankreichs und persönlich bekannt mit allen Staatspräsidenten seit Jacques Chirac («Mit den vorangehenden lag ich noch im Streit»), gehört zu den wichtigsten moralischen Instanzen seines Landes. Er hat mit seiner Frau Beate Klarsfeld die Geschichten aller 76 000 aus Frankreich deportierten Juden rekonstruiert und Naziverbrecher wie Kurt Lischka oder Klaus Barbie («Der Schlächter von Lyon») in spektakulären Aktionen aufgespürt und vor Gericht gebracht.

Dass ausgerechnet dieser Serge Klarsfeld zu den schärfsten Kritikern des Bergier-Berichts gehört, ist für die Historiker, die der Schweiz hartnäckig eine Mitschuld am Holocaust geben, besonders schmerzhaft. Klarsfeld lässt kein gutes Haar an dieser «Selbstaufarbeitung der Geschichte»: Wer der Schweiz wegen ihrer Politik eine Schuld zuschieben wolle, der lenke von den wahren Tätern ab. Die Bergier-Kommission habe die Zahl der an der Grenze zurückgewiesenen Juden zudem um ein Vielfaches übertrieben. Seine Haltung ist radikal: Der Schweiz sei angesichts der Umstände nichts vorzuwerfen.

Serge Klarsfeld hat den Holocaust überlebt, indem er sich als Kind während einer Razzia im Wandschrank versteckte, sein Vater wurde in Auschwitz vergast. Seit Jahrzehnten beschäftigt er sich mit den Verbrechen der Nazis, kaum jemand kennt sich in der Materie so gut aus wie er. Lässt man sich von ihm die Fakten präsentieren, kann man nur zu einem Schluss kommen: Der Bergier-Bericht über die Flüchtlingspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg muss neu geschrieben werden.

**Herr Klarsfeld, Sie haben wichtige Naziverbrecher vor Gericht gebracht, Ihre Verdienste für die Aufarbeitung der Gräueltaten des Dritten Reichs sind enorm. Wie kommen Sie dazu, sich mit dem vergleichsweise unbedeutenden Thema der Schweizer Flüchtlingspolitik zu beschäftigen?**

Meine Frau und ich haben sämtliche Deportationen von Juden aus Frankreich minutiös dokumentiert. Zehn Jahre hat diese Arbeit in Anspruch genommen. Wir ken-

nen alle Geschichten, wer wann und wo in ein Konzentrationslager deportiert wurde. Dank diesen Daten war es uns erst möglich, die Prozesse gegen die Naziverbrecher Kurt Lischka und Herbert Hagen in Gang zu bringen. Und wir konnten das Standardwerk über die «Endlösung» in Frankreich, «Vichy–Auschwitz», publizieren. Wir wissen von jedem der 76 000 Deportierten, wo er gefangen genommen wurde. Als ich hörte, dass die Bergier-Kommission von über 20 000 Flüchtlingen sprach, die die Schweiz zurückgewiesen haben soll, war mir sofort klar: Das kann unmöglich stimmen, das widerspricht gänzlich unseren Daten.

**Sie haben den Grenzbereich zu Frankreich untersucht, Ihre Zahlen werden durch die Forschung der Historikerin Ruth Fivaz-Silbermann weitgehend bestätigt. Wie sieht es bei den anderen Grenzabschnitten aus?**

Zu den Rückweisungen an der Grenze zu Italien gibt es mittlerweile ebenfalls ziemlich genaue Zahlen. Man weiss, dass etwa 300 Juden von der Schweiz nach Italien zurückgewiesen wurden, 179 von ihnen wurden depor-

**«Ein Land, in dem die Nazis kaum Stimmen machten – so sollte man die Schweiz sehen. Täter waren andere.»**

tiert. An der Grenze zu Frankreich wurden rund 2000 Juden zurückgewiesen. Woher sollten alle anderen kommen? Aus Deutschland? Unmöglich. Während des Kriegs konnten die Juden kaum mehr reisen; die sind alle weit vor der Grenze geschnappt worden. Wir kennen die Zahl der Zurückgewiesenen aus Deutschland und Österreich zwar nicht, aber sie dürfte nur sehr klein sein. Vor dem Krieg, als der Flüchtlingshelfer Paul Grüninger agierte, war dies noch anders. Während des Kriegs kamen die Flüchtlinge vor allem aus Frankreich. Da wissen wir: Zwischen 80 und 90 Prozent von ihnen wurden aufgenommen. Man kann also davon ausgehen, dass die Schweiz insgesamt rund 3000 Juden zurückgewiesen hat, von diesen wurden weniger als 1000 deportiert, die anderen haben überlebt. Weder stimmt die Zahl von über 20 000 Zurückgewiesenen aus dem Bergier-Bericht noch, dass diese «in den sicheren Tod» geschickt worden sind, wie dies oft gesagt wird. **Sie sind einer der grössten Kenner der Materie. Hat die Bergier-Kommission Sie befragt?**

Ja. Aber sie hat mir nur eine Frage gestellt: Ob ich etwas über Deportationszüge durch die Schweiz wisse. Eine völlig irre Frage! Es gab und gibt keine Anzeichen dafür, dass ein Zug von Frankreich nach Auschwitz durch die Schweiz fuhr. Ich hätte den Bergier-Leuten genau sagen können, wie viele Juden nahe der Schweizer Grenze gefangen genommen wurden. Aber das interessierte sie gar nicht.

**Wir sprechen hier über furchtbare Schicksale. Viele Leute halten es für zynisch, über Zahlen zu diskutieren. Es sei gar nicht entscheidend, wie viele Menschen zurückgewiesen wurden.**

Es ist sehr wohl entscheidend, ob 3000 oder 24 000 Leute zurückgewiesen worden. Das sind 21 000 Menschenleben! Sogar noch mehr, wenn man bedenkt, dass längst nicht alle Zurückgewiesenen umgebracht worden sind. Geht es um den Holocaust, lautet die relevante Frage: Wer hat die Menschen umgebracht? Die Gold-, Geld- oder Kunstdiskussionen sind nur Nebenschauplätze. Die Bergier-Kommission hätte sich in erster Linie darum kümmern sollen, wie viele Menschen die Schweiz aufgenommen und gerettet hat und wie viele mit Todesfolge zurückgewiesen wurden. Darum geht es doch! Aber diesbezüglich hat die Kommission gar nicht geforscht, sondern einfach alte Zahlen genommen. Eigentlich hätte der Bund längst eine neue Kommission einsetzen sollen, die das alles ins rechte Licht rückt. Es geht ja auch um die Ehre der Schweiz. Ich erinnere mich gut an die Kriegsjahre: Die Schweiz war unser Sehnsuchtsland, eine Insel der Freiheit, umzingelt von faschistischen Ländern. Ein Land, wo die Nazis bei Wahlen nur wenige Stimmen machten. Gerne wären wir in die Schweiz gekommen, leider ging das nicht. So sollte man das Land sehen, Täter waren andere.

**Was lief schief bei der Bergier-Kommission?**

Schon lange bestand die Tendenz, anstatt die wahren Täter zu belangen, die Schweiz, den Papst, das Rote Kreuz oder die US Air Force für schuldig zu erklären. Die Bergier-Kommission arbeitete ganz in diesem Sinne. Ein Fehler war auch, dass mit Saul Friedländer ein Mann der Kommission angehörte, dessen Eltern tatsächlich aufgrund einer Rückweisung deportiert worden waren. Er hegt starke Ressentiments gegen die Schweiz. Ein Interview mit ihm, in dem er die Schweiz mit völlig falschen Zahlen angriff, war für mich auch der Auslöser, die Dinge richtigzustellen. Na-





«Eine Insel der Freiheit, umzingelt von faschistischen Ländern»: Nazi-Jäger Klarsfeld.

türlich gab es auch furchtbare Rückweisungen, das streite ich nicht ab. So ist uns ein Fall einer jungen Frau bekannt, die sich weigerte, mit einem Beamten ins Bett zu gehen und deshalb über die Grenze geschickt wurde. Das rechtfertigt aber nicht, völlig falsche Zahlen zu nennen.

**Als grosser Sündenfall wird der Schweiz zur Last gelegt, im Sommer 1942 die Grenzen für alle «Flüchtlinge nur aus Rassegründen» gesperrt zu haben. Erachten Sie diese Massnahme nicht als unmenschlich und rassistisch?**

Diese Entscheidung wurde getroffen, weil die Schweiz wegen der Entwicklung in Vichy-Frankreich plötzlich mit einer grösseren Anzahl Flüchtlingen konfrontiert war. Nur: Wie die Aufnahmezahlen zeigen, wurde diese Grenzsperrung zwar befohlen, aber nicht umgesetzt. Unmittelbar nach dem Entscheid gelangten so viele Flüchtlinge in die Schweiz wie nie zuvor, die Rückweisungsquote erhöhte sich nicht.

**Historiker wie Georg Kreis oder Jakob Tanner finden mittlerweile, die Rückweisungsquoten spielten nicht eine so grosse Rolle, die Forschung solle sich nun darauf konzentrieren, wie viele Flüchtlinge aufgrund der «Abschreckungspolitik» gar nicht erst versucht hätten, in die Schweiz zu kommen. Für das Schicksal dieser Leute sei die Schweiz auch verantwortlich.**

Was für ein Unsinn! Wie hätten die denn kommen sollen? Mit dem Zug? Zu Fuss? Die Juden hatten während des Kriegs keine Bewegungsfreiheit. Wir haben zahlreiche Fälle von Juden aus den Niederlanden und Belgien dokumentiert, die versucht haben, via Frankreich in die Schweiz zu gelangen. Die sind weit vor der Grenze alle gefasst worden. Hätten noch mehr Juden versucht, in die Schweiz zu kommen, hätte die deutsche Armee interveniert. Es ist schlicht absurd, der Schweiz hier eine zusätzliche Schuld zuschieben zu wollen. Geschichte ist viel komplexer. Als wir 1970 mit unseren Forschungsarbeiten begannen, ging man davon aus, dass mehr als 100 000 Juden aus Frankreich deportiert worden sind. Ich kam auf die Zahl von 76 000 – und musste mich dafür fast entschuldigen. Das ist doch verrückt. Zum Glück waren es nicht 100 000! Auch die Schweiz sollte zufrieden sein, dass die Rückweisungen viel geringer waren als angenommen, anstatt immer neue Gebiete zu suchen, wo das Land auch noch schuldig sein könnte. Wer bedauert, dass es nicht mehr Opfer gab, ist ein Verbündeter der Täter!

Serge Klarsfeld ist sich seiner Sache sicher. Er spricht mit grossem Engagement, hat alle Zahlen und Fakten im Kopf, braucht nie nachzuschauen. Letztes Jahr führte das Schweize-



*Lebenslanger Kampf für Gerechtigkeit: Beate und Serge Klarsfeld.*

rische Bundesarchiv aufgrund eines Berichts in der *Schweiz am Sonntag* über ihn eine Tagung durch, mit dabei waren auch einige Autoren des Bergier-Berichts. Sie redeten sich damit heraus, dass Klarsfeld nur die jüdischen Flüchtlinge zähle, der Bergier-Bericht hätte aber alle Flüchtlinge mit einbezogen. Dabei steht im Bergier-Schlussbericht ausdrücklich, dass es sich bei den bis im Frühling 1944 weggewiesenen Flüchtlingen «zu einem grossen Teil um Juden handelte», dies sei «sicher». Auch die Schlussfolgerung der Bergier-Kommission, die Schweizer Behörden hätten mit ihrer Politik «dazu beigetragen, dass die Nationalsozialisten ihre Ziele erreichen konnten», ist unmissverständlich auf die Rückweisung von Juden bezogen.

Fällt Klarsfelds Name, reagieren viele Schweizer Historiker gereizt. Er wird als «unseriös» oder als «Wichtigtuier» abgetan, was er sage, sei «unbewiesen». Klarsfeld ist sich solche Reaktionen gewohnt, in seinem lebenslangen Kampf um Gerechtigkeit ist er immer wieder auf Widerstand gestossen. Er ist überzeugt, dass sich die Wahrheit langfristig durchsetzt.

Hinter seinem ledernen Bürossessel sind drei Bilder aufgehängt: ein Plan des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau, wo sein Vater umgebracht wurde, sowie zwei eingerahmte Zeitungstitelblätter, die seine Frau Beate Klarsfeld betreffen. Eines von 1968 mit der Schlagzeile: «Sie ohrfeigte den Bundeskanzler!» und eines von 2012, als Beate Klarsfeld als deutsche Bundespräsidentin kandidierte. Die drei Bilder stehen für drei wichtige Stationen im Leben des Ehepaars Klarsfeld.

**Können Sie sich erinnern, wie es war, als Sie sich in Nizza mit acht Jahren vor den Nazis im Kleiderschrank verstecken mussten?**

Ja sicher. Solange die Italiener das Gebiet besetzt hielten, ging es uns noch gut. Im September 1943 kamen die Deutschen, das änderte alles. Mein Vater baute eine doppelte Wand in den Einbauschränk unserer Wohnung. Er liess uns Kinder ein paarmal üben, möglichst rasch und ruhig in das Versteck zu kriechen. Drei Wochen später wurde unser Haus mitten in der Nacht von den Deutschen umstellt. Wir krochen ins Versteck. Die Deutschen durchsuchten die Nachbarwohnung, die Wand hinter dem Schränk grenzte an ihre, wir hörten die verzweifelten Schreie. Dann klopfte es bei uns, der Vater öffnete, gab an, seine Frau und die zwei Kinder seien auf dem Land. Die Deutschen durchsuchten das Haus, auch unseren Schränk – noch heute habe ich das Geräusch im Ohr, als sie die aufgehängten Kleider auf die Seite schoben. Zum Glück bemerkten sie die falsche Wand nicht. Meinen Vater allerdings nahmen sie mit – ich sah ihn nie wieder. Er wurde in Auschwitz vergast.

**Danach mussten Sie verschwinden?**

Wir zogen von einem Hotel zum nächsten, wochenlang, bis meine Mutter fand, sie halte das nicht mehr aus. Also gingen wir zurück in die Wohnung. Die Mutter sagte: «Wenn die Deutschen kommen, geht ihr wieder in den Schränk, ich öffne die Haustür.» Sie kamen nicht mehr. Im Februar 1944 konnten wir Nizza verlassen und zogen in die Haute-Loire. Dort gab es keine Gestapo, nur einen deutschen Statthalter, der zwar Mitglied der NSDAP war, aber die Juden leben liess. Ich habe später einmal etwas über ihn geschrieben, er hat uns eine vergleichsweise ruhige Zeit ermöglicht.

**Wann entschieden Sie sich, gegen die Nazi-verbrecher vorzugehen?**



Entscheidend war die Wahl Kurt Georg Kiesingers zum deutschen Bundeskanzler 1966. Beate, die sowohl einen deutschen wie einen französischen Pass hatte, kämpfte gegen Kiesinger, schliesslich war er ein bedeutender Nazi-Propagandist gewesen. Wegen einiger kritischer Artikel verlor sie ihren Job bei einer französisch-deutschen Jugendorganisation in Paris. Für uns war klar: Jetzt müssen wir zu unkonventionellen Mitteln greifen, für einen Skandal sorgen. So kam es zur berühmten Ohrfeige am CDU-Parteitag 1968. Wir hatten die Vorwürfe gegen Kiesinger ganz genau dokumentiert. Dies war uns immer wichtig: ohne akribische Beweisführung keine Anklage. An der Ohrfeige zeigt sich, was wir in den Jahren erreicht haben: Beate wurde in erster Instanz zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, 44 Jahre später war sie Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin. Was wir machen, gilt nicht mehr als kriminell, sondern ist breit anerkannt.

#### Politisch hatte die Aktion Folgen.

Kiesinger unterlag in der nächsten Wahl knapp Willy Brandt. Mit Brandt konnte ein neues Kapitel beginnen, in der die Vergangenheit nicht mehr verdrängt wurde. Brandt und dann auch Helmut Schmidt haben Deutschland völlig verändert. Wir waren mit unseren Aktionen gegen die Nazi-verbrecher mittendrin. Für uns war klar: Mit persönlichem Einsatz kann man viel erreichen. Mit unseren Publikationen haben wir auch das Bild Vichy-Frankreichs nachhaltig verändert: Heute bestreitet niemand mehr, dass es sich um ein Konstrukt von Nazikollaborateuren handelte.

#### Sie haben einige wichtige Naziverbrecher vor Gericht gebracht, haben gar mit Entführungsaktionen für Furore gesorgt. Welches war Ihr wichtigster Coup?

Dass wir SS-Obersturmbannführer Kurt Lischka, der von 1940 bis 1943 als Gestapo-Chef in Paris für die Deportation Zehntausender französischer Juden nach Auschwitz gesorgt hatte, vor Gericht bringen konnten. In Frankreich war er verurteilt worden, in Deutschland lief er frei herum. Erst versuchten wir, ihn zu entführen, er wehrte sich aber vehement. Wir waren schlecht organisiert, konnten ihn nicht in das viel zu kleine Mietauto zerren. Diese medienwirksame Aktion war nötig, um der Politik zu zeigen: Es ist möglich, Naziverbrecher festzunehmen. Die Entführung scheiterte, der Kampf hat sich trotzdem gelohnt. Dank einer Gesetzesänderung wurde Lischka vor Gericht gebracht. Dass wir Klaus Barbie in Bolivien aufspürten und dessen Auslieferung nach Frankreich erwirkten, war für die Medien spektakulärer, der Fall wurde ja auch verfilmt mit Franka Potente als meiner Frau. Lischka ist mir aber wichtiger.

#### Und Ihre grösste Niederlage? Dass Sie den SS-Hauptsturmführer Alois Brunner, der die Deportation Ihres Vaters angeordnet hatte, nicht fassen konnten?

Beate war zweimal in Syrien, dort hatte er sich versteckt. Beide Male wurde sie verhaftet und ausgewiesen. Wir hatten keine Chance, er stand unter dem Schutz der Familie Assad.

#### Hätten Sie ihn getötet, wenn Sie die Möglichkeit dazu gehabt hätten?

Ja, das war aber schlicht unmöglich. Gewalt haben wir sonst nur symbolisch angewandt, mit der Ohrfeige oder der versuchten Entführung. 1973 habe ich auf offener Strasse in Köln mit einer ungeladenen Waffe auf Lischka gezielt. Ich wollte, dass ihm bewusst ist: wenn wir wollten, könnten wir ihn jederzeit töten. Damit versuchten wir auch Druck auf die Behörden auszuüben. Unsere Botschaft war: Falls nicht rasch etwas passiert gegen diesen Verbrecher, könnte die Angelegenheit in einer Tragödie enden.

---

#### «Wer bedauert, dass es nicht mehr Opfer gab, ist ein Verbündeter der Täter.»

---

Serge Klarsfeld lernte Beate, ein deutsches Aupair, 1960 auf dem Bahnsteig der Pariser Metro-Station Porte de Saint-Cloud kennen. Ein französischer Jude und eine deutsche Protestantin war damals eine unkonventionelle Kombination. Mittlerweile sind die beiden seit über fünfzig Jahren verheiratet, fast ebenso lang kämpfen sie gemeinsam für Gerechtigkeit und gegen das Vergessen. Die beiden lachen viel, trotz ihrer zum Teil deprimierenden Arbeit. «Nur wenn man glücklich ist, kann man sich so für eine Sache einsetzen, wie wir das tun», sagt Klarsfeld.

Die Jagd nach Naziverbrechern ist nur ein Teil ihrer Tätigkeit, ihre akribische Forschungsarbeit ist weniger aufsehenerregend, aber mindestens so wichtig. So haben die Klarsfelds einen über 1000-seitigen Band mit 4500 Bildern deportierter Kinder aus Frank-



Mit einer Fahrt im Ehesimulator erobert man nicht die Herzen der Mädchen, Sigmund.

reich veröffentlicht. Ziel ist, allen 11 000 verschleppten Kindern ein Gesicht zu geben, der zweite Band ist in Arbeit.

#### Sie erhalten für Ihre Verdienste viele Ehrungen, man trachtete Ihnen aber auch schon nach dem Leben: Zwei Bombenanschläge wurden auf Sie verübt.

Einmal explodierte unser Auto, auch alle Autos rundherum wurden durch die Wucht der Bombe zerstört. Wir überlebten nur, weil der Zeitzünder nicht richtig funktionierte – er war auf jene Zeit eingestellt, zu der wir normalerweise unsere Tochter in die Schule führen. Ein anderes Mal erhielten wir ein Paket mit Sprengstoff. Ich war misstrauisch und öffnete es nicht. Wer die Urheber dieser Anschläge waren, hat man nie herausgefunden.

#### Werden Sie immer noch bedroht?

Nicht mehr wie in den 1970er Jahren. Aber wir erhalten immer noch viele Schmähbriefe, auch Todesdrohungen, jetzt gerade wieder wegen unseres Einsatzes gegen den antisemitischen Komiker Dieudonné.

#### Beate war Kandidatin der Partei Die Linke für das Amt der deutschen Bundespräsidentin, sie arbeitete bei der Verfolgung der Nazis auch mit der DDR zusammen. Die Familie steht aber auch dem konservativen Ex-Präsidenten Nicolas Sarkozy nahe. Wie geht das zusammen?

Beate hat für Sarkozy gestimmt, obwohl sie in Deutschland für Die Linke kandidierte. Wir wehren uns gegen jegliche Extreme, ob von links oder rechts. Die Linke ist in Deutschland die einzige Partei, die aktiv das Gedenken an den Holocaust hochhält. Man hat sie gefragt, ob sie kandidiere, also hat sie zugesagt. Diese Kandidatur war für sie eine grosse Ehre. Der siegreiche Kandidat Joachim Gauck repräsentierte den Kampf für die Menschenrechte im kommunistischen Osten, meine Frau den Kampf gegen die geduldeten Naziverbrecher im Westen.

#### Wie sehen Sie die Zukunft? Durch die Zuwanderung aus dem arabischen Raum ist das Judentum in Frankreich wieder zunehmend gefährdet.

Immer in Wirtschaftskrisen verschlechtert sich die Situation der Juden. Dann gewinnen die Extremparteien an Stimmen, man macht die Juden für die eigene Misere verantwortlich. Was in zwanzig oder dreissig Jahren sein wird, weiss niemand. 1918 haben die polnischen Juden die deutsche Armee mit offenen Armen empfangen, die sie vor den antisemitischen Russen befreit haben. Wenige Jahrzehnte später wurden sie von den Deutschen vergast. Man weiss nie, was kommen wird. Aber man muss kämpfen. Zumal die Juden unter Druck sind, einerseits von den muslimischen Einwanderern, andererseits auch von den hiesigen Intellektuellen, die fast alle gegen Israel sind. ○



Verkörpert den Aufstieg des Schweizer Eishockeys aus den Niederungen der Zweitklassigkeit: Mark Streit.

## Der wahre Captain

Mark Streit ist der beste Schweizer Eishockeyspieler aller Zeiten. Trotzdem steht er beim olympischen Turnier in Sotschi nicht an der Spitze der Nationalmannschaft. Ein Fehlentscheid.

Von Klaus Zaugg

Es gibt eine schöne Geschichte aus der Berner Wirtschaft. Sie ist verbürgt und so lange her, dass wir sie hier und heute erzählen dürfen. Diese Geschichte hilft uns, zu verstehen, warum Mark Streit der beste Schweizer Eishockeyspieler aller Zeiten geworden ist.

Eine international tätige Berner Firma – sie existiert heute nicht mehr – hatte Millionenaufträge im benachbarten Ausland, und auf ihren Druckmaschinen wurde sogar die Wahrheit gedruckt: die *Prawda*. Ohne Schmiergeld lief in gewissen Ländern nichts. Solche Zahlungen konnten zu dieser Zeit noch als Geschäftsaufwand ganz legal verbucht werden. Ein Abgesandter dieser Firma überbringt weisungsgemäss einem hochrangigen ausländischen Firmenvertreter das Schmiergeld im Aktenköfferchen. Der honorige Herr, mit solchen Praktiken vertraut, bezahlt dem Überbringer aus Bern gleich ein Drittel bar zurück. Der aber

behält das Kick-back nicht für sich, wie das sonst in der Branche Brauch ist, sondern händigt es daheim seinem Arbeitgeber bis auf den letzten Rappen aus. Der Name des ehrlichen Mannes: Hansjürg Streit, der Vater von Mark Streit.

Das sind die Werte, die Mark Streit von Haus aus kennt: Geradlinigkeit, Ehrlichkeit, keine Trickereien. So hält er es auch als Eishockeyspieler, und deshalb wird er nicht nur ein durchschnittlicher Spieler – sondern der beste und Dollarmillionär.

### Zu wenig Talent für Bill Gilligan

Mark Streit wächst im Berner Schosshaldequartier auf und spielt Strassenhockey, bis sich die Nachbarn beschweren und schon mal die Polizei rufen. Im Winter wird auf dem gefrorenen Egelsee gespielt. Er wird Junior beim SC Bern, wo der legendäre amerikanische Erfolgs-

trainer Bill Gilligan (Meister 1989, 1991 und 1992) zum Sportchef befördert worden ist. Gilligan nimmt seinen Job sehr ernst und verpasst kein Heimspiel der Elite-Junioren, um zu sehen, wer für die erste Mannschaft taugt. Mark Streit schätzt er als zu schlecht ein: zu wenig kräftig, zu wenig talentiert. Bereits jetzt hätte Streits Karriere zu Ende sein können. Doch er wechselt auf Anraten seiner Eltern zu den Junioren des Erzrivalen Gottéron. Hansjürg und Silvia Streit chauffieren ihren Buben nun zum Training nach Fribourg. Hansjürg erinnert sich: «Einmal kam am Abend ein Anruf vom Trainer – ob Mark am nächsten Morgen im Trainingslager in Leukerbad sein und mit der ersten Mannschaft spielen könne. Ich habe ihn natürlich hingefahren.»

Mark Streit debütiert mit Gottéron in der NLA. Von dort holt ihn Arno Del Curto nach



Davos. Er hat es geschafft. Er ist in der höchsten Liga angekommen. Für alle Spieler seiner Generation wäre das die Karrierekrönung. Nun noch ein oder zwei Meistertitel gewinnen, schlaues Pokern bei den Vertragsverlängerungen – eine typische helvetische Hockeykarriere eben.

Aber Mark Streit will mehr. Er will in die nordamerikanische National Hockey League (NHL). Die wichtigste und einzige Liga, die wirklich zählt. Drei Milliarden Dollar Umsatz und ein Durchschnittssalär von mehr als einer Million. Noch kein Schweizer Feldspieler hat es bis Ende der 1990er Jahre ins gelobte Land geschafft – zu hart ist das Leben dort, mit achtzig Qualifikationsspielen und Reisen kreuz und quer über den Kontinent.

Mark Streits erster Anlauf scheitert Ende des letzten Jahrhunderts in der Saison 1999/2000 kläglich. Er kann sich in den zweitklassigen Farmteam-Ligen nicht durchsetzen und sich nicht für die NHL empfehlen. Er wird sogar in die drittklassige East Coast Hockey League abgeschoben. Wenn er jetzt aufgegeben hätte und vorzeitig nach Hause zurückgekehrt wäre, hätte er es nie mehr in die NHL geschafft: Europäer, die vorzeitig abreisen, gelten als *homies* und kommen für NHL-Verträge nicht mehr in Frage.

Streit beisst sich durch und kehrt erst nach Saisonschluss in die Schweiz zurück, zu den ZSC Lions. Er ist um eine grosse Erfahrung reicher. Er weiss, dass er kräftiger werden muss, und ist einer der ersten Schweizer Spieler, die im Sommer einen Privattrainer engagieren. Im Herbst 2005 bekommt er seine zweite Chance – von den Montréal Canadiens.

Streit beginnt als Lückenbüsser. Fast ein Drittel aller Spiele sieht er von der Tribüne aus, und wenn er spielen darf, dann oft als Stürmer und nicht auf seiner angestammten Position als Verteidiger. Aber er reklamiert nie, macht seine Arbeit, und in seiner zweiten Saison wird er Stammspieler. Im Sommer 2008 werden die New York Islanders sein neuer Arbeitgeber. Sie machen ihn zum Dollarmillionär (Jahressalär 4,10 Millionen) und ernennen ihn gar zum Captain.

Dieses Amt ist in der stockkonservativen und streng hierarchisch aufgebauten NHL mit sehr viel Prestige verbunden. Streit ist der erste Schweizer, dem diese Ehre zufällt. Der Bub aus dem Berner Schosshaldequartier ist nun das Alphatier eines NHL-Teams.

### Ziel: Stanley Cup

Inzwischen verteidigt Mark Streit für die Philadelphia Flyers. Captain ist er nicht mehr. Aber einer der wichtigsten Spieler im Team. Die Flyers haben ihn geholt, um eine gute Mannschaft noch besser zu machen, und zahlen ihm bis im Frühjahr 2017 im Durchschnitt 5,25 Millionen Dollar pro Saison. Das Ziel ist der Stanley Cup: die ultimative Herausforderung.

Noch nie hat ein Schweizer Feldspieler die wichtigste Klutrophäe gewonnen.

Das Geld hat Mark Streit nicht verändert. Wenn der 37-Jährige jetzt in Sotschi mit Chronisten über Hockey, Gott und die Welt spricht, dann wirkt er genauso bescheiden, aufmerksam und geduldig wie im Gespräch vor fünfzehn Jahren in einem Hotel in Hamilton, in der Zeit während seines gescheiterten Nordamerika-Abenteuers. Er protzt nicht mit seinem Reichtum. In Bern hat er sich an bester Lage eine Eigentumswohnung gekauft, und dass er jetzt dort einen Mercedes in der Garage stehen hat, wagt er fast nicht zu sagen.

---

«Viele Leute realisieren nicht, wie gut es ihnen geht. Das stört mich.»

---

Mark Streit ist im Laufe der Jahre ein Schlüsselspieler in der Nationalmannschaft geworden. Er verkörpert den Aufstieg der Schweizer aus den Niederungen der Zweitklassigkeit zur Weltspitze. «Ich bin stolz, Schweizer zu sein, und es ist ein Privileg, hier leben zu können», sagt er. «Es gibt so viel Not und Elend auf dieser Welt. Bei uns herrscht eher Wohlstandsverwahrlosung. Viele Leute realisieren nicht, wie gut es ihnen geht. Das stört mich.»

Wenn er in der NHL nicht gebraucht wird – das ist dann der Fall, wenn sein Team aus den Stanley-Cup-Play-offs ausgeschieden ist oder wenn die NHL für die Olympischen Spiele ihren Spielbetrieb einstellt –, verteidigt Mark Streit für die Schweizer Nationalmannschaft. Er war Captain beim olympischen Turnier 2006 in Turin und 2010 in Vancouver. Aber er ist es nicht mehr in Sotschi: Nationaltrainer Sean Simpson hat Mathias Seger zum Captain ernannt.

Zum ersten Mal seit mehr als zehn Jahren ist Mark Streit also nicht mehr der Leitwolf. «Das ist kein Problem für mich», sagt er äusserlich gelassen. «Sean Simpson hat mir im Januar am Telefon kurz gesagt, dass ich in Sotschi nicht Captain sein werde.» Die gute Erziehung ver-

bietet es ihm, sich zu beklagen. Aber sein Vater muss keine Rücksicht nehmen und sagt im besten Berndeutsch: «Äs het dr Märku schampar möge.»

### Vom besten Freund entthront

Es ist eine Ironie der Hockeygeschichte, dass der beste Schweizer Spieler aller Zeiten ausgerechnet von einem seiner besten Freunde «entthront» worden ist – vom gleichaltrigen Mathias Seger. Bei der WM 1998 in Zürich und Basel begann der Aufstieg der Schweiz aus der Zweitklassigkeit (4. Schlussrang). Streit und Seger sind schon bei dieser WM im Jahr 1998 dabei. Sie haben gemeinsam in den Junioren-Nationalteams gespielt, später auch bei den ZSC Lions. Seger hätte auch das Talent für die NHL gehabt. Aber er ist nicht der Typ für eine Karriere im Ausland und sagt heute, er habe dieses Ziel einfach nicht so kompromisslos verfolgt wie Mark Streit.

Mathias Seger ist eine Kultfigur und Captain der ZSC Lions geworden. Unvergessen ist das Bild, als er nach gewonnener Meisterschaft im Frühjahr 2012 mit dem Pokal im Tram nach Hause fuhr.

Nationaltrainer Simpson hat sicherlich seine Gründe, warum er die Ungeheuerlichkeit begeht, Streit ausgerechnet vor dem olympischen Turnier in Sotschi als Captain abzusetzen. Die WM 2012 hat den Kanadier beinahe das Amt gekostet. In Helsinki verpasst die Schweiz zum zweiten Mal hintereinander das Minimalziel: die Viertelfinals. Streit ist am Ende einer langen NHL-Saison nicht in Bestform und kann das Spiel nicht in gewohnter Art und Weise dominieren. Weil er bei zu vielen Minustreffern auf dem Eis steht, entbrennt auf dem Boulevard gar eine Polemik («Captain Minus»). Mathias Seger ist bei der WM 2012 nur Lückenbüsser und wird zeitweise als Stürmer eingesetzt.

### Simpsons Missverständnis

Ein Jahr später ist Mark Streit bei der WM nicht mehr dabei: Er spielt mit seinen New York Islanders die Play-offs um den Stanley Cup. Die Schweizer stürmen 2013 ohne Streit in Stockholm ins WM-Finale. Der grösste Erfolg aller Zeiten! Und Captain ist Mathias Seger.

Den Captain des WM-Finalteams wieder absetzen? Nein, das wagt Simpson in Sotschi nicht. Doch es ist ein bedauerliches Missverständnis – und eine Fehlentscheidung. Es ist Mark Streit, der als erster Schweizer Feldspieler in der NHL den nachfolgenden Spielergenerationen die Türen zur wichtigsten Hockeyliga der Welt und zu den Dollarmillionen geöffnet und so unser Hockey viel stärker dynamisiert hat als die Silbermedaille an der WM in Stockholm.

Mark Streit in Sotschi nicht zum Captain zu ernennen, ist eine Respektlosigkeit sondergleichen. ○



«Sie essen nur, was keine Vitamine hat.»

# Goldärschchens Märchen

Bis in die fünfziger Jahre war das «Hotel Gloria» in Rio de Janeiro Treffpunkt der Elite. Die Regierung zog weg, der Glanz verblasste. Der Rettungsversuch des Milliardärs Eike Batista scheiterte. Nun ist das Haus in Schweizer Hand. Seine Geschichte steht auch für die jüngere Geschichte Brasiliens. *Von Ruedi Leuthold*

Rio de Janeiro ist eine märchenhafte Stadt, und diesen Ruf hat sie nicht zuletzt ihren beiden Hotelpalästen zu verdanken, dem «Copacabana Palace» und dem «Hotel Gloria». Das «Hotel Gloria» wurde soeben für geschätzte 75 Millionen Franken an die Schweizer Immobiliengesellschaft Acron verkauft, nachdem ein brasilianisches Märchen wieder einmal ein trauriges Ende genommen hatte. Es war das Ziel von Eike Batista, reichster Mann des Planeten zu werden, und das «Hotel Gloria» war das Symbol für seine Macht und seinen Reichtum. Mit der glanzvollen Renovation sollte es das «Copacabana Palace» in den Schatten stellen und, im Einklang mit dem frohen Optimismus der linken Regierungen, Brasiliens Aufstieg zur Weltmacht repräsentieren.

Das «Copacabana Palace» und das «Hotel Gloria» sind zwei schöne Schwestern, 1922 vom gleichen französischen Architekten nach Vorbildern aus der Côte d'Azur erstellt. Anlass für ihren Bau war die Hundertjahrfeier der Unabhängigkeit – die Mutter aller schönen brasilianischen Märchen. 1805 war der portugiesische Königshof vor den Truppen Napoleons nach Brasilien geflohen. 1821 kehrte er zurück, nur der Königssohn Pedro I. blieb in Rio de Janeiro. Er war es, der als Vertreter der lokalen Aristokratie die Unabhängigkeit ausrief – eine friedliche Machtübergabe, ohne Blutvergiessen und ohne Kampf. Alles veränderte sich, und alles blieb gleich. Die ungeklärten Beziehungen zwischen Macht und Geld, Politik und Wirtschaft, bilden den Hintergrund zu vielen grossen Dramen in diesem mit Reichtum gesegneten Land, und bei der Saga vom Aufstieg und Fall von Eike Batista ist es nicht anders.

## Marlene Dietrich, Ella Fitzgerald

Das «Copacabana Palace» machte den gleichnamigen Strand vor seinen Toren weltbekannt, der Name reicht, um den Duft einer etwas sündigen Stadt zu beschwören. Sein «Golden Room» wurde zur ersten grossen Showbühne Lateinamerikas. Hier traten Josephine Baker auf, Marlene Dietrich, Ella Fitzgerald und Nat King Cole. Hier tanzten Fred Astaire und Ginger Rogers zum ersten Mal zusammen, der Film «Flying Down to Rio» wurde im «Copacabana Palace» gedreht. In den Suiten des sechsten Stocks, zu dem ein eigenes Schwimmbad gehört, übernachteten Orson Welles, Nelson Mandela, Prinzessin Diana, die Rolling Stones.

Das «Hotel Gloria» im Zentrum der Stadt lag anderthalb Kilometer vom Präsidentenpalast entfernt und weit weg vom Glamour der grossen

Welt. Hier traf sich die lokale Elite, deren höfliche Umgangsformen sich bis heute kaum geändert haben. Neunzehn Staatspräsidenten übernachteten im «Hotel Gloria», bei prächtigen Debütantinnenbällen wurden die Töchter der Reichen in ihre bessere Gesellschaft eingeführt.

Ende der fünfziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts kam der Schlag, von dem sich Rio de Janeiro bis heute kaum erholt hat. Präsident Kubitschek entschloss sich, im Innern des Landes eine neue Hauptstadt zu bauen: Brasilia. Das Land erlebte, nach Jahren der Diktatur, eine kulturelle Blütezeit. Der Bossa nova eroberte die Tanzsäle der Welt, Filmemacher und Architekten überraschten mit nie gesehener Leichtigkeit,



Nur noch Rang 43: Milliardär Batista.

und in nördlichen Breitengraden entstand dieses Bild einer fast paradiesischen Welt. In Brasilia aber, auf der Rückseite des Mondes, schufen sich die Brasilianer ihre Hölle. Der Bau liess die Teuerung ansteigen, und die Beziehung zwischen Politikern und Grossunternehmern, die entstand, ist eine der Hauptquellen der Korruption – weit weg von der Wählerschaft werden Wahl- und andere Spenden gegen Aufträge eingetauscht. Der Beginn der Militärdiktatur im Jahr 1964 beendete den kulturellen Aufbruch.

1989 kaufte Orient-Express, eine britische Betreiberin von Luxushotels, das «Copacabana Palace» für 23 Millionen Dollar. Brasilien litt nach einer langen Zeit der Rezession unter einer Hyperinflation, und die neuen Besitzer mussten zuerst eine kleine Tempelreinigung vorneh-

men; das Hotel war zu einer Absteige für Sex-touristen geworden. Nach weiteren hundert Millionen Dollar, die für Renovationen ausgegeben wurden, zeigt sich die schöne Tochter Rios fast wieder im alten Glanz. Jedenfalls gibt es eine Angestellte, die nur dafür zuständig ist, die Fingerabdrücke der Gäste vom Blechgold der Treppenlehnen zu entfernen.

Das «Hotel Gloria» aber, das Schlösschen der lokalen Elite, verkam zur hässlichen Schwester. Mit dem Wegzug der Regierung nach Brasilia verslumte das Zentrum von Rio, Transvestiten und Drogendealer besetzten die Umgebung des Hotels, von nächtlichen Spaziergängen wurde abgeraten. Neue Hoffnung gab es erst, als Eike Batista im Jahr 2008 das «Hotel Gloria» kaufte. Sofort verkündete er, daraus eines der zehn besten Hotels der Welt zu machen und damit die eitle Schwester an der Copacabana wieder zu übertrumpfen. Die Rohstoffpreise befanden sich auf Rekordhöhe, Millionen von armen Brasilianern waren zu neuen Konsumenten geworden, das Land boomte, jetzt ging es darum, den getrüben Glanz der nationalen Elite neu zu polieren. Für das Vorhaben bekam Batista von der Entwicklungsbank in Brasilia einen Kredit von gut hundert Millionen Schweizer Franken.

Im Jahr 2008 erschien Eike Batista zum ersten Mal auf der Liste der reichsten Männer der Zeitschrift *Forbes*; er war, mit einem Vermögen von 6,6 Milliarden Dollar, die Nummer 142. Zwei Jahre später war Eike, den seine Mutter, eine Deutsche, schon als Kind «Goldärschchen» genannt hatte, der neue Midas Brasiliens, der Mann, dem alles zu Gold wurde, 35 Milliarden schwer und siebtreichster Mann der Welt. Sein einziger Zweifel bestehe darin, sagte er in einem Interview, ob er den reichsten, den Mexikaner Carlos Slim, «links oder rechts» schon 2015 überholen werde oder doch erst 2016.

Der Vater von Eike, Eliezer, war in Brasilia Minen- und Energieminister gewesen; er hatte die grösste Minengesellschaft geleitet, die damals staatliche Vale do Rio Doce. Eike brach sein Studium in Deutschland ab. Mit Gold, das er den Schürfern im Amazonasgebiet abkaufte, machte er seine ersten Millionen. Er erwarb Schürfrechte, und es fehlt nicht an Stimmen, die vermuten, dass ihm der Vater eine kleine Schatzkarte mitgegeben habe. «Goldärschchen» hat den bösen Verdacht stets zurückgewiesen.

2002 wurde Gewerkschaftsboss Lula da Silva zum Präsidenten Brasiliens gewählt. Nach anfänglichem Misstrauen beruhigten sich die Märkte – Lula rief keine Revolution aus, und die





Von nächtlichen Spaziergängen wurde abgeraten: «Hotel Gloria» in Rio de Janeiro.

Schulden beim Währungsfonds wurden pünktlich beglichen. Der Rohstoffhunger Chinas war gross, und zum ersten Mal wurde Brasilien zu einer Lieblingsdestination der internationalen Finanzmärkte. 2005 erreichen die Preise für Eisenerz, Öl und andere Bodenschätze historische Höchstmarken. Die Minengesellschaft Vale do Rio Doce machte einen gigantischen Gewinn von drei Milliarden Franken.

Eike Batista ging mit seiner Minengesellschaft MMX an die Börse, die Euphorie spülte ihm eine halbe Milliarde Franken in die Kasse. Alle Gesellschaften, die der neue Held der Unternehmerklasse in der Folge gründete, hatten ein X in ihrem Namen, und alle Welt fragte sich, wofür es stehe. Es waren viele Unternehmen.

In Brasilien waren in den Tiefen des Ozeans grosse Ölmengen entdeckt worden, Batista gründete 2007 die Ölfirma OGX, erwarb die Förderrechte von 21 Ölfeldern und verkündete, darin seien zwanzig Milliarden Fass bereits gesichert. Innert acht Jahren werde die Gesellschaft täglich zwei Millionen Fass produzieren, innert elf Jahren die Produktion der nationalen Ölgesellschaft Petrobras übertreffen. Zu diesem Zeitpunkt förderte die Petrobras täglich 2,5 Millionen Fass Öl, die OGX keinen einzigen Tropfen. Aber ihr Börsengang brachte über drei Milliarden Franken ein. Eike Batista verkaufte Träume. Im Norden des Bundesstaates Rio de Janeiro

begann er mit dem Bau einer riesigen Hafenanlage; das Eisenerz für die Chinesen sollte, vom Wasser mitgerissen, mittels einer Pipeline an die Küste transportiert werden: LLX Logistica. Eine Firma machte sich daran, Ölplattformen zu konstruieren: OSX. Eike Batista gründete eine Sportagentur und nahm den Fussballer Neymar unter Vertrag: IMX. Er war Teilhaber des Konzertveranstalters «Rock in Rio», mischte im Immobiliengeschäft mit (REX), besass eine Firma zur Herstellung von Halbleitern (SIX). Für die Befriedung der Favelas spendete er jährlich zehn Millionen Franken an die Präfektur. Dafür war die Polizei zur Stelle, als Fischer und Bauern, die seinem Hafenprojekt weichen mussten, protestieren wollten. «Wir haben», sagte der Mann in einem Interview, «die besten Fussballspieler der Welt, die besten Frauen der Welt. Warum sollten wir nicht auch den grössten Unternehmer der Welt haben?» Und den grössten Politiker.

Die günstigen Wirtschaftsdaten trieben die Popularitätswerte von Lula da Silva in unerreichte Höhen und beflügelten den Traum des Präsidenten, Brasilien im Kreis der grossen Nationen zu etablieren. Fussball-WM und Olympische Spiele: Die sportlichen Mega-Events sollten den Aufstieg Brasiliens zur neuen Wirtschaftsmacht sichtbar machen. Nach Kopenhagen zur Vergabe der Olympischen Spiele reiste die brasilianische

Delegation im Privatjet von Eike Batista. «Unser Stunde ist gekommen», rief Lula den Vertretern des Olympischen Komitees zu. Und Eike Batista dachte daran, mit Hilfe von Staatsgeld die Minengesellschaft Vale zu übernehmen. Nach Ansicht der Regierung tat das Unternehmen zu wenig, um die Rohstoffe im Land zu verarbeiten und Arbeitsplätze zu schaffen. Träume.

### Grösste Pleite Lateinamerikas

Am 25. Juni 2012 veröffentlichte Batistas Holding EBX die Produktionszahlen des Ölfeldes «Blauwal», des einzigen, das in Betrieb genommen wurde. Nach den Vorankündigungen hatte man mit täglich 20 000 Fass gerechnet. Gefördert wurden 10 000 Fass. Die Aktien sanken um 25 Prozent, und Eike Batista war auf der Liste der reichsten Menschen von einem Tag auf den andern nur noch auf Rang 43. Und weil die geförderte Menge nicht ausreichte, um die Schuldzinsen zu bezahlen, fiel das Kartenhaus weiter in sich zusammen. Die grösste Pleite Lateinamerikas. Fünf Milliarden Dollar Schulden.

Die Website des «Hotels Gloria», das 2015 wiedereröffnet werden soll, ist offline. Niemand zahlte die Gebühr von dreissig Reais – elf Franken. Dafür wissen jetzt alle, was das X in den Firmennamen von Eike Batista bedeutet: Luft. Das «Copacabana Palace» ist bis auf weiteres ein Symbol für eine sündige Stadt. ○

# Lange Nächte mit Pizza und Bier

Seit in einer Zeitung stand, Patrick Liotard-Vogt habe Millionenbeteiligungen am Hals, wollen es viele schon die längste Zeit gewusst haben: Der Millionenerbe und Multiunternehmer sei am Ende. Wirklich? Auf Recherche zwischen Zürich und St. Kitts. Von Mark van Huisseling und Gian Marco Castelberg (Bild)

Er steht auf der Terrasse, in einem Hausmantel und in Lederschlappen. In der einen Hand eine Zigarre (eine Patoro), in der anderen ein Glas Champagner, die Ortszeit ist 15.00 Uhr an einem Samstag im November vergangenen Jahres. Hinter ihm ein Infinity-Pool und hinter diesem, scheinbar ohne Übergang, das Karibische Meer. «Willkommen in St. Kitts», sagt er. Und fragt: «Zigarre, Champagner – oder zuerst in den Pool?» Dann informiert er, dass er für den Abend ein Dinner geplant habe, mit ein paar wichtigen Geschäftsleuten und hohen Inselepolitikern sowie ein paar Studentinnen der Ross University, einer Hochschule für spätere Tierärzte, die sich in der Hauptstadt Basseterre befindet und an der vor allem Amerikanerinnen studieren. Das Haus, falls es interessiert, sei das grösste private Anwesen des Lands, der Besitzer, ein Australier, wolle es verkaufen, für 14 Millionen Dollar, *give or take*; er habe es bloss gemietet, für zwei Jahre. Das ist Patrick Liotard-Vogt, PLV, wie man ihn zu kennen meint.

Der andere ist der, der an einem Mittwochabend im Februar einen Hausbesuch bei mir macht. Am Vortag teilte ich ihm mit, ich schreibe einen Artikel für diese Zeitschrift über ihn, worauf er anrief und ankündigte, er sei sowieso auf dem Weg nach Zürich – und bereit, seine Sicht auf Geschäftshandel, über die in den vergangenen Wochen berichtet wurde, aufzuzeigen. Dreissig Stunden später, vom Flughafen und von Sitzungen kommend, steht er in einem grauen Anzug mit rotem Karomuster, zu einem Hemd mit offenem Kragen, vor meiner Türe und fragt, ob er die Schuhe ausziehen solle. Er setzt sich aufs Sofa, von wo aus er Blick auf den Üetliberg hat. Das ist der andere Patrick. Der, den wenige kennen.

## «Jetzt bekommt sein Image Risse»

«Abgemeldet nach St. Kitts» war die Überschrift in der *Handelszeitung* von Ende Januar. «Der flamboyante Investor hat sich aus der Schweiz verabschiedet. Er hinterlässt Beteiligungen in Millionenhöhe», stand darunter. Weil Journalisten funktionieren wie eine Meute, vor allem wenn wenig Tatsachen recherchierbar sind, wurde der Artikel in anderen Zeitungen weitergezogen, wie man sagt, also abgeschrieben: «Millionen-Schulden – Jetsetter Liotard abgetaucht» (*Blick*), «Liotard-Vogt in der finanziellen Bredouille» (*Neue Zürcher Zeitung*), «Jahrelang wurde der Millionenerbe und Multiunternehmer zum erfolgreichen

Geschäftsmann hochgejubelt. Doch jetzt bekommt sein Image Risse» (*Tages-Anzeiger*) sowie 34 weitere Fundstellen in der Schweizer Mediendatenbank (SMD) seit dem 23. Januar.

Dabei fallen zwei Dinge auf. Dass eine Beteiligung zwar wenig Rückschluss zulässt auf die Rechtmässigkeit einer Forderung beziehungsweise die finanzielle Lage des Betriebes, dass das aber nicht erwähnt wurde. (Um genau zu sein: In der Online-Ausgabe der NZZ kam später eine Meldung, David Degen, Spieler des FC Basel, habe seine Forderung von 1,5 Millionen zurückgezogen.) Und dass über den angeblich zuvor «jahrelang zum erfolgreichen Geschäftsmann Hochgejubelten» (*Tages-Anzeiger*) wohl zahlreiche Artikel erschienen, in *20 Minuten* oder *Blick am Abend* zum Beispiel, dass darin aber meistens über Berühmtheiten unter seinen Geschäftspartnern und Bekannten berichtet wurde (Carey Mulligan, Freida Pinto, Harvey Weinstein, Xenia Tchoumitcheva, Angela Martini oder Liliana Matthäus); über Investitionen und Geschäfte wurde dagegen selten geschrieben. Ausnahme: ein Artikel in der *Bilanz* vom Sommer 2011. Die Headline: «Mister Exit». Die Unterzeile: «Jungunternehmer Liotard-Vogt überraschte vor zwei Jahren mit dem Kauf der Online-Plattform ASmall World. Nun will er sich bereits wieder davon trennen.» Liotard-Vogt, 29, nebenbei, hat vor einigen Monaten seine Anteile an ASmall World, ASW, einem sozialen Netzwerk, das auch «Facebook für Reiche» genannt wird, von zirka 50 auf über 80 Prozent erhöht.

Liotard hatte, zusammen mit einer Gruppe von Investoren, die er anführte, ASW im Herbst 2009 für umgerechnet zirka 10 Millionen Franken Harvey Weinstein, einem New Yorker Filmproduzenten, abgekauft. Sein Vermögen hat Liotard zum einen Teil erarbeitet (Gründung und Aufbau der Internet-Plattformen Students.ch, Usgang.ch und Finestclubs.com; Students.ch und Usgang.ch verkaufte er an Axel Springer Schweiz), zum anderen von seinen Eltern bekommen, die in Uerikon (Gemeinde Stäfa) wohnen, wo auch Patrick angemeldet war. Es besteht zum grossen Teil aus Nestlé-Aktien – sein Grossvater, Pierre (1909–1987), war Nestlé-CEO und Präsident des Verwaltungsrats (ich schätze den Wert der Aktien, die er bekam, auf 50 Millionen Franken; er kommentiert das nicht). Die Verantwortlichen von Clariden Leu, einer Privatbank, sollen ASW im Herbst 2011 für über 65 Millionen haben kaufen wollen, hörte man in Zürich. Das

Geschäft kam nicht zustande, weil die Credit-Suisse-Chefs ihre Tochtergesellschaft Clariden Leu schlossen beziehungsweise in das Mutterunternehmen überführten.

## Hauptaktionär betreibt Verwaltungsrat

Am Plan der Zusammenarbeit von ASW mit einer Privatbank «for the next generation» (Liotard), also eines Vermögensmanagers für junge Reiche, hielt er fest. Im folgenden Jahr wurde er mit Sallfort, einer Privatbank aus Basel, die seit dem Zusammenschluss mit der P&P Private Bank Zürich auch in Zürich Büros hat, zusammengebracht. Sallfort nahm Liotard in ihren Verwaltungsrat auf, in dem er etwas über ein Jahr, bis Sommer 2013, blieb. Johannes T. Barth, Sallfort-CEO, sagt, er wolle sich zur beendeten Zusammenarbeit mit Liotard nicht öffentlich äussern. Nur so viel: «Liotard ist aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden, um sich voll auf sein Projekt St. Kitts zu konzentrieren.»

Eine von Liotards grossen Investitionen in der Schweiz ist die Beteiligung an Diners Club, er besitzt 18 Prozent des Unternehmens, das die Lizenz hat, die Kreditkarte gleichen Namens in der Schweiz, in Deutschland, Liechtenstein, in den Beneluxländern sowie in Frankreich und Monaco auszugeben. Hauptaktionär (46 Prozent) ist Anthony Helbling, Präsident und Managing Director, er vollzog einen durch Liotard finanzierten Management-Buy-out, als die Partner das Unternehmen der Citigroup, einer amerikanischen Bank, abkauften. Und er, Helbling, beziehungsweise seine Firma, betreibt jetzt Liotard, den Mitaktionär und Verwaltungsrat, für 1150 000 Franken (ferner gibt es eine Beteiligung von der Firma des ehemaligen ASW-Chefs Joe Robinson für Fr. 1 592 791.75). Auf die Anfrage, worum es gehe bei seiner Forderung, sagt Helbling: «Wir geben keine Auskunft über Mitarbeiter, Kartenhalter, VR-Mitglieder oder Investoren.» Und: «Sie kennen Herrn Liotard sicher sehr viel besser als ich und hatten auch schon das Vergnügen, sich vor Ort in St. Kitts umzusehen.»

Liotard ist auf St. Kitts, 2000 Kilometer südöstlich von Miami, investiert in das Ferien- und Golfresort «Kittitian Hill» (drei Hotels, Beachclub, Spa, eigene Landebahn und so weiter). Es handelt sich dabei um eine ökologisch korrekte Immobilienentwicklung mit Villen und Suiten, um eine Investition von einer halben Milliarde Dollar, für einen angestrebten Verkaufspreis





«Weshalb ist man so streng mit mir?»: Liotard-Vogt, Investor und Unternehmer, 29.



Das nächste St. Barths? Golfresort «Kittitian Hill».

von insgesamt zirka 650 Millionen (eigene Angaben). Liotard hat rund 40 Prozent der Aktien der Firma, die die Entwicklung vornimmt und später das Resort betreiben wird, übernommen (60 Prozent hält der Gründer Val Kempadoo, ein lokaler Unternehmer); nach eigenen Angaben hat Liotard bisher einen niedrigen dreistelligen Millionenbetrag eigene Mittel in «Kittitian Hill» investiert, um Aktien zu kaufen sowie Darlehen zu übernehmen und den Ausbau zu finanzieren.

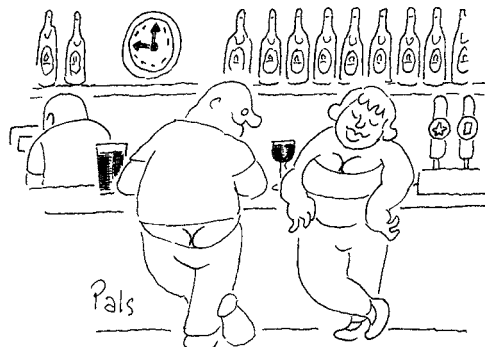
Die Anlage wird im kommenden Mai teileröffnet (*soft opening*). Was ich gesehen habe, hat mir gefallen: Bauqualität und Architektur sind vergleichbar mit, sagen wir, Aman Resorts auf Phuket oder Bali. Und die Natur ist ebenfalls von grosser Schönheit beziehungsweise die Lage, auf einem Hügel, *stunning*. Ob der Verkauf der Einheiten – das Modell ist bedingt mit dem vergleichbar, was hier Time-sharing-System heisst – sowie der spätere Betrieb ein Erfolg und also Liotards grosser Coup werden, weiss man zurzeit nicht. Wird St. Kitts das nächste St. Barths? Oder bleibt es eine hübsche, bloss letztlich beliebige Insel einer karibischen Inselgruppe, die wiederum aus Dutzenden ähnlichen Inseln besteht? Wer die Antwort mit Sicherheit weiss, wird Multimillionär. Käufer aus den Hauptmärkten New York und London haben bereits Wohneigentum für zirka 150 Millionen erworben, sagt Val Kempadoo, Gründer und CEO Kittitian Hill.

#### «Ich könnte sofort bezahlen»

Retour auf mein Sofa: Liotard sagt, Diners-CEO Helbling und er seien im Augenblick daran, die gegenseitigen Streitereien zu bereinigen und eine einvernehmliche Lösung für die Forderungen beider Parteien zu finden; zum Zeitpunkt des *Weltwoche*-Redaktionsschlusses

war der Deal noch nicht abgeschlossen, doch, sagt Liotard, bei Erscheinen dieses Artikels solle es so weit sein. Die Forderung von Joe Robinson, sagt er weiter, sei durch ein Pfand gesichert, das heisst, die Mittel zur Befriedigung des ehemaligen ASW-Chefs stehen bereits bereit. «Könntest du denn Forderungen von rund 4 Millionen Franken aus deinen verfügbaren Mitteln bezahlen?», frage ich. «Oder mit anderen Worten: Hast du so viel Geld?» – «Ja, absolut kein Problem. Ich könnte einen solchen Betrag sofort bezahlen, falls ein Gericht mich dazu auffordern würde. Die Beträge sind überschaubar im Vergleich zu meinen Investitionen.» Doch eine Betreuung sei noch kein Urteil und sage nichts darüber aus, ob eine Forderung berechtigt sei. Seine Worte. Besser wäre, wenn jemand anderes etwas Ähnliches über seine Zahlungsgewohnheiten sagen würde.

«Ich kann bestätigen, dass Patrick keine Rechnung offen hat und seinen Verpflichtungen voll nachgekommen ist», sagt Christian Kälin, Partner bei Henley & Partners in Zürich, einem Residence- und Citizenship-Unterneh-



Gegensätze ziehen sich an.

men (berät reiche Leute, wo sie wohnen und was für eine Staatsbürgerschaft sie annehmen sollen). Liotard hat Kälin vergangenes Jahr 35 Prozent des ASW-Kapitals abgekauft (Nominalwert 4,5 Millionen Franken; Marktwert, gestützt auf Handelsregisterunterlagen, zirka 15 Millionen). Es sei mehr ein strategisches Gespräch unter Freunden gewesen als eine Verhandlung, sagt Kälin, man habe sich schnell gefunden und die Transaktion abgewickelt.

Er sei in die Schweiz gekommen, um Partner zu treffen, sich zu zeigen und zu beweisen, dass er nicht abgehauen sei. Sowie Lösungen voranzutreiben, sagt Liotard. Und um denen, die es interessiere, zu sagen, wie seine Prioritäten aussähen: «Ich will zurück zum Unternehmertum.» Nicht länger Ressourcen verschleissen auf Nebenschauplätzen. Seine Hauptschauplätze seien «Kittitian Hill», wo jetzt Villen und Suiten verkauft werden, weshalb er auch nach St. Kitts gezogen sei. Sowie A Small World, bei dem man die Zeit der Verluste habe beenden können. «ASW verdient Geld, seit wir vergangenes Jahr auf ein Geschäftsmodell mit zahlenden Mitgliedern umgestellt haben.» (Mitgliederbeitrag ist 100 Franken im Jahr, es gibt schätzungsweise 150 000 Mitglieder; früher waren es 800 000, Einnahmen kamen über Banner, Anzeigen auf der Website. Bekanntgabe: Ich bin zahlendes ASW-Mitglied.) Mit diesen beiden Unternehmen, sagt Liotard, habe er genug zu tun. «Ich sehe wieder lange Nächte mit Pizza und Bier kommen. Und ich freue mich drauf.»

Was man bereits gesehen hat in der Vergangenheit, falls man genau hinschaute: Liotard ist fleissig und hat Ideen. «Viele und brillante Ideen – manchmal etwas zu viele», sagt Kälin. Er sei, meistens, kritikfähig, habe aber auch eine starke Meinung und sei durchsetzungsstark, sagt Kälin ausserdem. Nicht die schlechtesten Voraussetzungen für einen Unternehmer, der den Erfolg sucht. Einen Unternehmer, der, um das auch zu schreiben, mit seinem Geld arbeitet sowie mit Geld von Leuten, die von Berufs wegen zum Teil Geschäfte mit Absturzgefahr abschliessen, weil sie hohe Gewinne suchen.

Bevor er geht (Arbeitsdinner, Sitzung mit Clubsandwich dazu, es ist 20.30 Uhr), hat er noch eine Frage: «Weshalb ist man so streng mit mir?» Bedauert er sich selbst, weil es sonst keiner tut, oder weiss er es wirklich nicht? Patrick Liotard-Vogt, der vielleicht nie so gross wird im Geschäftsleben, wie es sein Grossvater war, oder der vielleicht grösser wird – er hat noch Zeit, er ist 29 erst –, mag man *success* gönnen. Weil er es wenigstens versucht und etwas macht mit seinem Geld. Den Hausmantel tragenden, Champagner trinkenden, Patoro rauchenden, Xenia-Tchoumitcheva-begleiteten, am Infinity-Pool stehenden und sich ebendort fotografieren lassenden PLV zu mögen, ist eine andere Geschichte. ○



# Vielfalt statt Einfalt.

Jeden Donnerstag fundierte Recherchen und interessante Artikel aus Politik, Gesellschaft und Kultur. Sie haben noch kein Abo? Jetzt bestellen über Telefon 043 444 57 01 oder [www.weltwoche.ch/probeabo](http://www.weltwoche.ch/probeabo). Selbstverständlich auch online und übers Handy verfügbar.

**DIE**  **WELTWOCH**











Mona Lisa des Expressionismus: «Das Mädchen mit Pfingstrosen» von Alexej Jawlensky, 1909.

## Stil & Kultur

### Valentins Gedanken

Von Daniele Muscionico

**W**äre gestern heute, gäbe es dieses Bild nicht. Gäbe es diesen Künstler nicht, der 9.2.2014 hätte auch ihm das Leben gekostet. Tödliche Konsequenzen von Volkes Wunsch und Wille, Menschen an der Grenze des Landes abzuweisen. Vor allem Flüchtlinge wie ihn.

Doch als dieses Bild entstand, schrieb man nicht das Jahr 2014, sondern 1909. 1909? Fritz

Alexej Jawlensky – keiner unter Berufenen, der ihn heute nicht für einen Meister hielte. Sein «Mädchen mit Pfingstrosen» ist eine Mona Lisa des Expressionismus. Es überstrahlte das meiste, was gegenwärtig in der Blockbuster-Ausstellung des Zürcher Kunsthauses versammelt ist. Spitzengemälde des Expressionismus, Weltkunst. Zehntausende Bewunderer werden in den nächsten Wochen vor diesem Mädchen stehen und sich vom Farbenrausch wegtragen lassen in ein Reich, das nicht von dieser Welt ist. Denn dies ist, was Kunst kann: Sehnsucht schaffen nach einer besseren Welt.

Die auch Jawlensky nicht kannte. 1914 aus München in die Schweiz emigriert, als

Deutschland seine Ausländer des Landes verwies. Er fand danach nirgendwo mehr Ruhe. Nicht in Saint-Prex am Genfersee, nicht in den langen Jahren in Zürich Wollishofen und auch später nicht in Ascona, wo er ein Auskommen suchte und Heimat. Jawlensky malte um sein Leben, ein Leben im Exil. Das Leuchten dieses Bildes erzählt die Geschichte einer Tragödie. Es ist das Drama von Millionen, der Namenlosen heute und morgen.

Von Matisse zum Blauen Reiter:  
Expressionismus in Deutschland und in Frankreich.  
Kunsthhaus Zürich, bis 11. Mai



## Bestseller

### Belletristik

- 1 (1) **Graeme Simsion: Das Rosie-Projekt** (Fischer Krüger)
- 2 (2) **Lucinda Riley: Mitternachtsrose** (Goldmann)
- 3 (6) **Simon Beckett: Der Hof** (Wunderlich)
- 4 (3) **Jonas Jonasson: Die Analphabetin, die rechnen konnte** (Carl's Books)
- 5 (5) **Gillian Flynn: Cry Baby – Scharfe Schnitte** (Fischer Scherz)
- 6 (4) **Haruki Murakami: Die Pilgerjahre des farblosen Herrn Tazaki** (Dumont)
- 7 (8) **Ingrid Noll: Hab und Gier** (Diogenes)
- 8 (–) **Pedro Lenz: Der Goalie bin ig** (Der gesunde Menschenversand)
- 9 (7) **Khaled Hosseini: Traumsammler** (S. Fischer)
- 10 (10) **Camilla Läckberg: Die Engelmacherin** (List)

### Sachbücher

- 1 (2) **Michelle Halbheer: Platzspitzbaby** (Wörterseh)
- 2 (1) **Max Frisch: Aus dem Berliner Journal** (Suhrkamp)
- 3 (5) **Guido Maria Kretschmer: Anziehungskraft** (Edel)
- 4 (4) **Jacky Gehring: Body Reset – Schnelle Küche** (Weltbild)
- 5 (3) **Detlef Pape: Schlank im Schlaf für Frauen** (Gräfe und Unzer)
- 6 (–) **Micheline Calmy-Rey: Die Schweiz, die ich uns wünsche** (Nagel & Kimche)
- 7 (7) **Christiane V. Felscherinow, Sonja Vukovic: Christiane F. ...** (Levante)
- 8 (8) **Jacky Gehring: Body Reset – Das Erfolgsprogramm** (Weltbild)
- 9 (–) **Attila Hildmann: Vegan for Youth. Die 60-Tage-Attila-Hildmann-Triät** (Becker-Joest-Volk)
- 10 (–) **Attila Hildmann: Vegan for Fit. Die Attila-Hildmann-30-Tage-Challen** (Becker-Joest-Volk)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

### Apropos: Diskussionen auslösen

Kürzlich sagte die Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch, das Ansinnen, einen riesigen Hafenkran als Kunstwerk aufzubauen, habe sich bereits gelohnt, bevor es überhaupt realisiert wurde, wegen den vielen Diskussionen, die das Projekt ausgelöst habe. Auch jene Journalisten und Kulturleute, die Komiker des Rassismus bezichtigten, wollten angeblich nur «eine Diskussion auslösen». Die zwei Beispiele sind keine Einzelfälle. «Es hat eine Diskussion ausgelöst», ist zur Rechtfertigung geworden für jeglichen Unsinn, der in die Welt gesetzt wird. Nichts gegen Diskussionen und Debatten. Aber allein, dass über ein Projekt oder eine Anschuldigung geredet wird, ist noch kein Qualitätsmerkmal. Auf gewisse Diskussionen kann man getrost verzichten. (rb)

## Literatur

# Einer bleibt übrig, der erzählt

«Buch des Flüsterns»: Varujan Vosganians Epos über die armenische Tragödie.  
Von Oliver vom Hove

Sie waren eines Nachts mit den Kleidern geflohen, die sie an sich trugen, und hatten nur ein paar Bündel dabei, in denen sie in aller Eile ein paar leicht verkäufliche Dinge verstaut hatten. Das Gerücht hatte die Runde gemacht, am Hafen von Pera habe ein Schiff angelegt, das armenische Flüchtlinge an Bord nehme. Als er die Brücke hochstieg, ging mein Urgrossvater inmitten der verstörten und verängstigten Menschenmenge in die Knie, dann fiel er, die beiden Mädchen an den Händen, vornüber zu Boden. Sie drehten ihn um, schlossen ihm die Augen und öffneten seine verkrampten Hände. Er war nicht der Einzige, der in dem damaligen Durcheinander vor Angst seine Seele ausgehaucht hat.»

Das Durcheinander, von dem Varujan Vosganian in seinem Romanepos «Buch des Flüsterns» berichtet, war ein Völkermord, begangen 1915 vom Osmanischen Reich an der armenischen Minderheit. Franz Werfel hat darüber 1933 sein berührendes Buch geschrieben: «Die vierzig Tage des Musa Dagh». Der getaufte Jude Werfel hatte dem Massaker an Christen ein Mahnmal setzen wollen, zu Tode erschrocken über die in der Luft liegende Mordlust gegenüber Minderheiten, in der er die Gefährdung seines eigenen Volks erkannte.

### Keine Familie ohne Opfer

Wie schrecklich recht er damit behalten hat, bestätigt der Erzähler Varujan Vosganian, der in Rumänien nicht nur Präsident der Vereinigung der Armenier ist, sondern auch (umstrittener) Finanz- und Wirtschaftsminister war, in seinem grossflächigen Erinnerungspanorama jenes Genozids, dem anderthalb Millionen Menschen seines Volkes zum Opfer fielen: «Alle zur Ermordung der Armenier auf den Wegen Anatoliens von Konstantinopel bis nach Deir ez-Zor und Moszul benutzten Methoden wurden später von den Nazis gegen die Juden angewandt.» Vosganian hält fest, was für fast alle jüdischen Familien des 20. Jahrhunderts gelten muss: «Es gibt auf der ganzen Welt keine Armenierfamilie, aus der niemand, wie in einem Wirbel, in den Todeskreisen verschwunden ist.» Auch das Schuldgefühl, überlebt zu haben, eint verschonte Juden und Armenier.

Vosganians Roman fusst auf der Neugier des 1958 geborenen Erzählers, der vor einem halben Jahrhundert seinen Grossvätern Garabet und



Anderthalb Millionen Opfer: Deportation

Setrak bei ihren unerschöpflichen Geschichten zuhörte. Auf dem armenischen Friedhof in der rumänischen Provinzstadt Focsani belauschte er Grossvater Garabet bei den geheimen Unterredungen mit seinen Landsleuten, in denen es um Flucht und Verfolgung, kurz: um das Schicksal des eigenen Volkes in der jüngeren Vergangenheit, aber auch in der kommunistischen Gegenwart ging. Bei ihren konspirativen Treffen in einer abhörsicheren Gruft wagten die Entkommenen nur zu flüstern.

Dieses angstvolle Flüstern war dem Knaben von Kindheit an vertraut: als akustische Welt der stets von Nachstellungen bedrohten Armenier in Rumänien. «Lasst ihn», sagte der Grossvater über den lauschenden Jungen. «Immer bleibt einer übrig, der erzählt. Vielleicht wird gerade er einmal der Erzähler sein.»

So ist es gekommen: Nach Rumänien hatten sich die überlebenden Teile der Verwandt- und Bekanntschaft der Grossfamilie Vosganian vor den Todeskommandos der Jungtürken gerettet. Ihre Geschichten übertreffen sich in unfreiwilligem Abenteuerum, und der Autor folgt ihren Spuren: «Im «Buch des Flüsterns» gibt es keine imaginären Personen», schreibt er. «Schliesslich haben alle in dieser Welt gelebt, an ihrem Ort und mit ihren eigenen Namen.» Aus ihren Dörfern vertrieben, ihrer Güter beraubt, von Nachbarn verraten, aus Straflagern und anderen Todeszonen mit knapper Not entkommen, mussten die Überlebenden dankbar sein,





armenischer Waisenkinder, um 1920.

nicht von Häschern erschossen oder massakriert worden zu sein. Bis heute wird von den Mündern der offiziellen Vertreter der Türkei, allen voran des selbstherrlichen Premiers Erdogan, diese Geschichtsschuld glatt geleugnet.

Albtraum und Wunder, Horror und Rettung lösen sich ab in den so fantastischen wie grausamen Geschichten. Die Dichte an Figuren, menschlichen Schicksalen, einander kreuzenden Lebenswegen in diesem Epos ist schier unermesslich. Da ist etwa die berührende Erinnerung an Harutiun Khantirian, den armenischen Botschafter, der in den zwanziger Jahren alle diplomatischen Eignungen für seine Aufgabe vorzuweisen hatte ausser eben «jener, ein Land zu haben, das er hätte vertreten können». Da ist die tragische Figur des Flüchtlings Hartin Fringhian, der sich in Rumänien vor dem Kommunismus zum millionenschweren Zuckerkönig emporgearbeitet hatte, dann enteignet wurde, im Smoking in die Berge flüchtete, um fortan Schafe zu hüten und jedem, der ihm half, testamentarisch einen Anteil an seinem verschwundenen Vermögen zu vermachen. Und da ist der junge Anführer einer Securitate-Truppe, der den bäuerlichen Widerstand gegen die Zwangskollektivierung im Dorf Vadu Rosca mit blutiger Brutalität eigenhändig niedermetzte. Sein Name: Nicolae Ceausescu.

Oft sind Bilderalben die einzigen Zeugnisse, die zu den in ihnen verborgenen Geschichten führen: «Da das zwanzigste Jahrhundert zu

viele Leben allzu früh gekappt hat, gelang es den Leuten nicht immer, die Toten zuverlässig zu den Toten und die Lebenden zu den Lebenden zu rechnen. In diesem Jahrhundert hat der Tod die Menschen unverhofft ereilt und viel häufiger als jemals zuvor. Die Armenier, die in ihrem spärlich werdenden Kreis hockten, fügten immer dann, wenn einer von ihnen verschwunden war, an dessen Stelle ein Foto ein, damit der Kreis nicht vollends auseinanderfalle. Deshalb galt ihnen das Foto als eine Art Vorausahnung auf den Tod. Bilder waren für die Armenier jener Zeit wie ein Testament oder eine Lebensversicherung.»

Wo Politik und Gerichte bei der Sühne für erlittenes Unrecht versagen, da vermag die Literatur zumindest die Erinnerung daran aufrechtzuerhalten. Vosganians Epos errichtet mit der Macht grosser Erzählkunst dem Schicksal des armenischen Volks ein Denkmal, das seine Geschichte und Geschichten in all ihrer so dramatischen wie tragischen Grösse unübersehbar macht. Wenn es einen Bewahrungsort für das kollektive Gedächtnis der Armenier braucht: Hier hat er sein Grundbuch gefunden.



Varujan Vosganian: Buch des Flüsterns. Roman. Aus dem Rumänischen von Ernest Wichner. Paul-Zsolnay-Verlag, 2013. 510 S., Fr. 37.90

## Jazz

### «Grau, teurer Freund, ist alle Theorie»

Von Peter Rüedi

Wäre Musik lückenlos zu beschreiben, müsste sie nicht gespielt werden. Das vergessen zuweilen nicht nur Musikwissenschaftler, sondern sogar Musiker selbst, wenn sie, theoretisch mit ihrer Anatomie beschäftigt (sozusagen über ihre eigene Leiche gebeugt), aus dem, was ihnen einfiel, eine Theorie destillieren. Oder, in der Regel fataler, ihrer Kunst eine Theorie überstülpen. So hat es mich immer ein bisschen irritiert, dass Christoph Stiefel, einer der lebendigsten unter den vielen erstklassigen Schweizer Pianisten, seit bald zwanzig Jahren an seinem isorhythmischen Konzept tüftelt. Auf das er zuerst instinktiv gekommen sein will. Worum geht es? Isorhythmen sind ein Konstruktionsprinzip der Motettenkunst des 14. und 15. Jahrhunderts, namentlich Guillaume de Machauts, von dem – Zufälle gibt's – unlängst an dieser Stelle die Rede war (anlässlich einer ihm gewidmeten Hommage des Posaunisten Samuel Blaser: *Weltwoche* Nr. 1/14).

Die Meister aus dem Herbst des Mittelalters haben die Kunst praktiziert, ohne sie zu begründen: Der Begriff ist eine Erfindung der Musikwissenschaft des frühen 20. Jahrhunderts. Er meint, verkürzt gesagt, eine Dominanz rhythmischer Strukturen über melodische; dann, und das erst musste Stiefel faszinieren, eine Praxis der Verschiebung respektive der Überlagerung melodischer und rhythmischer Phrasen. Eine Art Asymmetrie. Klingt kompliziert und ist es auch, allerdings nicht, wenn man Machaut hört. Oder Christoph Stiefel. Auch auf der jüngsten CD seines funkelnenden Inner Language Trios (Arne Huber am Bass, Kevin Chesham an den Drums) gibt es isorhythmische Stücke («Attitudes»). Aber im Zweifelsfall kommt hier die Musik vor der reinen Lehre: in drei grossartigen Balladen zum Beispiel («Elegy», «New May», «South») und in mitreissenden schnelleren Nummern, allen voran im Titelsong «Big Ship». Oder in der ein paar Erinnerungen an Ellingtons Hit transportierenden Karawane mit dem Titel «Pyramid». Knackfrische Trio-Kunst (Stiefels Anschlag!). Wie sagt Mephisto: «Grau, teurer Freund, ist alle Theorie. Und grün des Lebens goldner Baum.»



Christoph Stiefel: Inner Language Trio: Big Ship. Basho Records SRCD 44-2

# Handelszeitung

13. FEBRUAR 2014 DIE SCHWEIZER WOCHENZEITUNG FÜR WIRTSCHAFT SEIT 1861 [www.handelszeitung.ch](http://www.handelszeitung.ch)

FR. 4.80  
EURO 4.-

## So sparen Sie

# STEUERN

4 Seiten  
Extra



- ▶ **ANGESTELLTE** Top-Tipps für die Steuerrechnung
- ▶ **UNTERNEHMER** Sparen mit der Pensionskasse
- ▶ **HAUSBESITZER** Die richtigen Abzüge
- ▶ **INVESTOREN** So wird die Rendite gesteigert
- ▶ **PENSIONIERTE** Mehr Rente mit kluger Planung

Die neue Handelszeitung.  
**Jetzt am Kiosk.**



# Jeder Gag hat seinen Preis

Woody Allen hat nie einen Hehl aus seinen seelischen Abgründen gemacht. Nun wird er wieder mit Vorwürfen des sexuellen Missbrauchs konfrontiert, diesmal von Tochter Dylan. Muss man sein Frühwerk neu bewerten? *Von Tom Kummer*

Was geschieht mit Woody Allen, wenn er seine Brille vom Gesicht nimmt? Der schwedische Regisseur Ingmar Bergman versuchte genau diese Frage zu beantworten. Der grösste Psychoanalytiker der Filmgeschichte offerierte Allen 1977 nach dessen Riesenerfolg «Der Stadtneurotiker» eine kleine Rolle in seinem nächsten Film – einen Kurzauftritt ohne Brille.

Bergmans grösster Fan lehnt ab. Seine urbanen Neurosen müssen mit Brille präsentiert – und kaschiert werden. Woody Allens Brille gehört wohl zu den bedeutendsten Ausstattungstricks der Filmgeschichte – gleich nach Charlie Chaplins Gehstock. Wie der jüdische Humor irgendwann mal eine natürliche Abwehrreaktion gegen Rassismus war, war Woody Allens filmische Persona – mit der Nerdrille als Antikörper – ein Schutz vor den Schrecken des Erwachsenendaseins. Das läuft viele Jahre auch ganz gut. Doch dann passiert diese dumme Geschichte mit der sexuellen Misshandlung. Seither steht die Reputation des Pin-up-Boys des Bildungsbürgertums auf dem Spiel.

## «Ich habe sie geliebt»

Es sind zwanzig Jahre alte Vorwürfe gegen den 78-Jährigen. Doch diesmal sind die Reaktionen gerade in New York heftig: «Hat er wenigstens seine verdammte Brille ausgezogen, während er Dylan missbrauchte?», schrieb eine Leserin in der *New York Times*.

In einer medizinischen Untersuchung wurde schon 1994 festgehalten, man habe bei der damals 7-jährigen Adoptivtochter Dylan Farrow «keine Verletzungen im Analbereich» entdecken können. Im Sorgerechtsstreit hatte ein Richter die Missbrauchsvorwürfe für nicht erwiesen erklärt – gleichzeitig aber Allen als «egozentrisch und nicht vertrauenswürdig» kritisiert.

Letzte Woche präsentierte Allen in einem offenen Brief an die *New York Times* seine Sicht der Dinge. Der Stadtneurotiker appelliert darin ausgerechnet an unseren gesunden Menschenverstand: «Natürlich habe ich Dylan nicht sexuell belästigt [...], ich habe sie geliebt.» Dabei nutzt Allen, wie zuvor seine Ex-Frau, die öffentliche Bühne zur Schlamm-schlacht – bei der sich Fans wie Feinde in Mitspieler eines Psychodramas verwandeln.

Doch wenn dieser tragischen familiären Zerrüttung überhaupt etwas abgewonnen werden kann, dann ist es eine Neubewertung von Allens filmischem Frühwerk: «Take the Money and Run», «Bananas», «Sleeper» – Filme, geprägt von sexueller Frustration, pubertärem

Wahnsinn, aberwitziger Verachtung für die Erwachsenenwelt. Aber sexuelle Misshandlung?

Vielleicht waren wir alle schon immer von der Persona Woody geblendet und verführt. Vielleicht sollte man auch die Klassiker «Annie Hall» und «Manhattan» neu analysieren, um Allens Gegenwart zu verstehen, Filme, die gerade europäische Fans wegen der intellektuellen *sophistication* und der genialen Dialoge verzaubern.

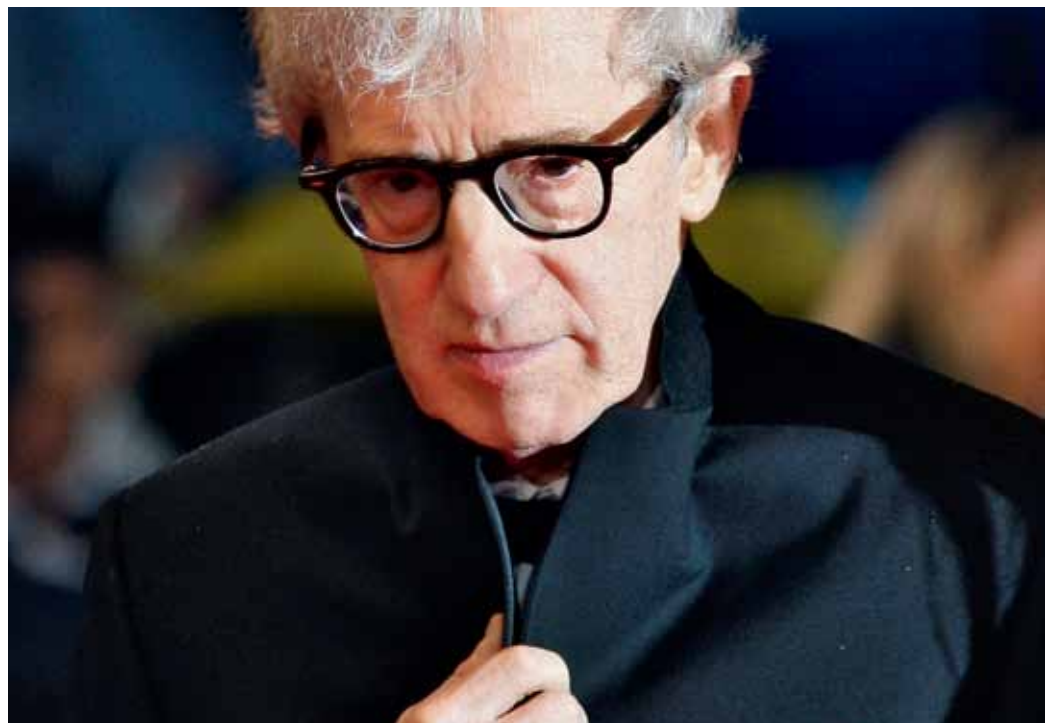
Bloss dass der New Yorker Liebling heute in einem ganz anderen Licht erscheint. Allens Charakter in «Manhattan», der 42-jährige Isaac, sagt zum Beispiel zur scheuen 16-jährigen Tracy (gespielt von Mariel Hemingway) Sätze wie: «Ich hatte noch nie eine Beziehung zu einer Frau, die länger hielt als die zwischen Hitler und Eva Braun.»

Wenn Woody Allen dann mit dem zarten Teenager in einer der romantischsten Szenen der Filmgeschichte am Pier von Brooklyn Heights entlangspaziert, dann erkennt eine junge Feuilletonistin der *Los Angeles Times* heute darin nichts Romantisches mehr, sondern bloss noch *creepiness* – eine Unheimlichkeit, die uns direkt zurück zu Roman Polanskis Horror-Klassiker «Rosemary's Baby» führt mit dem Twiggy-haften, ewig zerbrechlichen Teenager-Geschöpf in der Hauptrolle: Mia Farrow – Woody Allens zukünftige Frau –, die nach Aussage von Allens Adoptivsohn und Kronzeuge Moses Farrow heu-

te nichts anderes als «eine ganz, ganz böse Hexe» verkörpert. Der geborene Verlierer, als der sich Woody Allen in seinem Frühwerk präsentiert, war nie reine Fiktion. Die halbherzige Verschleierung der Wahrheit gehörte zum Reiz seines Werks. Im «Stadtneurotiker» entzückte er die Intellektuellen-Schickeria mit seiner sexuellen Unfähigkeit und Kommentaren wie: «Gustav Mahler ist so was von überbewertet.» Dabei war das Geschwätz über Kunst, das Name-dropping – Böll, Bergmann, Nietzsche, Mahler – etwa genau so banal wie der heutige Diskurs beim Social Networking.

Jeder Gag hat seinen Preis. Woody Allen hat, darin lag der masochistische Heroismus seines Frühwerks, die meisten auf seine eigenen Kosten gemacht – ohne dass er seine tiefsten sexuellen Abgründe offenbarte. Kann sein, dass er ein finsternes Geheimnis schon immer mit sich getragen hat, besonders aber in jener Phase, als er den Groucho-Marx-Witz zum Motto erhob: «Ich möchte nie einem Klub angehören, der mich als Mitglied aufnimmt.»

Bis heute hat Woody Allen keinen einzigen Film gedreht, in dem Sexualität nicht als Problem seiner Figuren unmittelbar artikuliert wird. Alles begann 1972, mit seinem ersten Selbsthilfefilm: «Was Sie schon immer über Sex wissen wollten, aber bisher nicht zu fragen wagten». Jetzt fehlt bloss noch Teil zwei. ○



Reiz der halbherzigen Verschleierung: Filmemacher Allen.

## Top 10

### Knorr's Liste

1	Enough Said	★★★★★
	Regie: Nicole Holofcener	
2	12 Years a Slave	★★★★★
	Regie: Steve McQueen	
3	Philomena	★★★★★
	Regie: Stephen Frears	
4	The Wolf of Wall Street	★★★★★
	Regie: Martin Scorsese	
5	Nebraska	★★★★★
	Regie: Alexander Payne	
6	Der Goalie bin ig	★★★★☆
	Regie: Sabine Boss	
7	Minuscule	★★★★☆
	Regie: H. Girod / Th. Szabo	
8	Mandela	★★★★☆
	Regie: Justin Chadwick	
9	Akte Grüninger	★★★☆☆
	Regie: Alain Gsponer	
10	Die schwarzen Brüder	★★★☆☆
	Regie: Xavier Koller	

### Kinozuschauer

1 (1)	The Wolf of Wall Street	22 696
	Regie: Martin Scorsese	
2 (-)	Vaterfreuden	17 308
	Regie: Matthias Schweighöfer	
3 (-)	Der Goalie bin ig	15 346
	Regie: Sabine Boss	
4 (2)	12 Years a Slave	13 457
	Regie: Steve McQueen	
5 (3)	Akte Grüninger	9292
	Regie: Alain Gsponer	
6 (-)	Free Birds	8904
	Regie: Jimmy Hayward	
7 (-)	Robocop	7102
	Regie: José Padilha	
8 (4)	47 Ronin (3-D)	6623
	Regie: Carl Rinsch	
9 (5)	Philomena	5393
	Regie: Stephen Frears	
10 (6)	Homefront	4732
	Regie: Gary Fleder	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

### DVD-Verkäufe

1 (1)	Riddick (Impuls)
2 (2)	Red 2 (Ascot Elite)
3 (3)	Chroniken der Unterwelt (Rainbow)
4 (4)	White House Down (Sony)
5 (7)	Wir sind die Millers (Warner)
6 (5)	R.I.P.D. (Universal)
7 (-)	Feuchtgebiete (Impuls)
8 (-)	S'chline Gspängst (Disney)
9 (6)	Conjuring (Warner)
10 (-)	Metallica – Through ... (Ascot Elite)

Quelle: Media Control



Schnaubende Sinnlichkeit: «American Hustle».

### Kino

## Bengalisches Feuerwerk

«American Hustle», zehnfach Oscar-nominiert, ist eine funkensprühende Gaunerkomödie.

Von Wolfram Knorr

Irving Rosenfeld (Christian Bale), Schwindler, Hochstapler, Stutzer, präpariert sich für seine Businessauftritte sorgfältig mit Toupet, getönter Brille und scharfem Zwirn. Als falscher Kunsthändler und falscher Kreditgeber muss er was darstellen und wickelt mit versonnener Leisetreterei die Kunden um den Finger, Ärger mit Polizei und Mob vermeidend. Er liebt Jazz, vor allem Duke Ellingtons sagenhaft entspannten «Jeep's Blues». Ausgerechnet der – mit einem erotisch aufreizenden Johnny Hodges am Altsaxofon – beschert ihm eine aggressivere Gangart in Gestalt der messerscharfen Sydney Prosser (Amy Adams). Die bekennt auf einer Party, «Jeep's Blues» ebenfalls sehr zu mögen – und schon sind sie ein Paar. Aus Sydney wird die Britin Lady Edith Greensly, aus Irving einer, der einen Gang höher schaltet. Doch dabei gerät ihnen Richie DiMaso (Bradley Cooper) in die Quere, ein strizzhaft cholischer FBI-Agent, der das Pärchen zwingt, sich an einem grossangelegten Coup zu beteiligen. Der knallgeil-ehrgeizige DiMaso will ums Verrecken korrupte Politiker überführen, wie etwa Bürgermeister Carmine Polito (Jeremy Renner). Dafür muss das Gaunerpaar ran, sonst landet es im Knast.

«American Hustle», zehnfach Oscar-nominiert, von David O. Russell (Regie, Drehbuch) und Eric Warren Singer (Drehbuch), ist eine

Gaunerkomödie à la «The Sting» (1973), die dank begnadeter Mimen und aberwitziger Dialoge eine emotionale Feuersbrunst entfacht, die so kraftvoll und unverkrampft leuchtet wie eine Shakespeare-Komödie. Russell («Silver Linings») erzählt die Schwindelei, in der sich Betrug und Gegenbetrug, Liebe und Verrat wild ineinander verknäueln – aus verschiedenen Perspektiven, aber nie kompliziert. So kommt es, dass Irving Rosenfelds Gattin Rosalyn (Jennifer Lawrence) spät in Erscheinung tritt – aber dann wie Donnerhall, und man ahnt, warum Irving sie meidet und es lieber vorzieht, in Deckung zu bleiben. Mit ihrer wallenden Bienenkorbfrisur und schnaubender Sinnlichkeit macht sie wie eine Dampflok, die durch Überfeuerung aus den Gleisen springt, Gatte Irving platt. Es passt zu ihr, dass sie Tom Jones' Krawallschnulze «Delilah» liebt.

Mit Rosalyn und dem Provinzbürgermeister Polito fügt sich ein sensationelles Quintett, das im Ensemble Funken sprüht. Polito, die Spiesserzecke mit seinem überdrehten Familiensinn; Rosalyn, der brennende Dornbusch; der FBI-Mann DiMaso, der wie ein durchgeknallter Boxer sich bis zuletzt an den Seilen festklammert und es schafft, sich auf den Beinen zu halten. Der ludernde mit Wampe lümmelnde Irving und die Niederträchtlerin Sydney – ein herrlich lärmiges bengalisches Feuerwerk. Und



die Story beruht auch noch auf einem wahren Vorfall. Ende der siebziger Jahre (in der auch der Film angesiedelt ist) startete das FBI unter dem Namen «Abscam» (Arab scam) eine Geheimoperation mit einem falschen Araber, um Politiker in New Jersey der Korruption zu überführen. Betrüger, geführt von einem gewissen Weinberg, der für den Coup 150 000 Dollar kassierte, mussten den Coup einfädeln. Russell («Silver Linings») hat daraus eine in allen Farben sprühende Komödie gemacht. ★★★★★

## Weitere Premieren

**Le Week-End** — Der grantelnde Uni-Professor Nick (Jim Broadbent) und seine Gattin, Lehrerin Meg (Lindsay Duncan), seit Ewigkeiten verheiratet, reisen noch mal nach Paris. Hier verbrachten sie einst ihre Flitterwochen. Doch ihre Ehe ist so brüchig geworden wie ihr ehemaliges Hotel. Er meckert, sie giftet zurück, Geld ist auch nicht im Überfluss vorhanden, die Reise droht im Desaster zu enden – da treffen sie Nicks alten Schulfreund Morgan (Jeff Goldblum), einen souveränen Kosmopoliten, der das Paar spontan zu einer Party einlädt. Doch dort unter den Schickimickis eskaliert die Beziehung erst recht. Roger Mitchell («Notting Hill») ist eine warmherzige Komödie über Zweisamkeit gelungen, der die Liebe entflucht ist und die beide in Paris wieder erneuern wollen. Was ihnen am Ende einigermaßen auch gelingt, vor allem dann, als



Komödie über Zweisamkeit: «Le Week-End».

jene Zeit mit dem Nouvelle-Vague-Film «Bande à part» (1964) von Jean-Luc Godard wieder aufblüht. Da tanzt die Lebensleichtigkeit des Seins mit Pariser Esprit alterslos und leichtfüssig durch ein typisches Bistro. Auch wenn die Dialoge zwischen den glänzend aufspielenden Mimen etwas schmissiger sein könnten – ein charmanter Spass. ★★★☆☆



Optisch furios: «Winter's Tale».

**Winter's Tale** — Nicht Shakespeares und nicht Heines Wintermärchen ist gemeint, sondern jenes des Fantasy-Autors Mark Helprin, das 1983 erschien, zu einer formidablen Fangemeinde führte und endlich verfilmt wurde. Für Kenner adäquat. Schwelgerisch, romantisch und optisch furios. ★★★☆☆

**Tino – Frozen Angel** — Martin «Tino» Schippert, Zürcher Original der Halbstarke-szene. Er gründete in Zürich das erste *chapter* der Hells Angels im deutschsprachigen Raum. Selbst Friedrich Dürrenmatt war fasziniert von dem Rebellen, der bei den Globuskrawallen mitmischte. Adrian Winkler zeichnet das Leben mit zahlreichen Interviews von Weggefährten nach, was visuell nie langweilt. Allerdings hätte man schon gerne ein bisschen mehr über die Geschäfte der Typen und der Hells Angels erfahren, über seine Flucht nach Lateinamerika und vieles mehr. Da wirft der Dok-Film dann doch Fragen auf, die er leider nicht beantwortet. ★★★☆☆

## Fragen Sie Knorr

Das Samurai-Abenteuer «47 Ronin» wird verrissen. Das ist Geschmackssache, trotzdem finde ich die Ablehnung krass. Gibt's dafür so was wie eine Erklärung?

H. G., Reinach



Im Prinzip nicht, weil es eben letztlich immer um den subjektiven Geschmack geht; aber im vorliegenden Fall einer legendären japanischen Story über die bedingungslose Treue der Samurais bis in den Tod mag es vielleicht an der extrem depressiven Grundstimmung,

am negativen Ende und am Düsternickel Keanu Reeves liegen. Der Erstling des Ex-Werbefilmers Carl Erik Rinsch gehört zu den teuersten Filmen und hat (fürs West-Publikum) die Reeves-Figur, einen Mischling, hinzuerfunden. Die Japaner, habe ich mir sagen lassen, finden das besonders lachhaft. 1941 drehte Kenji Mizoguchi einen Zweiteiler darüber; erst Anfang der Sechziger, mit Hiroshi Inagakis Version, wurde der Stoff im Westen bekannt.

### Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch  
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

## Radio-Kritik

### «Buurezmorge» auf SRF 2

Von Rico Bandle

Das Abstimmungsergebnis zur Personenfreizügigkeit hat auch den sonst so gemächlichen Radiosender SRF 2 Kultur aufgerüttelt. Kurzfristig wurde am Montagmorgen «aus aktuellem Anlass» das Thema der «Kontext»-Sendung angepasst. «Warum gegen die Masseneinwanderung?» hiess nun der Titel, es diskutierten drei Gäste und ein Moderator über die Abstimmung. Nun muss man wissen, Diskussionen bei SRF 2 bedeuten nicht automatisch, dass verschiedene Standpunkte zu Wort kommen. Lieber bestätigt man sich gegenseitig in seiner Meinung. Und so war es auch bei dieser «Kontext»-Sendung: ein gemeinsames Wehklagen über das Abstimmungsergebnis.

Vor allem Inés Mateos, «Expertin für Bildung und Diversität» und Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen, hielt ihren Frust nicht zurück. «Ich bedaure es sehr, dass die Schweiz nicht in der Lage ist, ihre alltagsgeprüfte Vielfalt mental nachzuvollziehen», sagte sie. Oder: «Die neurotische Angst, die aufklärungsresistent und nicht zugänglich ist für rationale Argumente, hat gewonnen.» Gianni d'Amato, Professor für Migrationsfragen an der Universität Neuchâtel war etwas zurückhaltender, in der Sache aber stimmte er mit Mateos überein: «Es geht nicht um Realitäten, es geht um Meinungen und Einstellungen.»

Nur Europarechts-Professorin Christa Tobler scherte mit ihrer sachlichen Art aus, so sehr der Moderator von ihr auch hören wollte, wie schlimm die Konsequenzen für die Schweiz nun seien. Sie erklärte in aller Ruhe, dass es für die EU trotz Guillotine-Klausel nicht so einfach sei, die bilateralen Verträge zu stoppen. Am Schluss, als müsse sie noch klarstellen, dass sie auch betroffen sei vom Abstimmungsausgang, sagte sie: Ich habe sehr schlecht geschlafen nach der Abstimmung, ich habe mir Sorgen gemacht.»

Fazit der Sendung: Die Hälfte der Stimmbürger entscheidet gänzlich irrational, ist von diffusen Ängsten geleitet (die natürlich von der SVP geschürt werden) und gefährdet den sozialen Frieden. Kein Widerspruch. Die Meinungsdiversität dürfte an jedem SVP-«Buurezmorge» grösser sein.

«Kontext»: SRF 2 Kultur, Montag, 9 Uhr.

# Das gesellige Leben

Die Lieblingsköchin des Jetsets; ein Preis für Udo Jürgens; Hommage an Margrit Rainer. *Von Hildegard Schwaninger*



*Ehrensache:* Udo Jürgens, Freddy Burger, Paola Felix.

Mit dem Prix du Champagne, erfunden von PR-Mann **Christoph Richterich**, werden bedeutende Menschen für ihr Lebenswerk geehrt. **Joseph Blatter** war Preisträger, **Peter Sauber**, **Ottmar Hitzfeld** sowie Montreux-Jazz-Festival-Gründer **Claude Nobs**. Und jetzt **Udo Jürgens**. Der Preis ist finanziell nicht dotiert. Nicht nötig, denn die Preisträger sind gutsituierte Herren, es geht um die Ehre. Und Udo bekommt eine Reise in die Champagne. Bisher fand die Veranstaltung im «Dolder Grand» statt, der Champagner stand im Mittelpunkt. Mehrere Produzenten präsentierten ihre besten Tropfen. Diesmal traf man sich im Restaurant «Sonnenberg», man trank Champagne Bonnaire Grand Cru Millésime 2008, Louis Roederer Brut Premier und Maily



*Nur das Beste:* Jacky Donatz.

Grand Cru Brut Rosé. **Jacky Donatz** liess das Beste aus seiner Küche auffahren.

Udo Jürgens war mit Sohn **Johnny** und seinem Manager **Freddy Burger** da. Ringier-CEO **Marc Walder** sprach die Laudatio. Er outete sich als Fan des Gefeierten. Im Auto, wo er nur Radio höre, habe er eine einzige CD – eine von Udo Jürgens. Höhepunkt des «cocktail prolongé» (für ein paar Auserwählte gab es noch ein Dinner) war, als sich Jürgens an den Flügel setzte und mit seiner samtig-sonoren Stimme eines der tausend Lieder sang, die er komponiert hat, ein Plädoyer für Zivilcourage. Viel Applaus von Sängerin **Paola**, dem Publizisten **Pierre Rothschild** (kennt Paola seit Kindertagen aus St. Gallen), den Sängerinnen **Linda Fäh**, **Paloma Würth** sowie der Zürcher Stadtpräsidentin **Corine Mauch** und Bandleader **Pepe Lienhard**.

Mit ihrer Catering-Firma Bontempo bekocht **Nina Früh** die halbe Goldküste und den St. Moritzer Jetset. Jetzt betätigt sie sich auch als Veranstalterin. Sie gründete «Nina's Club», die Mitglieder werden mehrmals jährlich zu exklusiven Partys aufgeboden. Einige Events sind im Jahresbeitrag inbegriffen, für andere – vor allem für Wohltätigkeitsfeste – muss man zahlen. Die Klubmitglieder rekrutieren sich aus Nina Frühs exklusivem Kunden- und Freundeskreis – Leute, die ihre Disco-Phase hinter sich haben,

aber unternehmungslustig sind und gern das gesellige Leben pflegen.

**Nina Früh** ist eine rasante, bienenfleissige Bündnerin, sie wohnt zwischen Zürichsee und Zuoz, fährt über den Julier wie andere von Zürich nach Winterthur und hat Fantasie beim Kochen (gerne währschaft). Wenn sie in Stimmung ist, holt sie die Violine hervor und spielt im Duo mit ihrer Schwester oder mit Freundin **Annette Ringier** (Handorgel). **Nina** organisiert Partys am Münchner Oktoberfest, Galas auf dem Schloss von Fürst **Heinrich** und Fürstin **Milana von Fürstenberg** in Donaueschingen, am liebsten macht sie Feste im Engadin – demnächst «Hüttenzauber» mit Raclette in der Waldhütte Paravicini in Surlej. Inbegriffen (fast wie bei **Michelle Obama**) eine sportliche Leistung: fünfzehn Minuten romantischer Waldspaziergang.

Regierungsrat **Markus Notter** in der ersten Reihe, **Roger Schawinski** mit **Gabriella Sontheim**, Schauspielerin **Graziella Rossi** und Schauspieler **Helmut Vogel**, Wörterseh-Verlegerin **Gabriella Baumann-von Arx**, gleich zwei Zürcher Stadträte (**Claudia Nielsen** und **Gerold Lauber**) und Autounternehmer **Philipp Rhomberg** von der Toyota Schweiz – alle waren da im Theater Rigiblick. Mit Charme und Hartnäckigkeit macht **Christian Jott Jenny** seine Veranstaltungen zu Anlässen ersten Ranges. So auch seine Hommage



*Alle waren da:* Christian Jott Jenny.

an die Schauspielerin und Kabarettistin **Margrit Rainer**, die heuer ihren 100. Geburtstag feiern könnte. Presse und Fernsehen waren hochkarätig vertreten, Rhomberg ist Sponsor des Festival da Jazz in St. Moritz, auch eine Erfindung von Jenny. Jenny, alias Gesellschaftstenor **Leo Wundergut**, platzt vor Ideen, seine Firma heisst «Amt für Ideen». **Corinna Fueter**, Enkelin der Schauspielerin **Anne-Marie Blanc**, ist Jennys rechte Hand und war auch Produzentin des Programms «Euse Rainer chönnt das au!». Die Lieder, die einst Margrit Rainer sang, tönnten diesmal, mit wohltemperierter Stimme, aus Jennys Kehle, und das gefiel auch.

**Im Internet**

[www.schwaningerpost.com](http://www.schwaningerpost.com)



## Im Rachen der Welt

Die Literaturprofessorin Emily Rapp verlor in einem Jahr zwei geliebte Menschen – und bekam gleichzeitig eine neue Liebe geschenkt. *Teil 2*



«Er war mein kleiner Buddha»: Emily Rapp.

**Für immer:** Ronan wusste nicht, dass er sterben würde, er war erst drei Jahre alt. Am Schluss war mein Sohn blind, taub und bewegungsunfähig. Er war mein kleiner Buddha, ein spirituelles Wesen, losgelöst von sämtlichen äusseren Einflüssen. Auch in diesem Zustand spürte ich seine Energie und seine Ruhe. Diese Liebe wird ewig dauern. Heute weiss ich auch: Ich wollte ihn retten, aber letztendlich hat mein Sohn mich gerettet.

**Doppelter Verlust:** Wenn ein Paar sein Kind an eine langsam fortschreitende degenerative Krankheit verliert, dann bedeutet dies – wie jeder Verlust eines Kindes – eine enorme Belastung für die Beziehung. In unserem Fall war es, als würde man jeden Abend im Rachen der Welt einschlafen, ohne zu wissen, ob und wann man verschluckt wird. Dieser ständige Zustand übertriebener Wachsamkeit und vorseilender Trauer brachte die Probleme unserer Beziehung ans Tageslicht wie auch das menschliche Potenzial zur Zerstörung und Grausamkeit. Menschen sind verschieden. Sie gehen mit der Trauer und mit extremen Situationen unterschiedlich um. Wenn ein Kind stirbt, ist das nicht anders. Man versteht die Verzweiflung des anderen nicht, man ist geneigt, den anderen für sein Verhalten zu kritisieren. Man geht gemeinsam, vielleicht aber

auch sehr allein und zunehmend entfremdet durch die Hölle. Wir verloren nicht nur Ronan, sondern auch einander. Die Trennung war eine logische und im Nachhinein richtige Konsequenz, denn ein Zusammenbleiben hätte das Weiterleben zusätzlich erschwert.

**Neue Liebe:** Vielleicht war es der Überlebenswille, vielleicht das Schicksal: In der schwersten Zeit, den letzten sechs Monaten von Ronans Leben, verliebte ich mich in einen Mann, der sich – ohne zu urteilen und ohne zu zaudern – der Schwierigkeit stellte, eine untröstliche, fast geschiedene Frau zu lieben, die ihr sterbendes Baby pflegte. Auch andere hatten mir versprochen, an meiner Seite zu bleiben, was auch geschehen möge, aber dieser Mensch hielt sein Versprechen, und mehr, er rettete mich: Zu einem Zeitpunkt, als all diese Dinge fremd, wenn nicht unmöglich schienen, brachte er Hoffnung und Lachen, wahrhaftige Nähe und die Chance für einen Neuanfang.

**Trauer:** Seit Ronans Tod zogen elf Monate ins Land. Die Trauer vergeht nicht, aber sie verändert sich in unerwarteten Momenten. Die Trauer kann man sehen, anfassen und fühlen. Mein Kopf versucht, ein Herz zusammenzuhalten, das noch immer gebrochen ist. Mein Herz hat die Gewissheit verloren und urteilt nicht mehr. Ich las die grossen Philosophen und ging auf der Suche nach Erklärungen zu Schamanen nach Santa Fe. Ich ersehnte Antworten, ich wollte verstehen, warum das alles passiert ist. Ich lernte vor allem, dass die mütterliche Sorge um das Kind mit seinem Tod nicht endet. Die Sorge geht weiter, ich frage mich tagtäglich, ob es Ronan gutgeht, dort, wo er jetzt sein mag. Nicht alle Fragen können beantwortet werden. Damit muss man sich abfinden, das muss man akzeptieren. Als hätte ich mein Leben lang auf sie gewartet, ist meine neue Liebe immer an meiner Seite. Sie ist ein Trost, ein Wegweiser in eine Existenz, in der es erneut Zufriedenheit und Ruhe geben wird: Das unerwartete Auftauchen dieser Person erscheint mir als Rettung und wunderbares Geschenk. Ein Geschenk, das mir Ronan gemacht hat.

**Emily Rapp:** Versöhne dein Herz. Was mich das viel zu kurze Leben meines Sohnes lehrte. Eden Books. 240 S., Fr. 29.90

Protokoll: **Franziska K. Müller**

## Willkommen!

Von *Andreas Thiel* — Aber bitte immer schön der Reihe nach.



**Zöllner:** Stopp! Umkehren!

**Car-Chauffeur:** Warum?

**Zöllner:** Reisebusse sind nicht erlaubt.

**Car-Chauffeur:** Wieso plötzlich nicht mehr?

**Zöllner:** Da sind zu viele Ausländer im Bus. Das sieht mir

verdächtig nach Masseneinwanderung aus.

**Car-Chauffeur:** Habt ihr Schweizer neuerdings etwas gegen Ausländer?

**Zöllner:** Im Gegenteil. Jeder Ausländer ist bei uns herzlich willkommen!

**Car-Chauffeur:** Wie?

**Zöllner:** Aber nur einzeln.

**Car-Chauffeur:** Was soll das heissen?

**Zöllner:** In Massen lassen wir keinen mehr rein.

**Car-Chauffeur:** In Massen?

**Zöllner:** Genau. Wir sind ein Volk von Minderheiten. Und Minderheiten lassen sich nicht gerne von Massen bedrängen.

**Car-Chauffeur:** Was hat das mit meinem Bus zu tun?

**Zöllner:** Da sind mindestens vierzig Leute drin. Ab zwanzig bis dreissig Personen kann man von einer Masse ausgehen.

**Car-Chauffeur:** Einzeleinwanderung wäre aber möglich?

**Zöllner:** Aber natürlich. Lassen Sie Ihre Leute aussteigen und der Reihe nach die Grenze passieren. Drüben können Sie sie wieder aufladen. Aber nicht vergessen: immer schön einer nach dem anderen. Im Gegensatz zu Massen werden Einzelfälle grosszügig behandelt.

**Car-Chauffeur:** Warum stoppt ihr die Einwanderung nicht ganz?

**Zöllner:** Es ist eine Frage des Masses. Wir behandeln Ausländer wie guten Burgunder und nehmen sie in kleinen Schlucken auf.

**Car-Chauffeur:** Seid ihr sicher, dass ihr Schweizer nicht einfach Rassisten seid?

**Zöllner:** Es hat sicher schon mal jemand versucht, in der Schweiz die Apartheid einzuführen, aber für so etwas gibt es hier einfach zu wenig Schwarze.

**Car-Chauffeur:** Die EU wird diese Sache mit der Einzeleinwanderung nicht akzeptieren.

**Zöllner:** Keine Angst, so wie wir unsere Bundesräte kennen, kriechen die schon bald wieder nach Brüssel, um sich dort zu unterwerfen.

## Rappender Bleichschnabel

Ben Haggerty alias Macklemore hat mit «Thrift Shop» eine ironische Hymne zum Hipster-Zeitgeist komponiert. Er fordert die orthodoxen Hip-Hopper zum Toleranz-Battle heraus. Von Jeroen van Rooijen



Um Nasenlängen voraus: Musiker Macklemore.

Als schlaksiger Weisser hat man es im Rap- und Hip-Hop-Geschäft nicht leicht. In diesem von schwarzen Stereotypen durchdrungenen Genre geben muskelbepackte Getto-Boys den Ton an. Sie rappen in der Regel von stets paarungswilligen *bitches*, dicken Bankkonten, schäumendem Schampus und ultrateuren Autos. Gäh. Genau diesen Kitsch hat sich der irischstämmige Ben Haggerty alias Macklemore zunutze gemacht: Er positioniert sich in der exakt gegenüber liegenden Ecke des Rings und landet damit Treffer um Treffer.

Macklemores Songs handeln vom Leben im digitalen Zeitalter, in das er 1983 in Seattle als *digital native* geboren wurde. Er rappt über das urbane Leben, über *liquor stores*, die länger geöffnet sind als die Kirchen, und über *thrift shops*, also Brockenhäuser, wo er sich herumtrieb, als es ihm noch nicht so rundlief, und wo sich jetzt die coolen Typen einkleiden. Zu letzterem Thema komponierte er letztes Jahr so etwas wie eine Hymne des Hipsterismus, dieses von Ironie durchdrungenen Lebens- und Modestils von jetzt. Der Song zelebriert den schrägen Fund und die Individualität statt Luxus und Labels. Und schliesslich rappt Macklemore – ein Sakrileg! – über gleichgeschlechtliche Liebe. «Same Love» ist ein engagiertes und anrührendes Plädoyer für mehr Toleranz gegenüber Schwulen und Lesben. Für die notorisch homophobe Hip-Hop-Gemeinde eine Provokation ersten Ranges.

### Gesellschaftliche Relevanz

«Same Love» ist mehr als nur eine Provokation, nämlich ein Wendepunkt in der relativ jungen Geschichte des Rap. Denn Macklemore thematisiert die Schwulenfeindlichkeit des Genres nicht nur, sondern bezieht auch dagegen Position. «Same Love» ist ein Plädoyer: «No freedom 'til we're equal, damn right, I support it.» Dass Macklemore vor wenigen Wochen mit dem Grammy in vier Kategorien geehrt wurde, zeigt, dass es Zeit für Rapper ist, sich mit den gesellschaftlich relevanten Themen von heute zu befassen. Macklemore ist den andern diesbezüglich mehr als nur ein paar Nasenlängen voraus.

Dass sich diese jetzt darüber zerfleischen, wie es sein konnte, dass ebendieses *white college kid* die Grammys abräumte, zeigt, dass Macklemore den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Auch optisch ist der 30-jährige Bleichschnabel mit der eigenartigen Undercut-Frisur ein Exot, der seinem Fach die dringend benötigte Frische gibt. Während Puff Daddy den Markenpelzmantel völlig ironiefrei trägt, legt sich Macklemore ein solches Stück über die nackte Hühnerbrust. Bling-Bling-Schmuck und fette Ketten braucht er nicht: Macklemore trägt lachend ein Batman-Pyjama und fährt Trottinett statt SUV. Er wirkt dabei kein bisschen peinlicher als die Traditionalisten des Rap, die neben dem frechen Frischling uralte aussehen.



# Herz- und Nierenwärmer

- 1 Ultraleichte Nylon- Daunenwesten, die als *third layer* zwischen Hemd und Jacke gelegt werden und so den Mantel obsolet machen, sind die grossen Überflieger der letzten Saison. Wer noch keine hat, der möge sich sputen! Das taillierte Modell «Febe» von **Duvetica** hat eine Wattierung aus echten Daunen und eine grosse Kapuze. 439 Franken, [www.thelook.com](http://www.thelook.com)
- 2 Eine der Marken, die schon leichte Thermowesten und -jacken machten, als die anderen noch Pullover strickten, ist **Aspesi** aus Mailand. Die farbigen Unterzieher sind dort im Strassenbild so omnipräsent wie Pelzmäntel. Aspesi macht jetzt bereits den nächsten Schritt und verschlankt die Isolierung seiner funktionalen «Jillina»-Weste so, dass sie auch unter ein schmalgeschnittenes Jackett passt. 150 Euro, [www.aspesi.com](http://www.aspesi.com)

- 3 Wer Modemarken in Sachen Funktionsbekleidung misstraut, dem bietet sich der schwedische Outdoor-Spezialist **Haglöfs** mit seiner wind- und wasserabweisenden Weste an. Dank ultraleichtem Polyamid-Nylon kann die Weste bei Nichtgebrauch in einer ihrer eigenen Taschen verstaut werden. 249 Franken, [www.jelmoli.ch](http://www.jelmoli.ch)
- 4 Einer Marke mit dem Namen **The North Face** ist bei wärmender Funktionskleidung gewiss zu vertrauen. Das Gilet «Aconcagua», mit europäischer Daune wattiert, hat eine Dichte von 550 cuin und ist leicht tailliert. 160 Franken, [www.sportscheck.ch](http://www.sportscheck.ch)
- 5 Weltweit hat in den letzten Jahren kaum ein Anbieter mehr Daunenwesten verkauft als **Uniqlo** aus Japan, dessen nächste Filialen sich in Berlin oder Paris befinden. Das Gilet «Doudoune Ultra Light» kostet unanständig wenig: 49 Euro. [www.uniqlo.com](http://www.uniqlo.com)



# Küchenschönheit

**K**apsel-Kasper George Clooney muss sich bald etwas einfallen lassen, denn unter zeitgeistigen Feinschmeckern wird es immer beliebter, sich eine Espressomaschine traditioneller Bauart in die Küche zu stellen. Das macht zwar viel mehr Arbeit und manchmal auch eine Sauerei, sieht aber hundertmal besser aus, und der Espresso wird seinem Namen wieder gerecht. Wir plädieren für die zeitlos Schöne: die seit 1967 praktisch unveränderte «Cremina» des Schweizer Herstellers Olympia. Die perfekte Zubereitung setzt etwas Übung voraus, die sich dann aber auszahlt. [www.olympia-express.ch](http://www.olympia-express.ch).



Zeitlos: Cremina.

## Hat das Stil?

### Leser fragen, Jeroen van Rooijen antwortet

Was ist schlimmer: Brusttasche auf dem Hemd, belegt mit zwei Kugelschreibern und Notizblock – oder Karabiner mit Schlüsselbund an der Gurtschlaufe? C. K., *Frauenfeld*



Es klingt ein bisschen so, als lebten Sie im Gefängnis. Oder sind Sie Schaltheimer bei den SBB? Die haben auch immer so dicke Schlüsselbünde und vollgestopfte Jacken- und Hemdtaschen. Das sieht natürlich übel aus, aber wenn Sie jetzt fragen, was schlimmer ist, dann würde ich sagen: die vollgestopfte Brusttasche. Das formt den Oberkörper unvorteilhaft und lässt einen wie einen mickrigen Bürolisten aussehen. Dagegen ist der dicke Schlüsselbund am Gurt schon fast von proletarischer Coolness. Aber nur an einem Typen, der ganz in Jeans herumspaziert.

Ihre Fragen zum Stil schicken Sie bitte per Mail an [hatdasstil@weltwoche.ch](mailto:hatdasstil@weltwoche.ch). Oder per Post an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

## Syrah aus Walla Walla

Von Peter Rüedi



Einer der Gründe, weshalb für meine Restlebensgefährtin unser Zusammenleben mitunter eine Prüfung ist, ist meine Unlust zu reisen. Schon kürzere Flüge sind mir ein Graus. Keinesfalls aber trete ich freiwillig den Trip an eine Destination an, die weiter als drei Flugstunden entfernt liegt. Den sie sich dringend wünscht. Während ich mich darauf kapriere, die schönsten Reisen fänden ohnehin im Kopf statt. Was, versteht sich, eine schamlose Schutzbehauptung ist für meine zunehmende Veroblomowisierung. Nun ja, zuweilen verlasse ich schon noch mein Bett, und einige Dinge gibt es, die mich interessieren. Nicht allein beim Wein, aber bei dem auch. Will sagen: Ich verstehe ja die Globalisierungsskeptiker, die das Glück in der Nische preisen, ihr Fleisch (so sie nicht Vegetarier sind) vom Bauern nebenan beziehen und den Wein vom nächsten Winzer. Ehrlich. So skurril finde ich es nicht, wenigstens ab und zu auch beim Wein an das schreckliche Wort Ökobilanz zu denken. Nur darf ich dann auch meine unterlassenen Interkontinentalflüge dagegen rechnen.

Ein Wein von *oultre-mer* gelangt allemal umweltschonender zu mir als ich zu ihm. Ach was: Ich hab halt manchmal einfach Lust auf einen Malbec aus Mendoza. Auf einen Sauvignon blanc aus Neuseeland. Oder schnüffle gern an einem solchen Syrah aus dem US-Staat Washington. Stelle mir vor, dass das Walla Walla Valley, wo der herkommt, seinen Namen vom Indianerstamm hat, den die US Army im Cayuse-Krieg (1848–1855) dezimierte – lang bevor im wilden Nordwesten eine einzige Rebe gezogen wurde. Heute sind die Weine aus Washington (grob gesagt: aus dem Gebiet südwestlich von Seattle) Weltklasse. Dieser Syrah 2010 von Gramercy Cellars, frisch, fruchtig, pfefferig, mit seidenen Tanninen, entfernt vergleichbar mit einem von der nördlichen Rhone, dabei aber sehr eigenwillig (wenn ich auch Parkers David Schildknecht nicht dahin folgen möchte, im Bouquet «rohe Kalbsleber» auszumachen). Hat seinen Preis. Verglichen mit einer Weltreise, ist er allerdings ein Klacks.

**Gramercy: Walla Walla Syrah 2010.** 13,9%. Boucherville. Fr. 49.–. [www.boucherville.ch](http://www.boucherville.ch)

## Japanisch für Anfänger

Kioto liegt gar nicht so weit entfernt, man braucht bloss nach Widen AG zu fahren. Von David Schnapp



*Sehr eigene Geschmackswelt:* Kaiseki-Koch Akihiko Suzuki im «Ryokan Hasenberg».

Wer gerne japanisch isst und akzeptiert, dass japanisches Essen bei Sushi erst anfängt, dem sei wärmstens ein Ausflug ins aargauische Widen empfohlen. Dort, auf dem Hasenberg, hat der Unternehmer Masafumi Kurahayashi das «erste echte japanische Ryokan-Hotel mit Thermalbad in Europa» gebaut, wie es auf der Website des Gasthauses heisst. Neben den traditionell eingerichteten Zimmern mit Tatami-Böden und mit Japanpapier bespannten Schiebetüren hat das «Ryokan Hasenberg» eine weitere Attraktion zu bieten: das Gourmetrestaurant «Usagi-yama», wo die Kaiseki-Küche (aus Kioto) zelebriert wird. Diese Spielart japanischer Hochkulinariik geht auf die Teezeremonie der Zen-Mönche zurück und darf natürlich nur von speziell ausgebildeten und zugelassenen Köchen zubereitet werden, die zehn Jahre lang von einem Kaiseki-Meister auf ihre Aufgabe vorbereitet werden. In Widen steht zudem eines von nur drei japanischen Restaurants in Europa, die mit einem Michelin-Stern ausgezeichnet wurden. Weitere gibt es in Paris und Amsterdam.

### Spannung ohne Salz

Ein Kaiseki-Menü ist leicht und abwechslungsreich, selbst nach neun, teilweise recht umfangreichen Gängen fühlen wir uns unbeschwert wie ein Seidenkimono. Wir beginnen

mit einer rohen sowie einer frittierten Crevette, essen eine Vorspeisenvariation aus fünf verschiedenen Kleinigkeiten und erfreuen uns an der wunderbar feinen Miso-Suppe, in der ein Stück kunstvoll in Rettich eingewickelter Lachs liegt. Zwei Spinatblätter, etwas Bottarga sowie ein Streifen Yuzu-Zitrone reichen als Akzent, um Spannung und Tiefe zu erzeugen, ohne dass es dafür Salz braucht.

Nach einer pittoresk angerichteten Sashimi-Platte und einem im Bambuskorbchen servierten Wintereintopf mit Kingfish und Gemüse macht sich unsere persönliche Servicefrau daran, den Hauptgang auf einem Gaskocher neben dem Séparée zuzubereiten. Aus einem beeindruckend marmorierten Wagyu-Entrecôte, etwas Tofu, Pilzen und Gemüsen wird unter Zugabe von Sojasauce, Zucker und Mirin (süßer Reiswein) in wenigen Minuten ein wunderbarer Eintopf. Das Fleisch ist geschmacklich unvergleichlich, das Gericht bleibt wie das gesamte Menü nah an den Rohprodukten, was es zu einem ganz besonderen Essen in einer sehr eigenen Geschmackswelt macht.

**Restaurant Usagi-yama** im Hotel Ryokan Hasenberg, Hasenbergstrasse 74, 8967 Widen. Montags und dienstags geschlossen; Winterferien bis 12. März

Ausführliche Besprechung des Menüs mit Bildern auf [www.dasfilet.ch](http://www.dasfilet.ch). Am 27.2. erscheint das Sonderheft «Japan» der *Weltwoche*.





Auto

## Bitte berühren

Den «kleinen» Range Rover Sport fährt man, wenn möglich, in der weich gepolsterten Ausführung «Autobiography». Von David Schnapp

Vor einigen Wochen (*Weltwoche* Nr. 47/2013) habe ich hier den neuen Range Rover Sport vorgestellt, den man gemeinhin auch den «kleinen» Range Rover nennt. Ich fuhr damals die Grundaussführung des Wagens, die bei aller Robustheit schon sehr komfortabel erschien. Nun ergab es sich, dass ich einige Tage in St. Moritz zu tun hatte und dafür ein geeignetes Fahrzeug benötigte. Die Wahl fiel auf den Range Rover Sport in der Ausführung «Autobiography». Was reichlich selbstbezogen klingt, ist in Wahrheit die Edelausführung eines an sich schon reichlich luxuriösen Autos.

### Range Rover Sport TDV6 Autobiography

Leistung: 292 PS, Hubraum: 2993 ccm  
 Höchstgeschwindigkeit: 242 km/h  
 Preis: Fr. 112 900.–; Testwagen: Fr. 145 600.–



Wer diese Ausstattungslinie wählt, bekommt zum Beispiel äusserst bequeme Sitze aus «perforiertem Oxford-Leder mit geripptem Muster» oder ein Holzdekor vom Typ «Shadow Zebano». Da insbesondere das Leder in diesem Auto sehr grosszügig verteilt wurde, erfasst einen der Impuls, immer wieder mit der Hand über irgendwelche weichen Flächen zu streichen, als stünde darauf «Bitte berühren».

Mein Testwagen war sehr reichhaltig ausgestattet mit einem kleinen Kühlschrank zwischen den beiden Frontsitzen, wo ich für längere Fahrten gerne eine Büchse Coca-Cola zero platziere. Die Einstiegsleisten waren beleuchtet, und wer will, kann an der Türschwelle sogar seinen eigenen Namen in Leuchtbuchstaben anbringen lassen – der Wagen heisst schliesslich «Autobiography». Für die Passagiere auf den Rücksitzen, wo man bequem sitzt und viel Beinfreiheit hat, gab es ein Multimediasystem mit Bildschirmen in den Kopfstützen, was Kollegen von mir schätzten, denen es auch auf kurzen Fahrten schnell langweilig wird.

Es war der perfekte Wagen, um in St. Moritz vor dem Fünf-Sterne-Superior-Hotel «Kulm»

vorzufahren, und zwar aus zwei Gründen. Der erste ist sozial-zwischenmenschlicher Natur: Ein Auto wie dieser Range Rover Sport Autobiography mit perforiertem Oxford-Leder bringt automatisch ein gewisses gesellschaftliches Gewicht mit, was in der komplexen Welt eines Grandhotels alter Schule durchaus nützlich sein kann.

### Programm «Gras, Schotter, Schnee»

Der zweite Vorteil des Autos war technischer Art. Manche selbsterklärte Schützer der Natur, die in Städten leben und diese kaum verlassen, weil ihr Velo sie nicht so weit trägt, können es sich nicht vorstellen, aber an einem Ort wie St. Moritz, 1856 m. ü. M., kann es unangenehm viel schneien, der Wind verweht den Schnee auf bereits geräumte Strassen und so weiter. Im Range Rover drückt man in solchen Fällen einen Drehknopf, der sich aus einer Versenkung erhebt und einem die Wahl für die Geländeprogramme lässt. Ich wähle also «Gras, Schotter, Schnee», die Elektronik des Autos regelt jetzt alle möglichen Parameter vom Motormanagement über die Differentialsteuerung bis zur Luftfederung, und der Wagen pflügt sich unbeirrt auch durch widrigste Strassenverhältnisse.

So kam ich sicher und weich gepolstert durch die Berge, meine persönliche kleine Auto-Biografie war um eine schöne Fahrt im englischen Stil reicher.



«Noch nicht gecheckt?»: Schawinski, Radiounternehmer, 68.

MvH trifft

## Roger Schawinski

Von Mark van Huissing — Erstaunlich, dass unser Interviewer in den vielen Jahren diesen Interviewer noch nie interviewte.

Jetzt bin ich fast ein wenig aufgeregt, dass ich dich zum ersten Mal befragen darf.» – «Wir sind ein bisschen bekannt miteinander, schreibst du normalerweise.» – «Auf meinem Radiosender, SRF 2 Kultur, reden sie, wenn überhaupt, von «Radio einhundertfünf» ...» – «Nein, ehrlich? Haben sie's noch nicht gecheckt?» – «...so unbekannt ist der Sender, den du gekauft hast [der Name der Station, die er vorvergangene Woche nach einem Bieterstreit gekauft hat, wird «Reidio one-o-five» ausgesprochen].» – «Unbekannt? Nein, die [von SRF 2 Kultur] sind in Bern, im Elfenbeinturm oder so.» – «Aber das mit der fehlenden Bekanntheit änderst du jetzt, oder?» – «Wieso? Der Sender hat in den vergangenen zwei Wochen mehr Bekanntheit bekommen als in den siebzehn Jahren davor. Der Büchi [Daniel Büchi, Geschäftsführer Radio Energy, der Radio 105 für seine Arbeitgeberin, Firma Ringier, kaufen wollte] hat verkündet, sie wollen die Marke

nicht mehr, weil sie beschädigt sei. Dabei ist die Marke aufgewertet worden; er ist beschädigt.»

«Roger Schawinski, 68, ist ein Schweizer Journalist und Unternehmer. Er war von 2003 bis 2006 Chef des deutschen Privatfernsehsenders Sat 1. In der Schweiz ist er als Medienpionier und Fernsehmoderator bekannt.» So steht's bei Wikipedia; ihn in eigenen Worten besser vorzustellen, ist schwierig. Manchmal geht es um das, was man nicht sagt. In diesem Fall zum Beispiel, dass er Chef des von ihm 2008 gegründeten Senders Radio 1 ist, der bisher wirtschaftlich nicht erfolgreich war. Jetzt hat er Radio 105, ein Jugendradio, das den Betrieb einstellen musste, weil kein Geld mehr da war, für zirka 1,6 Millionen Franken dazugekauft. Roger und ich *go back a long way*, ich redete eine Zeitlang auf Radio 1 über berühmte Menschen, arbeitete also für ihn. In den Jahren davor, als ich in dieser Zeitschrift über berühmte (sowie weniger berühmte) Menschen streng urteilte, liess er sich nie befragen

von mir. Mittlerweile verstehen wir uns, und ich finde das meiste, was er macht, gut.

«Jetzt wird aus zwei verlustmachenden Radios ein gewinnbringendes Radio, richtig?» – «Nein, zwei gewinnbringende. Das ist die Erwartung.» – «Ist das realistisch?» – «Ja, schau, die Kosten gehen massiv runter, ich habe die halbe Belegschaft, die hatten eine Riesen-Marketingabteilung und, und, und. Wir haben jetzt Cross-Promotion-Potenzial – zwei Sender in der gleichen Region, wir sind ganz anders positioniert ... Privatradios sind in der Medienlandschaft zurückgeblieben: Jeder macht alles allein. Zeitungen haben das hinter sich gelassen mit dem Newsroom – verschiedene Kanäle, Online ... Und ich bringe moderne industrielle Produktionsmethoden ins Radio. Wir sind jetzt in der Major League. Und genau das hat Ringier verhindern wollen: dass ich ein Player bin, neben Radio 24 [das Peter Wanner, einem Verleger, gehört] und Energy, und auf Augenhöhe mitspiele.» – «Ein Satz aus deiner noch unveröffentlichten Autobiografie: «Die Zeit der grossen Kämpfe ist vorbei ...» – «... doch ich traue mir noch nicht so ganz.» Mein Misstrauen war gerechtfertigt; ich hab den Satz aber lange vor diesem Fight geschrieben.»

«Mein Eindruck: Was dich wirklich interessierte in letzter Zeit, ist deine Fernsehsendung.» – «Ja, klar.» – «Weshalb?» – «Das Beste am Radio ist das Radio und am Fernsehen das Fernsehen. Und nicht die Administration. Beim Fernsehen mache ich nur das Journalistische, habe keinen Ballast; das Einzige, was ich muss, ist Ende Jahr meine Mitarbeiterin beurteilen. Sonst muss ich mich um nichts kümmern, ideal.» – «Ist schwierig, *gäu*, jede Woche einen, mehr oder weniger, interessanten Gesprächspartner zu bekommen?» – «Grausam. Aber es ist bis jetzt jede Woche gegangen, seit zweieinhalb Jahren.» – «Vor allem schwierig, wenn es nicht nur 66-jährige Männer sein sollen.» – «Das Problem: Ich wollte am Anfang Spitzenleute aus Politik und Wirtschaft. Das war eine Fehlbeurteilung. A: Es gibt keine spannenden Leute in der Wirtschaft oder nur ganz wenige. Und B: Die kommen nicht. Nicht in eine Situation, die sie nicht kontrollieren können; ihre Medienberater wollen alles 37-mal redigieren, darum geben sie den Sonntagszeitungen Interviews, in denen alles flach gebürstet ist. Also musste ich das Konzept ein wenig auf tun, jetzt kommt einmal Blocher und nächste Woche Mike Shiva. Und wenn Mike Shiva kommt, ist es nicht «Glanz & Gloria», sondern auch kritischer Journalismus.»

«Was wirst du als Nächstes tun?» – «Das weiss ich nie, ich plane nie.» – «Weil Planen für Arme ist?» – «Erst wenn ich etwas sehe, sage ich: «Yes!»»

**Sein Lieblingsrestaurant:** «Darf man zwei sagen? Ich bin oft in der «Kronenhalle», dem Lieblingsrestaurant meiner Frau. Und ich gehe gerne, in der Nachbarschaft, ins «Aroma».»  
«Kronenhalle», Rämistrasse 4, Zürich, Tel. 044 262 99 00.  
«Aroma», Asylstrasse 110, Zürich, Tel. 044 380 22 91.



	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
11					12						
13			14		15		16				
17				18		19					
20					21						
		22		23			24	25			
26		27					28				
29					30		31		32	33	
		34		35			36		37		
38					39						
		40					41				
	42					43			44		

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

**Lösungswort** — Karl Marx war einer, Groucho Marx keiner  
Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

**Waagrecht** — 1 Nicht nur Klaviatur, sondern auch Pedal. 7 Er ist bezüglich Zugang zum Meer eine Art Schweizer in Südostasien. 11 Ihre Nadeln und Rinden können Rinder und Pferde töten. 12 In der grossen Masse macht sie Jahre aus. 13 Bei Obstipation sind sie ein altbewährtes Mittel. 16 Jacques, der belgische Chansonnier: «Ne me quitte pas, il faut oublier...» 17 Überbleibsel des vergöttlichten Friedens aus vorchristlicher Zeit. 18 Ausfressen ohne Frass. 20 Geschrumpfte politische CH-Organisation. 21 Schon der Hans Peter, doch «Hemmige» hatte eher er. 22 Erinnerungsbild, hinterlässt Spuren. 24 Worte so zu setzen, dass Gedanken spazieren können, setzt ihn voraus. 26 Gewässer, das einer Wüste gleicht. 28 Der ex machina wird's schon richten. 29 Sie, als Höhepunkt der Schaffenskraft. 30 Sie, die von Käslin zu Kaa wechselte. 32 Auf immer und ewig abschlägig. 34 Im Tennis vom Saulus zum Paulus. 36 US-Bundesstaat mit dem Motto: Sie fliegt mit ihren eigenen Flügeln. 38 Er hat kein Brett vor dem Kopf sondern Gebälk darüber. 39 Hemd und Hose sind Teile von ihr. 40 So intim, und also nicht fürs breite Publikum. 41 Sie sind lang, tierähnlich, und Teil von 39 waagrecht. 42 Mit ihm lässt sich die Strecke gut bemessen. 43 Kein Gourmet, doch Sesam beschwor er. 44 Eine feine Substanz, ganz für den Koch gedacht.

**Senkrecht** — 1 Wo Zuschauer zoologisch und botanisch auf ihre Rechnung kommen. 2 Tanne, wie sie Pflanzenkundler kennen. 3 Der Äpler von der Alp oder der von der Alm. 4 Womit das Erlebnis Erkenntniswert erhält. 5 Anwender digitalen Zuschnitts. 6 Mit dem Image verwandt, auch den Franzosen bekannt. 7 Pierre François und sein berühmter Duft aus Paris. 8 Die Fahrt hat ein bestimmtes Ziel. 9 Sie verbindet Städte und zudem Möglichkeiten. 10 Das Medium wird buchstäblich als ferne Erscheinung bezeichnet. 11 Zu Homers Zeiten vom Volk der Epeier bewohnte Gegend. 14 In dessen Bereich kann es ontologisch gesehen metaphysisch werden. 15 Seit jeher Nahrungsquellen, die sich aus Quellen speisen. 19 Ein Teil von Amsterdam, je nach Sicht am Ende oder zentral. 22 Für Ustinov waren die USA etwa so ... wie ein Elefant beim Spitzentanz. 23 Trudi war wie ein wahres Märchen. 25 Angehöriger eines Mandschuungusischen Volkes. 26 Einst Hauptstadt der Schweiz, heute Kantonshauptstadt. 27 Die Tüchtigen von einst, und wie wir sie heute kennen. 28 Fo, der die Commedia dell'arte liebte. 30 Norwegische Insel-Kommune. 31 Koller – kein Anfall, sondern oft mit Beifall. 33 Mit ihm scheint der Berg überirdisch. 35 Vor, vor langer Zeit, auch in der römischen Baukunst. 37 Eine Vornehme, deren Ende an den Anfang gerutscht ist.

## Lösung zum Denkanstoss Nr. 354

C	A	M	P	E	N		O	B	S	T	S	A	F	T	
E		U			T	A	L	A	R		A		P	I	E
C	A	S	P	A	R		K	I	N	N	L	A	D	E	
I	D	E	A	L		M	A	G	A	Z	I	N	E	R	
	E		R	I	T	E	N		T		L	A	L	O	
A	N	A	F	I		D	M	U	T	I	G		S		
N	A	N	U		A	U	T	O	R		P	E	P	E	
A	U	S	M	A	S	S		D	A	W	U		A		
N	E	T		S	P	E	K	U	L	A	T	I	U	S	
K	R	I	P	P	E		A	S	I	R		N	S	U	
E		E		E	K	E	L		E	T	A	G	E	N	
	A	G	E	N	T		B	E	N	E		E	N	G	

**Waagrecht** — 1 CAMPEN 5 OBSTSAFT 11 TALAR 12 PIE (engl. f. Pastete) 13 CASPAR (pers. f. Schatzmeister, einer der Drei Könige) 16 KINNLADE 19 IDEAL 20 MAGAZINER 21 RITEN 22 LALO 23 ANAFI 25 MUTIG 26 NANU 27 AUTOR (auto-) 28 PEPE (Variante von Josef) 30 AUSMASS 32 DAWU 34 NET 35 SPEKULATIUS 39 KRIPPE 40 ASIR (Sari) 41 NSU 42 EKEL 43 ETAGEN 44 AGENT 45 BENE 46 ENG

**Senkrecht** — 1 CECI (it. f. Kichererbsen) 2 MUSE 3 ETALII (lat., meist Abk. et al. für et alii: und andere) 4 NAR (-r) 5 OAKAN 6 BRIG (kelt. briga = Hügel) 7 TANZ 8 APANAGE 9 FIDEL 10 TEE-ROSE (Grundlage der Edelrose, der ersten Klasse der "modernen" Rose) 14 ADENAUER 15 PARFUM 17 NATURALIEN 18 LILIPUT 20 MEDUSE (Qualle u. griech. Sagengestalt, auch Medusa geschrieben) 23 ANANKE (griech. Personifizierung des Schicksals und Göttin des Uranfangs) 24 ANSTIEG 25 MODUS 27 ASPEKT (auch: Stellung v. Himmelskörpern untereinander) 29 PAUSEN 31 ASPEN 33 WARTE 36 KALB 37 INGE 38 (Kim II-)SUNG

**Lösungswort** — **SUEDOSTASIEN**

**EMS**  
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit  
erfolgreich in den Geschäftsbereichen  
Hochleistungspolymere  
Spezialchemikalien

# Ihre Bank immer mit dabei. *UBS e-banking.*



**Jetzt kostenlos\* testen:**  
[www.ubs.com/ebanking](http://www.ubs.com/ebanking)

Als UBS-Kunde haben Sie Ihre Bank immer dabei. Dank dem neuen, individualisierbaren UBS e-banking tätigen Sie Ihre Bankgeschäfte noch schneller und intuitiver. Profitieren Sie von Ihrem Persönlichen Finanzassistenten, dem umfassenden Benachrichtigungsangebot sowie dem 24-Stunden-Zugang zu Finanzmärkten – egal, wo Sie sind.



*Wir werden nicht ruhen*

